

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Starke Linke im Bundestag

Am 18. September hat die deutsche Bourgeoisie eine schwere politische Niederlage erlitten. Die Parteienlandschaft der BRD wurde von links aufgebrochen und verändert. Der Versuch, einmal mehr das „bewährte“ anglo-amerikanische Zweiparteiensystem mit grün-gelben Wurmfortsätzen zu praktizieren und nahtlos den fliegenden Wechsel zwischen den beiden politischen Hauptformationen – der unter Schröder und Müntefering bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten SPD und der Hausparteien des Unternehmerlagers – zu vollziehen, ist eklatant gescheitert. Mit dem glänzenden Wahlsieg der sich gerade erst herausbildenden neuen Linkspartei, die im Osten stabile 25 % erzielte und in einigen westdeutschen Bundesländern leichtfüßig die Fünf-Prozent-Marke übersprang, fand die Ära des ungehinderten Heimspiels der Reaktion im Deutschen Bundestag ihr Ende. Erstmals setzte sich eine linke deutsche Partei im Westen ein-drucksvoll durch.

Die Medien, die mit ihren gezinkten „Sondierungen“ zur Manipulation des Wählerwillens diesmal weniger Wirkung erzielten, behandelten die Linke bis zum Wahltag beinahe wie Aussatz. In der Berichterstattung wurde sie – sieht man hier vielleicht von Phoenix ab – buchstäblich an den Rand gedrängt oder ganz ausgeblendet. Und das, obwohl es sich bei der neuen Partei – wie eine Fernsehreporterin am Abend des 18. September zutreffend formulierte – „nicht einmal um die radikale, sondern eher um die gemäßigte Linke“ handelte. Man fragt sich unwillkürlich: Wie hätten die bürgerlichen Meinungsmacher erst reagiert, wenn Lafontaine und Gysi, ihre Zugpferde, nicht linke Sozialdemokraten, sondern Kommunisten gewesen wären? Doch der antikommunistische Haß richtet sich auch gegen Systemkritiker, die gar nicht über den Horizont eines bürgerlichen „Sozialstaates“ hinausgehen wollen, gegen jeden, der Ansätze alternativer Vorstellungen zu entwickeln wagt.

Worin sehen wir – außer dem großen Erfolg der Linkspartei – die wichtigsten Ergebnisse des 18. September?

Erstens sind die in CDU/CSU konzentrierten und um Angela Merkel versammelten deutschen Bushs und Thatchers nicht im Frontalstoß durchgekommen. Die extrem auf die USA ausgerichtete Fraktion des BRD-Imperialismus schaffte es nicht, erneut auf Antrieb ans Ruder zu gelangen. Die beiden großbürgerlichen C-Parteien haben empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Komplizierte Koalitionsverhandlungen, ein übler Kuhhandel und der

mögliche Austausch von Führungspersonal stehen an, wobei ein Zweckbündnis zwischen CDU und SPD, irgendeine schwarze Ampel oder eine Form von Duldung denkbare Varianten sind.

Zweitens hat Schröder die Wahl verloren. Weder der nach USA-Muster durchgestylte Wahlkarneval der CDU-Kandidatin noch die Ein-Personen-Show der SPD mit einem sich unmittelbar nach der Niederlage groteskerweise zum Gewinner erklärenden Ex-Bundeskanzler verfielen beim Publikum. Das Volk gab der SPD die Quittung für ihre Politik der sozialen Kälte und des Verrats an den Interessen der Mehrheit.

Drittens hat die CSU – der rechte Flügel der „Union“ – in Bayern kräftig Federn gelassen. Sie stürzte unter die 50-Prozent-Grenze ab. Stoibers Debakel trug entscheidend zum Desaster der CDU bei. Viertens errang die Unternehmerpartei FDP einen ausgesprochenen Pyrrhussieg. Sie „lieh“ sich von der CDU/CSU einen Teil der Zweitstimmen und sagte sich damit den Koalitionsast ab, auf dem sie zunächst sitzen wollte.

Fünftens ist festzustellen: Niemals in der deutschen Wahlgeschichte der Nachkriegszeit haben SPD und CDU/CSU zusammen so wenig Stimmen eingefahren. Das von Schröder und Merkel favorisierte Wechselbad beider „großer Volksparteien“ stieß in einem bisher ungekannten Maß auf Ablehnung.

Die Bundestagswahlen 2005 wurden wieder im Osten entschieden. Dort fielen die Würfel, wurde die Stärke der Linkspartei sichergestellt und die Niederlage von Merkel wie Schröder besiegelt. Die Ostergebnisse ihrer Parteien lagen erheblich unter dem Gesamtpegel. Die Erfahrungen aus 40 Jahren DDR trugen offensichtlich dazu bei, daß sich im Osten eine robuste politische Gegenkultur im Umgang mit der BRD-Wirklichkeit entwickeln konnte. Die viertstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag wird jetzt von der Linkspartei gestellt. Diese kann so lange mit unserer Unterstützung rechnen, wie sie sich als Opposition treu bleibt. Das Zustandekommen der durchaus heterogenen Gruppe ist ein positiver Schritt zur Sammlung von Kräften, den wir begrüßen.

Was uns selbst betrifft, so brauchen wir Augenmaß, Kampfgeist, Freisein von Sektierertum, Bündnisbereitschaft und marxistische Klarsicht, zugleich aber auch Illusionslosigkeit, nicht zuletzt im Hinblick auf die Gefahr möglicher künftiger Kungeleien.

Klaus Steiniger



INHALT

Wie die Klosterbrauerei Bad Salungen „abgefahren“ wurde	S. 2
Ihre Werte – unsere Werte	S. 3
Wie sich ein evangelischer Landpfarrer mit seiner LPG verstand	S. 4
Interview mit Dr. Bernd Niederland, Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität	S. 5
Goebbels würde vor Neid erblassen	S. 6
Wie ich in ein Gruselkabinett geriet ...	S. 7
Verheißt und vergessen	S. 8
Vor 15 Jahren:	
Der letzte Fahnenappell	S. 9
An der Seite der Partisanen: Paul Sasnowski	S. 10
Was sich viele nicht mehr vorstellen können: Kalter Krieg bei offener Grenze	S. 11
Was der Westen Ostdeutschland schuldet	S. 12
Wie es in der BRD-Bildungspolitik bergab geht	S. 13
Hoppegarten: „Blütezeit“ und Bankrott	S. 14
Provokatorische Strafanzeigen gegen KSM	S. 14
Quo vadis „RotFuchs“?	S. 15
Brandenburgs Kommunisten geben ein Beispiel	S. 16
Deutschland – ein Super-Standort	S. 17
Ein „Rothaus“ in KarlChemnitz	S. 17
Bekanntnisse eines Wirtschaftskillers	S. 18
Wölfe in der Weltbank	S. 19
Aspekte der Politik der KP Chinas	S. 20
Bessere Karten für Kubas Kundschafter	S. 21
Diskussionsangebot zum Griffen-Artikel	S. 21
Francos Konzentrationslager	S. 22
„Corriente Rojo“ aus PCE ausgetreten	S. 22
Portugals starke KP auf sicherem Kurs	S. 23
NATO-Afghanistan: Dorado für Kriegsverbrecher	S. 24
Libanons „Zedernrevolution“ – eine USA-Fehl kalkulation	S. 25
Der Prozeß aller Prozesse	S. 26
Belgiens PTB praktiziert unentgeltliche Medizin für das Volk	S. 27
Interesse für RF-Artikel in Tschechien und Griechenland	S. 27
Konrad Wolf im Visier	S. 28
Zum Tode von E. R. Greulich	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie die Klosterbrauerei Bad Salzungen „abgefahren“ wurde

Als ein Verlierer der „deutschen Einheit“ möchte ich kurz schildern, was mir in den letzten 15 Jahren widerfahren ist. Ich komme aus dem Wartburg-Kreis. Dort wurden nach der „Wende“ von CDU und Treuhand sämtliche Betriebe „abgefahren“: VEB Walzkörper Bad Liebenstein, VEB Hartmetall Immelborn, VEB Pressenwerk, VEB Pumpenwerk, VEB Kaltwalzwerk, VEB Molkerei und Ementaler Käsewerk, VEB Klosterbrauerei Bad Salzungen, VEB Kohlensäurewerk Leimbach, Kalibergwerk Merkers, VEB Bergwerksmaschinen Dietlas und VEB Aluminiumwerk Fischbach. Dadurch sind auch viele kleine und mittelständische Betriebe weggefallen. In aller Kürze hatten wir eine riesige Erwerbslosigkeit.

Ich arbeitete damals beim Rat des Kreises Bad Salzungen, der dann in Landratsamt umbenannt wurde. Man schickte mich in die Klosterbrauerei, „um zu retten, was zu retten ist“. Ich fungierte dort de facto nur als Konkursverwalter, nachdem ich in der Zeit von 1974 bis 1982 in diesem Betrieb als technischer Leiter und Direktor tätig gewesen war. (Ich bin Braumeister und Ingenieur der Gärungs- und Getränke-industrie.) Die Klosterbrauerei hatte zu DDR-Zeiten 125 Beschäftigte und lieferte eine Jahresproduktion von 80 000 Hektoliter Bier und 50 000 Hektoliter alkoholfreier Getränke. Sie war ein schöner Betrieb mit Sudhaus, Maisch- und Würzpfanne, Lauterbottich aus Stahl, Kühlhaus-Plattenkühler und Gärkeller mit 50 Bottichen à 240 Hektoliter und zwei Bottichen à 400 Hektoliter aus Chrom-Nickel-Stahl. Im Lagerkeller, der in den Sandsteinberg getrieben worden war, gab es zwei 12 m breite und 7 m hohe Gewölbe. Dort befanden sich 27 emaillierte Stahltanks (100 hl), 30 mit Pech ausgekleidete Stahltanks (108–111 hl) und 30 Alu-Tanks (100 hl) mit Filtrierraum- und Faßabfüllung sowie eine Schwenkhalle mit Flaschendrucktanker und zwei Abfüllanlagen für 9000 Flaschen pro Stunde. Zum Getränketransport standen 15 LKWs W50 mit Anhängern zur Verfügung. Weiterhin gab es ein Kesselhaus und ein Maschinenhaus, wo sich Kälteanlagen und Druckluftkompressoren befanden. Es war ein traditionsreicher, schon 1873 gegründeter Betrieb.

Nach der „Wende“ ging alles rapide bergab. Als ich meine Aufgabe in der Klosterbrauerei übernahm, ließ ich mich von der Absicht leiten, „die Ärmel hochzukrempeln“. Leider hatte der Betrieb schon ein Dreivierteljahr seine Produktion eingestellt und einen großen Teil der Beschäftigten entlassen. Sein Direktor brachte einen westdeutschen Getränkehändler ins Geschäft, der sofort unsere gesamte Kundschaft mit seinen Getränken belieferte und den Versand mit LKWs der Klosterbrauerei durchführte. Ich konnte mein Ziel, ihn über das Vertragsgericht auszuschalten und mit 16 Beschäftigten

den Betrieb ökonomisch zu gestalten, zunächst erreichen. Der Konkurs wurde vom Amtsgericht in Bad Salzungen aufgehoben. Die Treuhand setzte mich als Geschäftsführer ein. Sofort nahm ich zu Brauereien im Westen Kontakt auf, die für uns Klosterbier Pils und Export brauten. Wir hatten die Vorstellung, das irgendwann selbst wieder zu produzieren. Von der Treuhand wurden wir bekämpft. Der Betrieb sollte für 250 000 DM verkauft werden. Das Geld hätte ich zusammen mit meinen drei Kindern vielleicht irgendwie aufbringen können, um die Firma zu erhalten, doch die Treuhand gab uns keine Chance. Den 16 Mitarbeitern wurde von ihr zum 15. Januar 1992 gekündigt. Im Frühjahr sollte dann eine Abrißfirma aus dem Ort die Klosterbrauerei übernehmen. Als Antwort besetzten wir mit den verbliebenen Kollegen das Gelände. Das war ein direkter Kampf gegen die Treuhand. Ich wandte mich an alle Parteien, legte Beschwerde ein. Schließlich waren wir es aus DDR-Zeiten gewöhnt, Hilfe oder zumindest eine korrekte Antwort zu erhalten. Doch die einzige Partei, die uns zu unterstützen versuchte, blieb die PDS. Nach einem Dreivierteljahr wurde ich zum Landratsamt zurückgeholt. Bis zum Mobbing mußte ich dort alles über mich

ergehen lassen. Man wollte mich dazu bringen, daß ich selbst kündigte. Diesen Gefallen tat ich ihnen aber nicht. Daraufhin wurde ich zum 31. 12. 93 entlassen. Im Buch von Landolf Scherzer „Der Zweite“ wird dieser Vorgang exakt dargelegt. Es folgte das Prozessieren. Schließlich sprach mir das Arbeitsgericht Erfurt eine geringe Abfindung zu.

Keine Arbeit, kein Geld – so begann das Jahr 1994 für mich und meine Familie. Unterdessen hob die Treuhand das von uns erwirtschaftete Geld (ca. 80 000 DM) vom Konto mit der Begründung ab, es handle sich um einen ihrer Betriebe und sie könne mit dem Geld machen, was sie für richtig halte. Ein neuer Geschäftsführer wurde für ein paar Wochen engagiert, der einen Teil dieses Geldes bekam und für 40 000 DM sofort einen neuen PKW kaufte. Obendrein wurden wir vom Finanzamt steuerlich belangt. Es ging um die Zeit von 1992 bis 1994, als ich den Getränkehandel erst aufbaute. Im Oktober 1994 übernahm diesen unser Sohn. 1995 entschied das Amtsgericht Bad Salzungen endgültig, daß wir das Brauereigelände zu räumen hätten. Das haben wir schließlich unter Protest getan. Heute sind wir beide Altersrentner und krank.

Was aber wurde aus der Klosterbrauerei? Sie wird jetzt abgerissen. Aus Steuergeldern, versteht sich. Die Abrißkosten sind auf 700 000 Euro veranschlagt. Damit hätte man auch eine kleine Brauerei bzw. eine Erlebnisbrauerei errichten können.

Zu DDR-Zeiten habe ich immer den wirtschaftlichen Stand des Staates an der Klosterbrauerei Bad Salzungen gemessen. Hat doch dieser Betrieb viel erlebt. Er hielt zwei Weltkriegen stand. Aber die Konterrevolution 1989 hat er nicht überstanden. Als ich zu DDR-Zeiten dort leitend tätig war, wurden staatlicherseits 5 Mio. Mark investiert. Es war ein moderner Betrieb und keinesfalls eine „marode Bude“, wie die Westpropaganda immer behauptet. Schade, wie bei uns alles nach der „Wende“ mutwillig kaputtgemacht worden ist. Mir blutet das Herz, und ich könnte weinen, wenn man so viel Unsinn erlebt. Vor allem aber bin ich enttäuscht, daß die Bevölkerung stillhält und alles geschehen läßt. Ich bin froh, in einer so schönen Zeit wie den DDR-Jahrzehnten gelebt zu haben, und würde sofort wieder tauschen.

Wenn bei uns die Volkskammer und das ZK der SED tagten, kam in der Regel eine Verbesserung für die Bevölkerung heraus. Wenn heute der Bundestag berät, bringt das dem Volk nichts Gutes. Die Verantwortlichen von CDU und SPD sollten sich schämen, alles so heruntergewirtschaftet zu haben. 1990 lebten in Bad Salzungen 24000 Menschen. Jetzt sind es noch 16000. Die Stadt und der Wartburg-Kreis sind tot.

Rainer Becker, Leimbach

Breitet die Flügel aus

Geweint ist genug
geflucht ist genug
geduckt vor der Brut

Breitet die Flügel aus
fliegt über die Dächer hinaus
holt die Sonne nach Haus

weil es so nicht mehr geht
eh es zu spät
und das Haus in Flammen steht

Der Samen wird fruchtbar sein
legt in die Erde hinein
ihn beim Mondenschein

Dann bewacht ihn recht gut
gegen Frevel und Übermut
solang in der Erde er ruht

Fangt heimlich gemeinsam an
daß man's nicht sehen kann
sonst seid ihr dran –

Viel schmutzige Vögel
nisten im Haus
werft sie hinaus

Lydia Kuhnt

Etwa zum gleichen Zeitpunkt, da sich Ex-Bundeswehrgeneral Schönbohm – derzeit noch CDU-Innenminister in der SPD-geführten Brandenburger Landesregierung – als Moralapostel aufspielte und bei den Bewohnern des einstigen DDR-Territoriums „gravierenden Werteverlust infolge der Proletarisierung durch das SED-Regime“ diagnostizierte, meldete sich eine westdeutsche Ärztin mit ihrer Diagnose zu Wort.

Dr. Marianne Koch, einst als Schauspielerin wie als Moderatorin ein Star des Westfernsehens (und insofern unverdächtig, „kommunistische Propaganda“ betreiben zu wollen) befaßte sich in einer Gastkolumne der „Apotheken-Umschau“ (1. August-Heft 2005) mit dem moralischen Zustand jener Gesellschaft, die – nach Ansicht der Schönbohms – der „proletarischen Barbarei“ à la DDR himmelhoch überlegen ist.

Unter der Überschrift „Von alten und neuen Werten“ kommt Frau Dr. Koch allerdings zu ganz anderen Einschätzungen. Solchen, wie sie inzwischen auch zum Erfahrungs- und Erkenntnisstand einer Mehrheit ehemaliger DDR-Bürger gehören. Die nämlich müssen tagtäglich selbst erleben, wie sie tatsächlich ist – die vielgepriesene bundesdeutsch-kapitalistische Wirklichkeit:

Der Ton ist rau geworden in diesem Land, konstatiert die Autorin. „Freundlichkeit? Hilfsbereitschaft? Zusammenrücken, damit die fünf Millionen Familien, in denen es Arbeitslose gibt, wenigstens Solidarität und Zuwendung erfahren? Nichts davon – oder nur wenig. Jeder für sich – und keiner für andere. Die schärfsten Werbesprüche loben Geiz und Egoismus ...“

Und charakteristisch für das gesellschaftliche Klima in dieser Bundesrepublik: „Kälte, die ansteckend ist. Sie kriecht in die Familien, die Arbeitsplätze, die Schulen.“ Es sei „cool“ geworden, „andere nicht wahrzunehmen und Mitgefühl gar nicht erst zuzulassen“.

Worauf Frau Dr. Koch jedoch nicht zu sprechen kommt, das ist der Nährboden, auf dem solch moralischer Verfall wuchert. Eine Gesellschaft, für die sich der Wert eines Menschen vorrangig nach dessen Besitz an Geld und Gut bemißt, stützt sich eben auch auf die demgemäße Philosophie – den Egoismus. Rücksichtslosigkeit aus Eigennutz ist systemimmanent. Daran ändert sich im Prinzip auch nichts dadurch, daß gemeinnützige, sozial engagierte Vereine und Einrichtungen versuchen, eine Pufferfunktion gegen schlimmste Auswüchse wahrzunehmen.

Der Virus, der die Krankheit Egoismus verursacht, heißt Kapitalismus ...

Von alten und neuen Werten

von Dr. Marianne Koch

Jetzt beei dich, Alte“, motzen ein paar Jugendliche an der Haltestelle, als eine ältere Frau vorsichtig, um nicht zu stolpern, aus dem Bus steigt. Einer mault ihr noch hinterher: „Und für dieses Friedhofsgemüse müssen wir die Rente bezahlen!“ Den Satz habe ich nicht erfunden, die 80-jährige Dame hat ihn mir persönlich berichtet.

Empörend! werden Sie sagen. Kein Anstand, eine Unverschämtheit. Stimmt. Aber Moment mal, die Geschichte geht noch weiter. Die alte Dame, zwar gebrechlich, aber nicht auf den Mund gefallen, dreht sich nämlich um und ruft lächelnd: „Passt nur schön auf, dass wenigstens ihr euch rechtzeitig aufhängt!“ Verblüffung bei den Kids. Dann lachen sie, und als der Bus anfährt, winken einige sogar.

Verwirrend, oder? Sind sie womöglich doch nicht so abgelehrt, diese Jungen?



„Kälte ist ansteckend. Sie kriecht in die Familien, die Arbeitsplätze, die

Kälte ist ansteckend. Sie kriecht in die Familien, die Arbeitsplätze, die Schulen. Und so ist es eben heute „cool“ geworden, andere nicht wahrzunehmen und Mitgefühl gar nicht erst zuzulassen.

Hey – was ist los mit uns? Zu viel Schimanski geguckt? Sind es die ewigen Actionfilme, in denen Kommunikation oft nur noch mit Schusswaffen stattfindet, und die Real-Brutalitäten in TV-Camps und -Containern? Oder machen gerade sie Quote, weil sie unsere eisig gewordene globalisierte Welt irgendwie symbolisieren? Eine Reihe von Fragen. Und die wichtigste wäre: Wollen – und können – wir diese Entwicklung aufhalten?

Ihre Werte – unsere Werte

„Wollen – und können – wir diese Entwicklung aufhalten?“, fragt Frau Dr. Koch. Sie beantwortet diese Frage nur indirekt, indem sie darauf hinweist, daß es „heute eine große Sehnsucht nach Zusammengehörigkeit und nach Dingen (gibt), die nichts mit der Jagd nach Geld und Spaß

zu tun haben“. – „Vor allem junge Menschen sind ... auf der Suche nach neuen (alten?) Werten.“

Um welche Werte es ihnen dabei insbesondere geht, das liest sich in der Koch-Kolumne so: „Zuallererst brauchen sie Arbeit und die Sicherheit, wenn es soweit ist, auch eine Familie ernähren zu können.“

Aber gab es das, was hier als Zukunftserwartung und -erfordernis benannt wird, nicht bereits einmal als Realität auf deutschem Boden: nämlich in der DDR?! Und: Warum blieb es Generationen von DDR-Bürgern erspart, in Lehrstellenbörsen verzweifelt nach einem Ausbildungsplatz zu suchen oder in Arbeitsämtern nach einem Arbeitsplatz anzustehen? Warum mußten sie, ungeachtet aller sonst dem „DDR-Regime“ angekreideten Mängel, niemals jene Existenzängste kennenlernen, die heutzutage als Normalität bundesdeutschen Alltag bestimmen?

Es ist für uns Ältere, die wir DDR-erfahren sind, eine aus unserem Lebenswerk resultierende Verpflichtung, der jüngeren Generation bei ihrer „Suche nach neuen, „alten“ Werten“ zu helfen. Indem wir ihr mitteilen, was die systemkonformen Medien geflissentlich verschweigen: Wie es wirklich war in der DDR – und warum in diesem sozialistischen deutschen Staat junge Leute frei waren von jenen existentiellen Sorgen, die nunmehr auf denen lasten, die in einem System leben, dessen Charakteristikum Egoismus ist.

Wolfgang Clausner



Wie sich ein evangelischer Landpfarrer mit seiner LPG verstand

Nach meinen Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts Leben auf dem Lande in einer thüringischen Dorfgemeinde kann ich rückblickend folgendes feststellen:

1. Das Verhältnis eines Betriebes mit ökonomisch-politischer Aufgabenstellung – wie einer LPG – zu einer Gemeinschaft mit hauptsächlich religiös-soziologischem Auftrag – einer evangelischen Kirchgemeinde – war durch die Tatsache gekennzeichnet, daß es beide Größen überwiegend mit den gleichen Menschen zu tun hatten. Daraus ergaben sich ganz natürlich Formen der wechselseitigen Kooperation bzw. Hilfe bei der Lösung praktischer Aufgaben.

2. Das drückte sich aus in den Formen materiell-technischer Unterstützung durch die LPG bei Bauvorhaben, die z. B. die Kirche oder das Pfarrhaus betrafen. In einem Falle wurden Dachziegel, die durch den Pfarrer aus Überplanbeständen in einem Ziegelwerk geordert werden konnten, durch ein LPG-eigenes Zugespänn vom Herstellungsort zur Baustelle transportiert. In anderen Fällen beluden Traktoren mehrere Hänger mit Erdaushub oder Bauschutt, um in einer Kirche Baufreiheit herzustellen.

3. Ein weiteres Feld der Hilfe war die Bereitschaft der LPG, bei der Instandsetzung der Friedhofsmauer mitzutun. Sie stellte kostenlos Transportmöglichkeiten und Feldsteine bereit. An einer anderen Kirche wurde der Turm zur Dachreparatur eingerüstet. In diesem Falle verlieh die LPG ihr Stangengerüst für einige Wochen, ohne dafür etwas zu verlangen.

4. Es gab jedoch auch Bereitschaft zu Kooperation auf einem ganz anderen Gebiet. Durch unsere Mitarbeit als Kirchgemeinde in der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) hatten wir häufig ausländische Gäste, besonders aus der BRD, zuweilen auch aus Holland und Österreich. Mehrmals war es möglich – dank jahrelanger vertrauensbildender gegenseitiger Kenntnis durch die gemeinsame Arbeit in der Gemeindevertretung bzw. in der Nationalen Front –, Anlagen und Einrichtungen der LPG Tierproduktion zu besichtigen, Gespräche mit

Genossenschaftsbauern zu führen, die dabei über ihr Leben und Arbeiten wirklichkeitsgetreu Auskunft gaben. Natürlich waren diese Exkursionen beim zuständigen staatlichen Gegenüber, der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises, anzumelden. Der dabei einbezogene Kreistierarzt achtete auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen, um jegliche Seuchengefahr auszuschließen. Im Versammlungsraum der LPG wurde anschließend durch den LPG-Vorsitzenden oder den Leiter der Abteilung Tierproduktion bzw. den SED-Parteisekretär über Aufgaben, Erfolge und Probleme der LPG berichtet. Es schloß sich ein teilweise interessiertes Nachfragen und Diskutieren an.

5. Eine andere Form der Unterstützung bestand in der Möglichkeit, daß Praktikanten des Evangelischen Gemeindezentrums, die hier ihre berufsvorbereitenden oder berufsbegleitenden Praxiserfahrungen für eine Tätigkeit im Dienst der Kirche sammelten, wochentags im Speiseraum der LPG-Küche verköstigt wurden. Bisweilen lieferte diese auch Speisen in Thermosbehältern an, mit denen Kinder- und Jugendgruppen beköstigt wurden. Später hat dann ein VEB Großküche in der Kreisstadt Apolda diese Leistung für unser Gemeindezentrum übernommen.

Bisher wurde beschrieben, welche Unterstützung Kirchgemeinde und christliche Gruppen durch Landwirtschaftsbetriebe erhielten. Selbstverständlich konnte solche Hilfe nur auf der Basis gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wachsen. Ich will daher auch kurz schildern, welches Verhältnis Kirchgemeinde und Pfarrer zur LPG unterhielten.

1. In der Zeit der Getreideernte und der Strohbergung haben Mitglieder der Jungen Gemeinde mitgeholfen, die (damals kleineren) Ballen auf Fahrzeuge zu verladen und unter Dach und Fach zu bringen. Der zu dieser Zeit noch junge Pfarrer hat an der Strohbergung teilgenommen.

2. In der Zeit der Rübenpflege wurden Ackerabschnitte zum

Hacken (Verziehen) durch die LPG vergeben. Auch die Familie des Pfarrers und andere Kirchgemeindemitglieder haben sich an dieser Arbeit beteiligt und so dazu beigetragen, daß das Futteraufkommen der LPG wie geplant bereitgestellt werden konnte.

3. Eine solidarische Hilfe bedeutete gewiß auch die moralische Unterstützung der Genossenschaftsbauern. Der Prediger würdigte im Sonntagsgottesdienst nicht nur ganz allgemein die bäuerliche Arbeit zur Brotgewinnung, sondern rief auch zu konkreter Unterstützung für die Genossenschaft auf, wenn diese durch Witterungsunbilden oder andere Unwägbarkeiten in Druck oder Rückstand gekommen war.

Mit diesen wenigen Bemerkungen wollte ich andeuten, daß das Verhältnis zwischen LPG und Kirchgemeinde in dem Bereich, den ich selber überblicken kann, durch ein

gegenseitiges Geben und Nehmen gekennzeichnet war. Dabei habe ich das Gefühl, daß wir Kirchenleute mehr Hilfe empfangen konnten, als wir den Genossenschaftsbauern selbst zu geben in der Lage waren. In dem Landstrich, in dem ich als Pfarrer gearbeitet habe, waren die Kirchgemeinden bereits relativ schwache und überschaubare Größen, während sich die Landwirtschaftsbetriebe mit ihrem ökonomischen und personellen Potential in ungleich stärkerer Position befanden. Gerade deshalb wurde die Solidarität, die der Kirchgemeinde durch die LPG erwiesen wurde, dankbar angenommen.

Ich möchte meine Gedanken zu diesem Thema durch einen Liedtext von Reinhold Andert illustrieren, der damals mir und meinen jungen Mitchristen Mut und Inspiration bei unserem Leben auf dem Land gab – und das nicht nur durch die zufällige Namensgleichheit mit dem erwähnten und mit mir nicht identischen Pfarrer.

Peter Franz

Der alte Franz

Der alte Franz macht wieder seine Runde, das erste Mal seit über einem Jahr. Schnell wie der Wind verbreitet sich die Kunde. Nun wird es wieder so, wie's früher war.

In seiner Kneipe scheuern sie die Tische, man putzt die Theke, teert das Pissoir. In seiner Kirche stellen seine Frauen ihm frische Lilien auf den Altar.

Der alte Franz macht wieder seine Runde, er geht vom Dorf herunter auf das Feld. Und betet auf dem Weg ein Vaterunser für seiner Kinder täglich Brot und Geld.

Der Raps steht gut, die Gerste ist zu niedrig. Denk an das Bier, mein Gott, und schenk ihr Kraft. Das wird ein gutes Jahr für meine Bienen und für die Kasse der Genossenschaft.

Der rote Franz, so nennen ihn die Bauern seit damals, als er gegen sie gestimmt. Es wächst nicht mehr Korn, wenn ihr darum betet. Der Herr gibt nur, was man sich von ihm nimmt.

Wie schrieb einst Paulus an die Korinther. Er las es vor, und die Versammlung schwieg. Sie hörten zu, andächtig wie die Kinder. Vorn an der Wand ein Bild von Wilhelm Pieck.

Der alte Franz macht wieder seine Runde. Drei neue Autos und ein frisches Grab. Als er hierherkam, gab es nicht mal Hunde, weil es bei ihnen nichts zu stehlen gab.

Franz kennt der Seinen Sorgen und Gerüche. In ihrer Kirche ist er meist allein. Er geht zu ihnen, setzt sich in die Küche und schimpft auf ihren selbstgemachten Wein.

Der Pfarrer Franz macht wieder seine Runde, ein guter Hirt macht seinen Schafen Mut. Er ist für uns, egal aus welchem Grunde, sein Maßwein schmeckt auch mir, Genossen, gut.

Reinhold Andert

Zum 60. Jahrestag der Volkssolidarität

Interview mit Bundesgeschäftsführer Dr. Bernd Niederland

Die Volkssolidarität begeht am 24. Oktober den 60. Jahrestag ihrer Gründung. Worauf sind Sie besonders stolz?

Zuallererst sind wir stolz darauf, daß es uns immer noch gibt und die Volkssolidarität mit derzeit ca. 350 000 Mitgliedern in mehr als 4800 Mitglieder- bzw. Ortsgruppen der größte ostdeutsche Sozial- und Wohlfahrtsverband ist. 14 500 hauptamtliche und 33 700 ehrenamtliche Mitarbeiter sorgen dafür, daß die Volkssolidarität heute ein lebendiger Mitgliederverband, ein aktiver Vertreter sozialer Interessen und ein leistungsstarker Anbieter sozialwirtschaftlicher Dienstleistungen ist. Aus dem vertrauensvollen Miteinander und Füreinander erwächst ständig neu die starke soziale Kraft unseres Verbandes. Dafür gebührt allen Beteiligten ein großes Dankeschön.

Wie kommt es, daß die Volkssolidarität als einzige Massenorganisation der DDR „überlebt“ hat?

Dafür gibt es viele Gründe. Ein sehr wichtiger ist aus meiner Sicht, daß das Grundmotiv und -anliegen unseres Verbandes, die Solidarität, auch nach 1989/90 nichts an Bedeutung verloren hat. Solidarität leben – das ist Anspruch, Inhalt und Grundlage der Arbeit der Volkssolidarität. Das ist heute nicht weniger aktuell als vor 60 Jahren, als der Verband gegründet wurde. Seitdem sind wir der Solidarität im Zusammenleben der Menschen ebenso verpflichtet wie dem antifaschistischen und demokratischen Erbe der Gründergeneration des Verbandes. Damals bedeutete Solidarität, Hilfsbedürftige und Notleidende bei der Bewältigung der schlimmen Kriegsfolgen zu unterstützen. Im Mittelpunkt der Bemühungen stand die Unterstützung für ältere Menschen, für Kinder und Jugendliche. Aus diesen Anfängen entwickelte sich die Volkssolidarität als ein starker Mitgliederverband, der in der DDR als Träger von Diensten und Einrichtungen wichtige Aufgaben im sozialen Bereich übernahm, vor allem bei der Betreuung und Begleitung älterer Menschen.

Die Sorgen und Nöte im Jahr 2005 sind andere als 1945, aber sie sind keinesfalls gering zu bewerten. Das macht die Volkssolidarität und ihre Arbeit weiterhin wichtig und notwendig.

Ihr Verband sorgt sich also besonders um die ältere Generation. Das Wirkungsfeld der VS ist jedoch weit umfassender ...

Die Betreuung älterer Menschen ist ein wichtiges Arbeitsfeld unseres Verbandes, aber nicht das einzige, wie manche immer noch glauben. Nach 1990 ist die Volkssolidarität zu ihren Wurzeln zurückgekehrt: der Kinderbetreuung. In diesem Bereich haben wir beispielsweise in den letzten Jahren mehr Plätze als im Bereich der Altenpflege. So ist die Volkssolidarität Träger von 347 Kindertagesstätten mit über



30 000 Plätzen. Hinzu kommt die offene Jugendarbeit, die in 68 Freizeit- und Erholungseinrichtungen realisiert wird. Zum Vergleich: 2004 sicherten die Mitarbeiter unseres Verbandes in 147 ambulanten sozial-pflegerischen Diensten und mobilen Hilfsdiensten sowie 40 Pflegeheimen für annähernd 25 000 Menschen im Monat eine stabile und qualitätsgerechte Betreuung. Erwähnt sei noch, daß die Volkssolidarität mit mehr als 6300 Wohnungen im Osten Deutschlands eine führende Position beim „Wohnen im Alter“ innehat.

Mit dieser Vielfalt an Angeboten ist die Volkssolidarität also hautnah an den Bedürfnissen der Menschen dran. Wo drückt sie dennoch der Schuh?

Die im Juni vorgelegte Sozialbilanz 2004 belegt, daß die Volkssolidarität ihr Profil als Sozial- und Wohlfahrtsverband weiter ausprägen konnte. Dabei wird die insgesamt positive Entwicklung durch zwei grundlegende Tendenzen bestimmt: Die Ausstrahlung, Wirksamkeit und Leistungskraft in der sozialen, sozial-pflegerischen und sozial-kulturellen Arbeit sind weiter gewachsen, obwohl sich die Rahmenbedingungen dafür deutlich in zunehmender Verschlechterung befinden. Dieser mutmachenden Bilanz steht die quantitative Entwicklung des Mitgliederverbandes gegenüber. Der Mitglieder-rückgang und die damit einhergehende Verringerung der Anzahl der ehrenamtlich Tätigen konnte auch im Jahre 2004 nicht aufgehalten werden. Das hat verschiedene Ursachen, die wir analysieren müssen, um der Entwicklung eine andere Richtung geben zu können.

Viele wissen, daß die Volkssolidarität ein leidenschaftlicher Gegner der von der Schröder-Regierung beschlossenen wiederholten „Nullrunden“ für Rentner ist. Wie beurteilen Sie diese Politik?

Wir haben die unsoziale Politik, den Rückzug des Staates von seinen sozialen Aufgaben und die fortschreitende Privatisierung des Sozial- und Gesundheitswesens mehrfach deutlich kritisiert, u. a. mit unseren rentenpolitischen Standpunkten

und zahlreichen aktuellen Stellungnahmen. Die Rentenpolitik der Bundesregierung hat mit verschiedenen Gesetzen und Regelungen zu Leistungskürzungen geführt, die – mit Blick auf die nächsten Jahre – rund 20 Prozent ausmachen. Wir haben mehrfach betont und dagegen protestiert, daß die Renten-„Nullrunden“ durch neue Belastungen wie den Beitrag zum Krankengeld und die Zahnersatzregelung eigentlich Minusrunden sind. Diese „Reformpolitik“ wirkt sich auch auf die künftigen Rentenansprüche der Versicherten aus, die erst in 10 oder 20 Jahren in Rente gehen werden. Die Streichung von drei Jahren Ausbildungszeiten führt ebenfalls zu einer Minderung der künftigen Rentenhöhe. Dadurch liegen die ausgewiesenen Beträge oft unter dem, was für die Versicherten bereits als erarbeiteter Rentenanspruch gesichert erschien. Weitere zu erwartende Rentenkürzungen nach den Bundestagswahlen verdienen schon jetzt die rote Karte. Diese Politik – von wem auch immer – werden wir auch künftig nicht akzeptieren. Sie hat bereits in der Vergangenheit versagt. Wir werden als Volkssolidarität dagegen Widerstand leisten, mit allen uns zur Verfügung stehenden außerparlamentarischen Mitteln. Die Belastungen für Rentnerinnen und Rentner haben sich ständig erhöht, während die Löcher in den Rentenkassen immer größer wurden.

Es führt kein Weg daran vorbei, die gesetzliche Rentenversicherung auf eine breitere und stabilere Basis zu stellen. Die Volkssolidarität fordert daher als ersten Schritt eine Erwerbstätigenversicherung, die alle Bürger und Einkommensarten einbezieht.

Wollen Sie ein paar Worte an die Leser des „RotFuchs“ richten?

Wir würden uns freuen, auch die Leser des „RotFuchs“ als aktive Mitstreiter unseres Verbandes, als Mitglieder der Volkssolidarität begrüßen zu können, sofern sie das nicht schon sind.

Interview: Bruni Steiniger

Weitere Informationen und Auskünfte sind zu erhalten beim **Volkssolidarität Bundesverband e. V. Alte Schönhauser Str. 16** 10119 Berlin
Tel. 030/2 78 97-0, Fax 030/27 59 39 59
E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de
Internet: www.volkssolidaritaet.de

Die RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen

lädt zu einem Diskussionsforum mit **Prof. Dr. Werner Roß** am **22. Okt.** um **10.00 Uhr** in Zwickau, Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, ein.

Thema: **Die Verantwortung der Marxisten nach der Bundestagswahl**

Hubertus Knabe, Direktor der „Gedenkstätte“ Hohenschönhausen, zögerte als Vorreiter des Kampfes gegen den kommunistischen Drachen nicht, zu den unzähligen Büchern, Filmen, Reden und Artikeln über den 8. Mai 1945 ein weiteres „Werk“ hinzuzufügen.

Da er einer in der Schar der antikommunistischen Kreuzritter ist, die der besonderen Förderung durch das „Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland“ (früher SBZ- danach DDR-Archiv) gewiß sind, erschien in der Nr. 2/2005 eine Rezension, deren Autor Rainer Eckert ist. Sie trägt den Titel „Das Doppelgesicht des 8. Mai 1945“. Die Rezension reizt zu Anmerkungen.

Schon die Überschrift zwingt zur Frage: Kann ein (beliebiger) Tag ein Doppel-

Die Frage ist: Wer braucht warum diese „Welle des Leidens“ von Deutschen? Und warum beteiligt sich Knabe an der „Erinnerungsschlacht“ (Norbert Frei)? Offensichtlich glaubt er, ohne seinen Beitrag gäbe es nicht genug Antikommunismus, der nun hinter der Nebelwand (bestimmter) „Zeitzeugen“ reproduziert wird. Der Rezensent hebt denn auch hervor: Knabe „schildert die Schrecken der Eroberung durch die ‚Rote Armee‘, die terroristische ‚Säuberung‘ in den deutschen Ostgebieten und die Rolle von Terror bzw. politischer Verfolgung auf dem Weg zur SED-Diktatur. Dies alles sind legitime Themen, und Knabe breitet in einem gut lesbaren Stil eine ganze Palette schrecklicher Leiden und Untaten aus.“

Goebbels würde vor Neid erblassen

gesicht haben wie eine Münze oder (als Metapher) ein Mensch? Eckert meint natürlich die Wertung des 8. Mai 1945, für die Heinrich Böll die Kurzformel fand: „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“ Nun also hatte Hubertus Knabe den unwiderstehlichen Drang, sich auch zu „outen“. Aber wie? Das bringt Eckert den Lesern des „Deutschland Archivs“ bei. Er fragt einleitend, ob es nicht an der Zeit sei, auch der „Opfer von Vertreibung, Bombenkrieg und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten“ zu gedenken. Damit soll Knabes Anliegen gewissermaßen zu einem dringenden Bedürfnis des „Volkes“ werden, das endlich – durch ihn – befriedigt wird. Wer indessen die bundesdeutsche Literatur kennt, das „Deutschland Archiv“ eingeschlossen, weiß, daß diese Themen keine weißen Flecken in der „Forschung“ schon der fünfziger Jahren waren. Die Konjunktur dieser Themen, nun auch im Fernsehen, hat reaktionäre politische Gründe, die Historiker (z. B. Kurt Pätzold) enthüllt haben.

Wenn wir schon bei „Leiden und Untaten“ sind: Begannen sie 1945? Gab es sie nur im Osten? War es nicht Bundespräsident Roman Herzog, der am 13. Februar 1995 in der Dresdner Kathedrale diese makabre Methode der „Saldierung der Opfer“ streng verurteilte? Hatte nicht der altersweise Willy Brandt schon 1987 davor gewarnt, alle alten Schlachten noch einmal zu schlagen? Aber was gelten Argumente der Vernunft Leuten wie Knabe? Der Rezensent jedenfalls lobt an dessen Buch: Knabe „geht von der Mitschuld der Sowjetunion am Krieg aus und schildert den sowjetischen Terror der Nachkriegszeit als Voraussetzung für die Etablierung der SED-Diktatur. Im Mittelpunkt steht dabei die Charakterisierung der Sowjetunion als einer blutigen Diktatur. Die Verbrechen der sowjetischen Truppen in den deutschen Ostgebieten und in abgeschwächter Form in der Sowjetischen Besatzungszone werden detailliert ausgemalt, und als eigentlichen Grund macht Knabe nicht die vorausgegangenen deutschen Untaten aus, sondern nennt Verrohung der Soldaten und den Einfluß sowjetischer Kriegsideologie bzw. das Ergebnis blutrünstiger Propaganda. In dieser Sicht werden die sowjetischen Soldaten zu Bestien, und der Mord an Deutschen nimmt die Züge eines Genozids an.“

Ob sich Autor und Rezensent darüber klar sind, was sie da geschrieben haben? Was hätte uns geblüht, wenn die Sowjetsoldaten nach dem altbiblischen Prinzip „Auge um Auge“ gehandelt hätten? Welche Motive hatten denn deutsche Soldaten veranlaßt, so zu handeln, wie Knabe es den Sowjetsoldaten unterstellt? Wer versucht in den Tagebüchern und Reden eines gewissen Joseph Goebbels zu prüfen (sie sind gedruckt), inwiefern Knabe die Tiraden des Reichspropagandaministers noch übertrifft? Und Knabe setzt

der Haßpredigt die Krone auf, indem er behauptet, „daß der polnische Terror den der sowjetischen Behörden noch übertroffen“ habe. Da Knabe aus der „Gedenkstätte“ Hohenschönhausen eine Geisterbahn gemacht hat, darf ein Exkurs über die sowjetischen Speziallager (denen in den Westzonen die Internierungslager entsprachen) nicht fehlen. Frisch und frei wird fabuliert. Rezensent Eckert: „In den Speziallagern der sowjetischen Besatzungsmacht sieht Knabe nur relativ wenige NS-Belastete interniert, und er kommt zu dem Schluß, daß in ihnen die Überlebenschancen der Häftlinge geringer waren als in manchem nationalsozialistischen Konzentrationslager. Dem folgt die Erzählung über Deutsche im GULAG, über die ungerechtfertigten Verurteilungen durch sowjetische Militärtribunale und allgemein über den Terror Stalins gegen Andersdenkende. Zusammengefaßt münden diese Ausführungen in der These, daß die sowjetische Führung kein Interesse an der Bestrafung der eigentlichen Kriegsverbrecher gehabt habe, sondern nur die Durchsetzung stalinistischer Herrschaftsmethoden in ihrem Machtbereich betrieb.“ Wer waren die „eigentlichen Kriegsverbrecher“? Auch die Flick und Krupp, die in Nürnberg angeklagt waren? War ihre Enteignung nach dem Volksscheid vom 30. Juni 1946 und der Entzug ihrer Machtgrundlage eine Bestrafung oder ein Schritt zur Sowjetisierung? Eckert kann nicht umhin, einiges an Knabes Text zu tadeln. „Ärgernis und Irrtum“ sei dessen „individualisierender Ansatz“, wonach sich im Osten – im Unterschied zum Westen – niemand befreit gefühlt hätte. Unschön findet der Rezensent auch, daß immer wieder eine „angemaßte Überlegenheit gegenüber den „primitiven Russen“ durchschimmere. Schließlich befürchtet Eckert, „daß Knabes Ausführungen Munition für Rechtsradikale sein könnten“, was aber im Interesse der Wahrheit in Kauf genommen werden müsse. Eckert beklagt auch „kleinere Irrtümer“, zu denen die Behauptung gehört, „daß jeder dritte Deutsche in den Ostgebieten die Besatzung nicht überlebte oder daß ca. 1,4 Millionen deutsche Mädchen und Frauen östlich von Oder und Neiße vergewaltigt worden wären“. Und was rät der wackere Rezensent demjenigen, der „Opfer“-Zahlen aus dem Hut zaubert? „Hier wäre mehr Vorsicht geboten gewesen, da Schätzungen und Hochrechnungen nicht solide Forschungsarbeit ersetzen können.“ Also „Vorsicht“, Herr Knabe – beim nächsten Mal.

Da ist abschließend zu fragen: Ist denn Knabe angetreten, um „solide Forschungsarbeit“ zu leisten? Wird er dafür bezahlt? Wird sein Buch besser, wenn er auf die „kleineren Irrtümer“ (die einem „normalen“ Historiker den Hals kosten würden) verzichtet hätte? Gehört nicht Knabe mit diesen Methoden, die Goebbels vor Neid erblassen lassen würden, zum „Kernbestand“ neudeutscher verantwortungs- und skrupelloser Geschichtsschreibung? Mag das jeder selbst prüfen.

Prof. Dr. Horst Schneider

Die **FDJ Berlin** ruft für den
7. Oktober um 18.00 Uhr
zu einer Kundgebung vor dem
Palast der Republik auf.

Motto: **Die alte Zeit
verjagen!**

Unlängst hatte ich mich im „RotFuchs“ mit dem antikommunistischen Eifer von Wolfgang Leonhard befaßt. Kaum hatte ich meinen PC abgeschaltet, stand – symbolisch betrachtet – der nächste Typ aus dieser Gilde auf der Matte: Dr. Hubertus Knabe. Der Mann ist eine der schillerndsten Gegenwartsfiguren in dieser Branche. 1959 wurde er in Unna geboren. 1992 begann seine spektakuläre Karriere beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Er schrieb fleißig Bücher über die Untaten der DDR, übersprang damit aber zuweilen wohl selbst die bekanntlich sehr hoch gelegten Latten in dieser Disziplin und wurde deshalb ein wenig versetzt. Nach Hohenschönhausen, wo er eine „Gedenkstätte“ übernahm, die – Wie könnte es anders sein? – an die angebliche

gen könnte, die Seiten zu wechseln. Das Problem für die in Australien agierenden BRD-Geheimdienstler war: Sie wußten so gut wie nichts über diese. Also suchten sie emsig einen Informanten (so etwas wie einen IM) und waren dabei nicht wählerisch, denn sie wählten mich. Es geschah am Abend des 2. November 1956 – die Spiele wurden erst am 22. November eröffnet – an der Bar des „Victoria-Clubs“. Beauftragt worden mit der „Anwerbung“ war eine Dame. Sie zog sich mit mir in einen Nebenraum zurück und erläuterte mir, welche Informationen von mir erwartet würden. Auch daß derlei gut honoriert würde. Der Anwerbeversuch endete jedoch jäh, als sie aus ihrem Notizbuch die Frage nach meiner Arbeitsstelle ablas und ich wahrheitsgemäß „Redak-

In den ersten Jahren ... war es so, daß Gefangene eigene Kleidungsstücke zerreißen und als Toilettenpapier benutzen mußten. ...

Gefangene wurden im Winter in den kalten Zellen gefoltert, die auch mit einem Wasserschok geflutet wurden, ... von außen konnte reguliert werden, ob das Wasser anstieg oder abfloß ...“

Nach diesem Rundgang schlug ich in Anlehnung an den Gedenkstättenleiter Knabe dem Prof. Schneider als Titel für unsere Arbeit vor: „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)“.

In Hohenschönhausen wird Delegitimierung der DDR pur geboten und nebenbei ein wenig marktwirtschaftlich genutzt. Fröhlich morgens parken die ersten Reisebusse ein. Ich las den Bericht einer Abiturklasse aus Berchtesgaden, die von dem Rundgang schockiert war und die DDR bis an ihr Lebensende als „Unrechtsstaat“ ausgehen wird. (Tenor: „Ich habe die Folterzellen gesehen ...“)

Die Wahrheit ist: Von 1945 bis 1951 unterstand die Haftanstalt in Hohenschönhausen sowjetischen Organen. Fragen, Vorwürfe oder Anklagen zu diesem Zeitraum wären also an andere zu richten. Die „Gestalter“ der Gedenkstätte aber hatten nichts mit beweisbarer Geschichte im Sinn und „transferierten“ die angeblich „rekonstruierten“ Uraltanlagen schlankweg in die MfS-Ära.

Unser Besuch muß die „Gedenkstätten“-Obrigkeit jedenfalls beträchtlich verunsichern haben. Die als Medien-Flankenschutz zu Hilfe gerufene „BZ“ zitierte als Häftlings-Kronzeugen Hans-Eberhard Z.: „1953 mußte ich 72 Stunden in der 20-mal-50-Zentimeter-Zelle stehen.“ Jeder Medizinstudent hätte den Autor aufklären können: Eine Zelle der angegebenen Größe enthielt maximal 19 Liter Sauerstoff, die höchstens zwei Stunden zum Überleben gereicht hätten.

Es ist hinlänglich bekannt, daß der Rechtsstaat BRD nach 1990 – assistiert von der „Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht“ in Salzgitter, die über Jahrzehnte auch ehemalige Häftlinge befragt hatte –, alle Vorwürfe gegen DDR-Strafvollzugsbeamte juristisch verfolgte. Nirgendwo in der „Gedenkstätte“ sind indes die Ablichtungen rechtskräftiger diesbezüglicher Urteile einzusehen – es gab keine!

Aber das alles belegt Prof. Schneider viel überzeugender – in dem SPOTLESS-Taschenbuch „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)“. Preis 5,10 Euro zzgl. Zustellgebühr von 1,00 Euro. Bestellung direkt beim Spotless-Verlag, Postfach 28830, 10131 Berlin. **Dr. Klaus Huhn**

Wie ich in ein Gruselkabinett geriet ...

Folterpraxis des MfS erinnern soll. Das letzte, was man von Knabe hörte, war eine Mitteilung im mdr, daß er den Standpunkt von Schönbohm zu den „Verproletarisierten“ teilt.

Der Reihe nach: Prof. Horst Schneider, ein unter „RotFuchs“-Lesern beliebter Autor, hatte unlängst bei SPOTLESS ein Taschenbuch verlegt, das sich unter dem Titel „Erinnerungsschlachten“ mit den sächsischen Gedenkstätten befaßt. Nun hat er auch die Knabe-Gedenkstätte in Hohenschönhausen unter die Lupe genommen.

Gemeinsam haben sich Schneider und ich dem Dauerthema „Kreuzzug gegen die DDR“ gewidmet, diesmal den brisanten Frontabschnitt „Stasi“ ausgesucht, dort die Kampfzone „Gedenkstätten“ gewählt und uns schließlich konkret für „Hohenschönhausen“ entschieden.

Wodurch ich mich für die Arbeit an diesem Projekt empfahl? Durch Geheimdienst-Erfahrung!

Jüngeren und Vergeßlichen sei erläutert: Im Herbst 1956 fanden die Olympischen Sommerspiele in Melbourne statt. Trotz aller Proteste mußte die Bundesrepublik Deutschland damals die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees hinnehmen und eine Mannschaft beider deutscher Staaten in Australien starten lassen. Damit – so lernte ich – wurden Athleten der DDR über Nacht zum Ausspähungsobjekt für den BND. Um bei einem leicht verständlichen Beispiel zu bleiben: Wie schnell die Hürdensprinterin Gisela Birkemeyer lief, konnten die Geheimdienstexperten in Pullach bei München jeder Zeitung entnehmen. Aber Geheimdienste spüren menschlichen Unzulänglichkeiten nach. Schon damals befaßte sich der BRD-Geheimdienst mit der Frage, wie man DDR-Athleten bewe-

tion Neues Deutschland“ antwortete. Sie bat, spürbar irritiert, um eine kurze Pause und kehrte nicht mehr zurück. Wie auch immer: Eine Akte mußte vorhanden sein, und ich verweise auch seitdem gern darauf, daß ich mindestens eine knappe Stunde für einen Job beim BND in Aussicht genommen worden war.

Die Zusage, Prof. Schneider bei der Besichtigung der Gedenkstätte zu begleiten, trug mir Aufsehen ein, mit dem ich in meinem hohen Alter nie mehr gerechnet hatte. Ich sah mich eines Julimorgens 2005 riesengroß auf einem Bild in der BZ, die von sich behauptet, „Berlins größte Zeitung“ zu sein. Zwar war ich darauf nur mühsam zu erkennen, aber das lag daran, daß es mit versteckter Kamera – die gesetzlich vorgeschriebene BZ-Hinweiszeile lautete dubios: „Foto: Privat“ – aufgenommen worden war und damit die Geheimdienststummwelt der Situation nachdrücklich bekräftigte.

Übrigens: Ich hatte mich als ins Auge gefaßter Verleger dieses Taschenbuchs zusammen mit MfS-Ex-Obrigkeiten zu einer Führung durch die „Gedenkstätte Hohenschönhausen“ an deren Pforten eingefunden. Einige aus der Gruppe waren von der Gedenkstättenbelegschaft erkannt, aber natürlich nicht begrüßt worden.

Über Handys wurden die „Privat“-Fotografen alarmiert. In meiner Hand konnte man sogar ein nicht sehr billiges Tonbandgerät erkennen, was immerhin den Beweis dafür liefert, daß ich jedes Wort der Führung mitschnitt. Hier ein Ausschnitt aus dem aufgezeichneten O-Ton des Mario Röllig: „Die Aufständischen des 17. Juni schilderten uns, daß sie sich nach wenigen Tagen manchmal nicht mehr unterhalten konnten ... nicht, weil sie das nicht durften, sondern weil der Sauerstoff langsam knapp wurde. ...“

Dauerausstellung der FDJ Berlin



**vom 7. bis 13. Oktober
10 bis 18 Uhr
auf dem Alexanderplatz**

**Was war die DDR wert –
wo ist dieser Wert geblieben?**

Ein unter diesem Titel neu erschienenes Buch erregt Aufsehen. Es ist ein Tatsachenbericht über das Leben und Erleben zweier Männer in der Zeit des Kalten Krieges. Es ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit Vergangenen und der Gegenwart. Hannes Sieberer, geboren als uneheliches Kind einer Landarbeiterfamilie im damaligen Sudetenland, österreichischer Staatsbürger, nach eigenem Bekunden proamerikanisch und antikommunistisch eingestellt und demzufolge bereit, für den US-Geheimdienst CIA zu arbeiten, ist der eine. Der andere, Herbert Kierstein, 1938 als uneheliches Kind einer Angestelltenfamilie in Oberschlesien geboren, DDR-Bürger, nach eigener Darstellung durch das gesellschaftliche Umfeld und die

Sieberer für die CIA mehr wert als ein nützlicher Idiot? Vom Geheimdienst eines menschenverachtenden Systems, welches Angriffskriege anzettelt, Staatsstreich durchführt, führende unliebsame Staatsmänner ermorden läßt, kann man wohl nichts anderes erwarten, wenn es um das Schicksal eines einzelnen kleinen Agenten geht. Ja, er wurde regelrecht verheizt und vergessen. Sieberer meint, daß dies bei den bundesdeutschen Diensten so nicht gewesen sei. Dem kann man nur einschränkend zustimmen. So hat sich z. B. der BND unter der Präsidentschaft von Herrn Kinkel auch nicht zu einem seiner Spione, die in der DDR zum Tode verurteilt wurden, bekannt und damit mögliche Hilfe verweigert. Auch das Bundesamt für

sie bei einer Führung in der sogenannten Gedenkstätte Hohenschönhausen erzählt bekommen. Schließlich wissen sie es aus eigenem Erleben, wie es dort zugeht, der eine als Häftling, der andere als Untersuchungsführer. Das Buch wird deshalb dazu beitragen, die Lügen über die Haftanstalten Hohenschönhausen und Bautzen und den Geschichtsfälscher und Verschwörungstheoretiker Hubertus Knabe zu entlarven.

Ein Kapitel überschreibt Sieberer mit dem Titel „Die Geheiminstrumente des Friedens, Nachrichtendienste in den internationalen Beziehungen“. Seinem Plädoyer für die Erhaltung der Nachrichtendienste zur Friedenssicherung ist zuzustimmen. Falsch ist seine Behauptung, daß Politbüro und ZK der SED die Analysen und Einschätzungen der Auslandsaufklärung beharrlich ignoriert hätten. In Einzelfällen sicher, aber nicht generell und keinesfalls in Fragen von Krieg und Frieden. Das ist im Buch durch den Beitrag von Gotthold Schramm über die Konferenz „Spionage für den Frieden“ am 7. Mai 2004 in Berlin beweiskräftig nachgewiesen.

Dem Herausgeber Gotthold Schramm, den Autoren Hans Sieberer und Herbert Kierstein sowie dem Verlag edition ost ist für das Buch zu danken. **Werner Großmann**

Hannes Sieberer/Herbert Kierstein. Verheizt und vergessen. edition ost 2005, 223 S., 14,90 Euro, ISBN 3-360-01065-5

Verheizt und vergessen

feindlichen Angriffe gegen die DDR geformt, und in der Überzeugung gefestigt und politisch motiviert, im Ministerium für Staatssicherheit für den Schutz und die Sicherheit der DDR zu arbeiten. Beide jahrelang politische Gegner, auch in der unmittelbaren beruflichen Praxis. Der eine als Spion, der andere als Abwehrspezialist.

Beide berichten über ihre Tätigkeit, ihre Beweggründe, ihre Professionalität, ihren Ehrgeiz, über Erfolge und Niederlagen. Sie berichten sachlich korrekt, realistisch nüchtern, ohne persönliche Erhöhungen, ohne gegenseitige Ehrverletzungen. In dieser Weise die eigene Vergangenheit zu betrachten, so dem ehemaligen Gegner zu begegnen, ist ein zu würdigendes Verdienst der beiden Autoren. Das ist menschliche Größe.

Betrachtet man die von der CIA Hans Sieberer erteilten Aufträge, so stellt man fest, daß es in der Methodik vielerlei Vergleichbares mit der anderer Nachrichtendienste gibt, auch derer der DDR. Wie sollte es auch anders sein? In der praktischen Umsetzung aber waren die Dienste der DDR der CIA und auch den bundesdeutschen Diensten weit überlegen. Das hat Herbert Kierstein überzeugend nachgewiesen. Begrüßenswert, daß er so umfangreich berichtet, wie die Spionageabwehr des MfS auf wissenschaftlicher Grundlage ihre Arbeit organisierte.

Selbst als Hans Sieberer über seine Erfahrungen und Erkenntnisse mit der und über die CIA berichtet, verläßt er seinen sachlichen Stil nicht, obwohl dies zu verstehen wäre, bei allem, was man ihm angetan hat. Man kann es nur so formulieren: Was ist so ein einzelner wie

Verfassungsschutz ließ einige seiner in der DDR tätigen und verhafteten Spione im Stich. Ganz im Gegenteil der Auslandsnachrichtendienst der DDR, die Hauptverwaltung A des MfS. Sie bekannte sich stets zu im Ausland enttarnten und inhaftierten Mitarbeitern und leistete möglichen Beistand.

Die Schilderung der Haft, sowohl in der U-Haftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen als auch in Bautzen, erfolgt rückblickend realistisch und in kritischer Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Darstellung durch politische Institutionen und Medien der Bundesrepublik. Das eigene Erleben widerspricht in allem den heute verbreiteten Horrorgeschichten.

Mit Erstaunen und berechtigter Enttäuschung reagieren Sieberer und Kierstein auf das, was



Am 2. Oktober 1990 fand der letzte Fahnenappell der Nationalen Volksarmee statt. Hunderte Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere und Zivilbeschäftigte hatten sich vor dem Haus 20 im Verteidigungsministerium versammelt, um einen wichtigen Abschnitt in ihrem Berufsleben unfreiwillig zu beenden. Gegründet am 1. März 1956, war die NVA die erste Armee auf deutschem Boden, die nicht kapitalistischen Interessen diene und wohl gerade deshalb von den Siegern der Geschichte diffamiert und verleumdet wird. Besonders der Vizepräsident der Strausberger Wehrbereichsverwaltung Gerd A. Engelmann formulierte wiederhol: „Die NVA war eines der Machtinstrumente des stalinistischen Unrechtsregimes der SED.“ Nach dem Auftrag des früheren Justizministers Klaus Kinkel war die DDR zu delegitimieren und somit auch ihre Nationale Volksarmee als Macht- und Funktionsorgan der „SED-Diktatur“ zu diskreditieren.

Andererseits hat ein Abrüstungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann die Angehörigen dieses „stalinistischen Machtinstruments“ am 20. Juli 1990 den Eid für den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik schwören lassen; der nachzusprechende Abschlusssatz lautete: „Ich schwöre, meine ganze Kraft zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.“ Das hieß doch, die DDR zu bewahren, sie zu erhalten und zu sichern, sie zu behüten. Welcher Zynismus von Eppelmann und seinem damaligen Personalamtsleiter Engelmann, die Soldaten auf die DDR schwören zu lassen, obwohl die Führungsleute wußten, daß es in Kürze weder die DDR noch die NVA mehr geben würde. Im Lichte der Engelmannschen Einschätzung scheint dann die Formulierung auf den Entlassungsurkunden vom 30. 9. 1990 geradezu grotesk. Hier wurde nämlich Angehörigen eines „schlimmen Unrechtsregimes“ – so auch mir – bescheinigt: „Für 40 Jahre treue Dienste. In Würdigung langjähriger gewissenhafter Pflichterfüllung spreche ich Oberstleutnant Pocher, Heinz meinen Dank aus. Rainer Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung.“

Nur wenige Wochen zuvor hat Staatssekretär Werner Ernst Ablaß noch das Hoheitsrecht für die NVA und ihre Führung durch einen Ost-Länderbeauftragten popularisiert, und Staatssekretär Dr. Bertram Wiczorek proklamierte: „Darum darf es zwischen Elbe und Oder weder NATO-Truppen noch Bundeswehrsoldaten geben.“ Angesichts einer solchen verlogenen Politik darf die Frage erlaubt sein, in wessen Machtinteresse die militärischen Führungsverantwortlichen damals handelten und heute noch wirken. Im Klartext hieß es aber: „Ab 3. Oktober 1990 Null Uhr geht die Befehlsgewalt an den Bundesminister für Verteidigung über.“ (Die Welt, 30. 9. 1990). Die Bundeswehr vollzog den Anschluß der DDR in Form einer Besetzung, denn von 135 000 NVA-Angehörigen (März 1990) wurden nur 18 000 übernommen, Berufssoldaten

generell im Dienstgrad herabgesetzt. Bereits zuvor, am 28. September 1990 hat Werner E. Ablaß 23 Generale und Admirale der NVA aus dem Dienst entlassen. Zu den Vorkapiteln des letzten Fahnenappells gehört auch der Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag, der von der Regierung de Maiziére am 24. September vollzogen wurde. In der Regierungserklärung vom 19. April 1990 stand hingegen: „Loyalität gegenüber der Warschauer Vertragsorganisation ... werden wir in den Verhandlungen stets berücksichtigen.“ Mit dem Übergang der Befehlsgewalt an den westdeutschen Bundesminister für

wehrkasernen noch reichlich prominente Vertreter der Hitlerwehrmacht. Und dieser Geist lebt weiter, wogegen die NVA bei allen Defiziten die größte militärpolitische Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war. Aus den Jungarbeitern der fünfziger Jahre wurden Kommandeure von Kompanien, Bataillonen, Regimentern, Divisionen und Verbänden. Die sozialistische Gesellschaft bildete politisch denkende, hochgebildete Militärs heran. In den 80er Jahren hatten mehr als 90 % der Offiziere Hoch- und Fachschulbildung erworben, jeder vierte Offizier eine Akademie oder Universität

Vor 15 Jahren: Der letzte Fahnenappell

Verteidigung erfolgte fast über Nacht die Eliminierung von 299 antifaschistischen und patriotischen Traditionsnamen von NVA-Einrichtungen. Unter anderem wurden demontiert: Rudolf Breitscheid, Bruno Leuschner, Ernst Thälmann, Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack. Natürlich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch Clausewitz, Blücher, Lützow, Arndt und Schill. Erst recht durfte es kein Objekt mehr mit den Namen des Spanienkämpfers Hans Beimler oder der revolutionären Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch geben. Andererseits finden sich unter den „Paten“ von Bundes-

absolviert. Dieses geistige Potential wurde praktisch ausgelöscht. Das Schlagwort von der angeblichen Armee der Einheit ist folglich eine ebensolche Demagogie wie die Phrase von der „Wiedervereinigung“. Es muß in Erinnerung bleiben, was der letzte Chef der NVA Admiral Theodor Hoffmann festgestellt hat: „Wir haben keine Kriegshetze betrieben, wir haben keinen Aggressionskrieg geplant, sondern unseren Dienst unter großen Belastungen zum Schutz des Friedens auf dem Boden der Verfassung und Gesetze der DDR geleistet.“

Heinz Pocher



Postkarte der FDJ Berlin



Vor den faschistischen Richtern der Feldkommission (V) 813 stand am 27. Januar 1944 ein mittelgroßer schlanker Mann mit schmalen Gesicht und schütterten blonden Haaren. Er trug die braune Uniform der „Organisation Todt“, der nach ihrem Leiter Fritz Todt benannten staatlichen Bauorganisation der Nazis, die für die Errichtung militärischer Anlagen gegründet worden war. In dem Spruch, der gegen ihn gefällt wurde, hieß es: „... wird der OT-Meister Paul Sasnowski von der OT-Firma Iffland, Feldpostnummer 156868, zum Tode verurteilt“. Begründet wurde das Urteil so: „Er hat das in ihn gesetzte Vertrauen, als Angehöriger der Heeresfolge-Dienste der deutschen Wehrmacht schnöde mißbraucht.“ An einem grauen kalten Februarmorgen starb dieser Mann in der Nähe der belorussischen Stadt Mogiljow unter den Kugeln eines Hinrichtungskommandos.

Er sei ein herzenguter Mensch gewesen, sagten Leute, die ihn gekannt hatten, ein Mensch, den man gern haben mußte, einfach und geradezu, ehrlich und offen, freundlich und höflich, ein Mensch, der sofort die Sympathien aller gewann. Und seine Genossen bescheinigten ihm, klassenbewußt zu sein, einer, auf den man sich immer verlassen konnte; was beschlossen war, führte er kompromißlos und konsequent aus.

Paul Sasnowski hatte ein schweres Leben hinter sich, das ihn so werden ließ. Er kam am 7. März 1903 in Rosenau, im damaligen Westpreußen, als Sohn eines Landarbeiters zur Welt. Er war ein fleißiger und aufmerksamer Schüler, eifrig bemüht, das Wenige zu lernen, was eine preußische Dorfschule den Kindern armer Leute beizubringen vermochte. „Ein aufgewecktes Bürschen, Ihr Paul“, hatte der Schulmeister zu seinem Vater gesagt, „schade, daß er nicht weiter zur Schule gehen kann.“ Aber vom Weiterlernen konnte einer wie Paul im kapitalistischen Deutschland nur träumen. So machte er sich ein Jahr nach der Schulentlassung auf den Weg, hoffte, anderswo sein Glück zu machen. Doch überall, wohin er kam, fand er bei den einfachen Menschen Not,

An der Seite der Partisanen: Paul Sasnowski

Armut und Elend, am meisten auf der Insel Sardinien, wo er schließlich Arbeit in einer Korkfabrik bekam. Lange konnte er nicht bleiben. Die italienischen Behörden wiesen den Fünfzehnjährigen aus. Er kehrte nach Deutschland zurück, wo er schließlich auf der Zeche „Karolinenglück“ im Ruhrgebiet eine Anstellung als ungelerner Arbeiter unter Tage erhielt.

Die schwere, ungewohnte Schufterei machte dem nun Siebzehnjährigen schwer zu schaffen. Doch er fand gute Kumpel, die ihm halfen, die Arbeit zu bewältigen. Aber nicht nur das, mit ihnen konnte er reden, vor allem über politische Fragen, die sich ihm in dieser revolutionären Zeit aufdrängten. Nicht alles verstand er sofort, nur, daß die Welt so nicht in Ordnung war. Man müsse sie ändern, meinte er, aber er wisse nicht wie. „Vielleicht muß man es machen wie in Rußland“, sagten die älteren Kollegen. Ähnliche Worte hörte er, als er zur Hochzeit seiner Schwester nach Parchim kam. Aber er war noch zu jung, um sich den richtigen Reim darauf zu machen, und so brauchte es Zeit, bis sich sein politischer Horizont weitete, seine Erkenntnisse wuchsen. Viel lernte er von seinem Großvater Meinke, den er in Boizenburg besuchte. Der überredete ihn, in der Kleinstadt an der Elbe zu bleiben, der Stadt, die seit dem Kampf ihrer Arbeiter gegen die Kapp-Putschisten 1920 das „rote Boizenburg“ genannt wurde. Paul wurde in der Fliesenfabrik angestellt, in der „Knochenmühle“, wie die Arbeiter sie nannten. Ihr Besitzer hieß Duensing, ein Schinder, der seine Leute trotz unerträglicher Hitze, trotz „dicker Luft“ unbarmherzig antrieb. Viele Arbeiter litten an der gefürchteten Staublunge, Unfälle waren an der Tagesordnung. Auch Paul Sasnowski erwischte es. Monatelang lag er im Krankenhaus. Dann bekam er nach langem Hin und Her einen Schonplatz, dafür jedoch

auch weniger Geld. Es reichte nicht zum Leben und nicht zum Sterben.

Er verließ Boizenburg, ging nach Leuna. Dort geriet er in die Mühle der IG Farben, des größten Chemiekonzerns Deutschlands. Die Kapitalisten, für die er nun schuftete, waren andere, die Ausbeutung blieb dieselbe. Schließlich kehrte er nach Mecklenburg zurück, wurde in Hinrichshagen bei Rostock Waldarbeiter. Hier lernte er den Kommunisten Otto Schmidt kennen. Die langjährige Freundschaft mit ihm und dessen Beispiel veranlaßten Paul Sasnowski 1931, den Antrag auf Aufnahme in die Kommunistische Partei Deutschlands zu stellen. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, daß er die Parteiarbeit fortsetzte, als die KPD verboten wurde. Die Faschisten verhafteten ihn. Als sich die Kerkertore von Dreierbergen-Bützow für ihn wieder öffneten, schloß er sich dem Widerstand an.

Zunächst als „wehrunwürdig“ erklärt, erhielt er im Oktober 1941 die Zwangsverpflichtung zur Firma Iffland der „Organisation Todt“. Er wurde zum Straßenbau in den von der Naziwehrmacht besetzten Gebieten Belorußlands eingesetzt. Beim Abschied von seinen Genossen erklärte er ihnen, er werde unverzüglich Verbindung zu den sowjetischen Partisanen herstellen. Das gelang ihm bald. Erster Verbindungsmann wurde der Lehrer Iwan Tarassow. Dessen Frau Maria Antonowna erzählte später: „Mein Mann hatte ihn kennengelernt, doch ich wollte nichts davon wissen. Zuviel Schlechtes hatten uns die deutschen Faschisten angetan. Dann kam er zum ersten Mal zu uns nach Hause. Ich war noch immer skeptisch. Doch dann sah ich ... wie er die Hand zur Faust schloß und mit ‚Rot Front‘ grüßte. Glauben Sie mir: Das war ein bewegendes Gefühl, in dieser Zeit einen Deutschen ‚Rot Front‘ sagen zu hören.“ Und sie erinnerte sich: „Mehrere konnten mit Pauls Hilfe Zivilkleidung und Waffen beschafft werden, die an sowjetische Gefangene übergeben wurden. So gelang ihnen die Flucht zu den Partisanen. Paul besorgte auch Lebensmittel, vor allem für die Kinder verhafteter Sowjetbürger. Und er lieferte den Partisanen Berichte über Truppenbewegungen, Stationierungsorte der Wehrmacht, den Zugverkehr ...“ Der ehemalige Kommandeur einer Partisanenbrigade, Major Lipski, berichtete: „Da die Regeln der Konspiration sehr streng waren, kannte ich ihn nicht persönlich. Die Verbindung zu ihm hielten die Genossen Sawkin und Tschuprinsky. Von ihnen wußte ich, daß er ein guter Deutscher war, der uns im Kampf gegen die Faschisten half. Wir bereiteten gerade seinen endgültigen Übertritt zu uns vor, als er verhaftet wurde.“

Der genaue Todestag Paul Sasnowskis im Februar 1944 ist unbekannt geblieben.

Günter Freyer

Der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V.

Fürstenwalder Weg 11
15711 Königs Wusterhausen
Tel. 033/75 52 70 20
hat eine reich illustrierte
Dokumentation heraus-
gebracht.
Sie ist gegen eine Spende
von **4 Euro** zu erhalten.

Dokumentation 2005 Kampf gegen den Abriß der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals

Was sich viele nicht mehr vorstellen können: Kalter Krieg bei offener Grenze

Wir hatten schon lange darauf gewartet, daß von unserer Seite etwas passieren mußte. So konnte es nicht weitergehen. Mitten auf dem Territorium der DDR existierte „unbegrenzt“ Westberlin als politisch selbständiges Gebilde, das von den imperialistischen Hauptmächten und der BRD unter Bundeskanzler Adenauer als „Pfahl im Fleische der DDR“ für Sabotage, Diversion, Terror und wirtschaftliche Ausplünderung aggressiv mißbraucht wurde.

Was geschah damals nicht alles! Es wurden Brandanschläge gegen die Humboldt-Universität und den VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe als eine Form der Wirtschaftssabotage verübt. Große Firmen zahlten Kopfprämien für jeden abgeworbenen DDR-Bürger. Bevorzugt waren Ärzte, technische Spezialisten und Bauern. Es wurden auch Personalausweise für 50 DM pro Stück aufgekauft, weil man sie für Fälschungen brauchte. Es gab Störungen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Es fand eine massive Werbung von „Grenzgängern“ zur Arbeit in Westberlin statt. Tausende verirrte, geldhungrige Erwachsene aus allen Bezirken der DDR arbeiteten dort bereits zum Kurs zwischen 1:3 bis 1:5. Einige taten das nur wenige Tage in der Woche, weil das eingewechselte Geld bei uns zum Leben ausreichte. Der Schwindelkurs wurde auch von Bürgern Westberlins und kapitalistischer Länder zum Nachteil unserer Versorgung genutzt. Sie kostete ein Stück Butter nur 50 Pfennig, ein Drei-Pfund-Brot 21 Pfennig und eine Damenfrisur (Dauerwelle) 2,50 M. Offiziell mußte beim Einkauf der Personalausweis vorgezeigt werden, doch nicht alle Verkäuferinnen achteten darauf.

Dieser systematische Wirtschaftskrieg gegen die DDR führte nach Angaben des Kieler Wirtschaftsinstituts zu Verlusten von etwa 120 Milliarden Mark.

Das Wirken von über 80 Spionagezentralen der westlichen Besatzungsmächte, des BND und des SPD-Ostbüros war besonders aktiv. Im Mittelpunkt standen die Werbung von Agenten, der Einsatz dieser Kräfte in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten; Hetze und feindliche Propaganda – vor allem Flugblattaktionen – gegen den Sozialismus, Verbreitung von Antikommunismus und Antisowjetismus, besonders über die Medien.

Die imperialistische Strategie zielte darauf ab, eine Situation allgemeiner Unsicherheit und Panik zu erzeugen, um die militärische Aggression gegen die DDR vor der Weltöffentlichkeit als „Befreiung“ ausgeben zu können.

Aus dem kalten drohte ein heißer Krieg zu werden. Der damalige BRD-Verteidigungsminister Strauß verkündete im Juli 1961, der Zweite Weltkrieg sei „noch nicht zu Ende“. Ein gewisser Paul Carell (mit Klarnamen Paul-Karl Schmidt), Nazi seit 1931, Träger des „Winkels für alte Kämp-

fer“, Ribbentrop-Propagandist, hielt wehrpolitische Vorträge vor Generalen und leitenden Bundeswehroffizieren zum Thema: „Der Ernstfall Krieg“. Er forderte, „Haß in die Herzen der Soldaten zu senken“. Man wolle „lieber tot als rot“ sein.

Ex-General Heusinger, damals Chefinspekteur der Bundeswehr, meldete die Kampffähigkeit von sieben Divisionen. In Westberlin stationierte Besatzer waren zu einem großangelegten Manöver an unserer Staatsgrenze nach Westdeutschland unterwegs. Im Bundestag wurde die Verlängerung des Militärdienstes beschlossen.

Am 1. August versetzte die NATO ihre Verbände in Marschbereitschaft.

Mit dieser bedrohlichen Entwicklung befaßten sich die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Am 12. 8. 1961 gaben sie eine Erklärung ab. Darin wurde u. a. festgestellt:

Die sozialistischen Staaten strebten seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland. Diese sei längst spruchreif und dulde keinen Aufschub.

Die UdSSR habe wiederholt vorgeschlagen, mit beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen. Westberlin solle den Status einer „entmilitarisierten neutralen Freien Stadt“ erhalten. Die Regierungen der Westmächte seien zu Lösungen nicht bereit. Im Gegenteil, sie verstärkten die Kriegsvorbereitungen, drohten mit militärischer Gewalt. Es existierten Pläne für eine Invasion in die DDR.

Westberlin spiele im Kampf gegen die DDR eine besondere Rolle. Da sich die Wühltätigkeit in letzter Zeit verstärkt habe, sähen sich die Warschauer Vertragsstaaten vor die Notwendigkeit gestellt, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Ihre Regierungen wandten sich an die Volkskammer und die Regierung der DDR mit dem Vorschlag, eine entsprechende Ordnung an der Staatsgrenze einzuführen. Sie verstünden, daß das für die Bevölkerung der DDR Unbequemlichkeiten schaffe, die aber angesichts der Lage nicht zu vermeiden seien.

Daraufhin beschloß der Ministerrat: „Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der DDR einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an der Grenze jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen.“

In der Nacht vom 12. zum 13. August begann die Grenzsicherung. Um Mitternacht befahl der Minister für Verkehrswesen, Erwin Kramer, den S-Bahn-Verkehr zwi-

schen den Westsektoren und der DDR zu unterbrechen. Zu den rechtzeitig Alarmierten gehörten die Kampfgruppen der Arbeiterklasse.

Während NVA und VP die vielen Straßen- und Bahnübergänge unter Kontrolle nahmen, waren sie für den Sicherungsdienst verantwortlich, errichteten Drahtthornernisse und Straßensperren. Im Laufe des Tages wurden sie für das Räumen und Sperren eingesetzt. Neugierige, aber auch organisierte Provokateure und Rowdys mußten von der Grenze ferngehalten werden.

Große Aufmerksamkeit maß man dem Erkunden und Schließen von Schlupflöchern und Schleusen zu, beispielsweise auf Friedhöfen, in Ruinen und Hausdurchfahrten. Die Grenze verlief ja nicht gerade übersichtlich. Bisweilen gehörte die Straße zum Demokratischen Sektor, der Bürgersteig zu Westberlin oder umgekehrt. Türen und Fenster mußten zugemauert werden.

Die Kämpfer wurden von Westberliner Gegnern der DDR belästigt und provoziert. Als Sicherungsposten standen sie auch auf der werdenden Mauer und wuchsen mit ihr hoch. Kennzeichnend für alle eingesetzten Kräfte waren strikte Einhaltung der Befehle und Weisungen, Konsequenz, Besonnenheit und Höflichkeit.

Viele Künstler, Wissenschaftler und Kulturgruppen gingen täglich in die Unterkünfte und Bereitstellungsräume der Einsatzkräfte. Es bestanden enge Kontakte mit den Arbeitskollektiven und den staatlichen Leitern. Nach über einer Woche gab es auch ein Wiedersehen mit den eigenen Familienangehörigen. Zehn Tage dauerte es, dann war eine zuverlässige Sicherung der Grenze gewährleistet. Das Leben in der Hauptstadt verlief normal. Ein Teil der Kräfte konnte in die Produktion entlassen werden. Herzlich wurden sie am 23. August 1961 in der Karl-Marx-Allee von der Partei, der Regierung und der Bevölkerung verabschiedet. Es war die erste Parade der Kampfgruppen, aus der auch Granatwerfer, Panzerabwehrkanonen und andere mittelschwere Waffen mitgeführt wurden.

Das war vor mehr als 34 Jahren. Viele Menschen können sich überhaupt nicht vorstellen, was für Zustände vor dem 13. August 1961 in Berlin herrschten. Der kalte Krieg spielte sich bei offener Grenze ab. Die DDR war ein Vorposten, deshalb wurde sie vom gesamten sozialistischen Lager zuverlässig geschützt.

Dr. Hans Spyra

Unser Autor war 1961 Gruppenführer, später Kommandeur der Kampfgruppen-Hundertschaft „Ernst Schneller“ der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.

In Kürze wird der 15. Jahrestag der Annexion der DDR durch die BRD offiziell begangen. Die Festreden sind geschrieben, und wie alle Jahre werden wir vernehmen: Am 3. Oktober 1990 ist den Ostdeutschen das Glück widerfahren, aus den Zwängen einer kommunistischen Diktatur befreit worden und in das Reich der Freiheit, Demokratie und Menschenwürde eingetreten zu sein. Gewaltiges sei seitdem beim sogenannten Aufbau Ost geleistet worden, wird man behaupten – vor allem dank der ungeheuren Transferströme, die von West nach Ost geflossen seien und weiterhin

sten gefördert. Vielmehr war das Gebiet Ostdeutschlands für den Westen stets ein Territorium, das man ausnutzen und ausbeuten konnte und dem, insbesondere als es der selbständige Staat DDR war, maximaler Schaden zugefügt werden sollte. Daran hat sich nach der Annexion nichts geändert. Im Gegenteil: Der ökonomischen, politischen und juristischen Hoheit der BRD unterstellt, wurde der Ausplünderungsprozeß intensiviert und beschleunigt fortgesetzt.

So können wir nach 60 Jahren (1945 bis 2005) bilanzieren:

Die Autoren fordern Entschädigung für die ostdeutschen Menschen, zumindest in der Höhe, wie das unter schwierigsten Bedingungen erarbeitete Volkseigentum durch die Treuhänder an westdeutsche Konzerne verschenkt, bezuschußt, verschleudert und verschoben wurde. Sie fordern eine Entschädigung von 20 000 Euro für jeden Bürger, der am 2. Oktober 1990 seinen Wohnsitz auf dem Gebiet der DDR hatte. Sie begründen diese Forderung juristisch mit dem Einigungsvertrag, in welchem den ostdeutschen Sparern ein „verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt“ wird. Sie verweisen auf die Praxis einer Vermögensabgabe nach dem Zweiten Weltkrieg, mit welcher damals ein Lastenausgleich zwischen den vermögenden Gewinnern und den armen Verlierern der Währungsreform durchgeführt wurde.

Und sie nennen und dokumentieren detailliert die Quellen, aus denen diese Finanzmittel bereitzustellen sind: Die Entschädigung ist zu finanzieren aus den Einheitsgewinnen der westdeutschen Konzerne, Finanzorgane und von Privatpersonen, die sich im Prozeß der Wiedervereinigung bis heute besonders bereichert haben. Sie und die verantwortlichen Politiker für das Desaster Ost werden namentlich benannt.

Insofern handelt es sich nicht um eine Polemik Ost – West, sondern um eine Anklage gegen das vom westdeutschen Großkapital und seinen Politikern praktizierte System der Ausbeutung der Menschen in Ost und West. Deshalb gehen die Schlußfolgerungen auch über den Ost-West-Konflikt hinaus und erfassen das kapitalistische Gesellschaftssystem als Ganzes.

Dr. Klaus Blessing

Klaus Blessing/Eckart Damm/Matthias Werner: Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird. Argumentation und Dokumentation. 155 Seiten, Selbstverlag, ISBN 3-00-016679-3, 9,90 Euro

Zu beziehen bei: Klaus Blessing, Regensburger Str. 24, 15738 Zeuthen, Email: k.blessing@arcor.de

Was der Westen Ostdeutschland schuldet

flößen. Die Hälfte der Wegstrecke beim Aufbauwerk habe man zurückgelegt.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus. In den letzten 15 Jahren wurde der Osten Deutschlands dank der Wirtschaftspolitik der westdeutschen Konzerne und der ihnen hörigen Regierungen zielgerichtet ausgeplündert und zum Armenhaus Europas gemacht. Die „Wirtschaftskraft“ europäischer Armutsregionen wie der Südtalians, Korsikas oder Sardinien liegt bereits über der Ostdeutschlands. Auch die neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union sind dabei, mit jährlichen Zuwachsraten von 4 bis 6 Prozent Anschluß an das EU-Niveau zu finden, während Ostdeutschland in den letzten 8 Jahren praktisch mit Nullwachstum dahindümpelt. Über 2,5 Millionen überwiegend gut ausgebildete, junge und arbeitsfähige Menschen haben den Osten Deutschlands in Richtung Westen verlassen. Trotzdem ist de facto jeder Dritte daheimgebliebene Bürger arbeitslos. Städte und ganze Landstriche verwaisten und vergreisen.

Die Politiker der bürgerlichen Parteien sind unwillig und unfähig, dieser verheerenden Entwicklung Einhalt zu gebieten. Statt dessen beschimpfen sie die Ostdeutschen wegen ihrer „Mitnahmementalität“ (Schröder) und als „Frustrierte“ (Stoiber) oder begründen die angebliche Notwendigkeit „auf Dauer unterschiedlicher Lebensverhältnisse“ (Köhler).

Als besonders perverse Spielart zur Demütigung der Ostdeutschen werden immer wieder die großen Opfer der westdeutschen Länder bei den West-Ost-Transferleistungen hervorgehoben. Billionensummen seien angeblich überwiesen worden. Die Bedachten zeigten sich dafür nicht einmal dankbar, weshalb man ihnen am besten das Stimmrecht entziehen und die Transferströme einfrieren sollte.

Die Autoren der Argumentation und Dokumentation „Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird“ enthüllen beweiskräftig und faktenreich eine völlig andere Sachlage: Niemals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Osten durch den We-

Die einseitigen Reparationszahlungen Ostdeutschlands, die Abwerbung und Abwanderung der Hälfte der arbeitsfähigen ostdeutschen Bevölkerung vor und nach der „Wende“, das Wirtschaftsembargo und der „innerdeutsche Handel“, der Raub des DDR-Volkseigentums durch westdeutsche Konzerne, die Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaft und viele andere Ausplünderungspraktiken haben im Osten Deutschlands irreparable Schäden hinterlassen.

Das Besondere an der „Argumentation und Dokumentation“ besteht darin, daß dieser Schaden nicht nur beschrieben, sondern quantifiziert und durch Quellen und Berechnungen konkret nachgewiesen wird. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß der Westen dem Osten Deutschlands einen berechneten Schaden von mindestens 7 Billionen DM zugefügt hat. Das bedeutet: Die ostdeutschen Menschen haben mindestens 12 Jahre ihres Arbeitslebens nur für den Westen Deutschlands gearbeitet. Der Westen müßte, um diese Schulden abzutragen, die realen Transferleistungen in den Osten mindestens 140 Jahre weiter fortsetzen.



Wie es in der BRD-Bildungspolitik bergab geht

Der Haupttrend im BRD-Bildungssystem stimmt mit dem in der Gesellschaft überein. Es handelt sich dabei im Kern um einen Rückgang der langfristigen wirtschaftlichen Wachstumsraten in Richtung Null und, damit verbunden, um einen verschärften Klassenkampf von oben. Während die Arbeitsproduktivität weiterhin kräftig steigt, stagnieren die Märkte. Somit entstand von neuem die Massenarbeitslosigkeit, die industrielle Reservearmee, als Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterklasse. Dies ermöglichte, zusammen mit dem Wegfall der sozialistischen Systemkonkurrenz, den Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung auf breiter Front. Dieser Angriff erfolgt nicht nur direkt, in der Erpressung bei Tarifverhandlungen, Übernahmen und Konkursen, sondern auch im Wechsel der Regierungspolitik. Der Mechanismus dabei ist die radikale Steuersenkung für die Konzerne, die Finanzierung über Staatsschulden und Privatisierung. Dabei ist es gleichgültig, ob die Farben der Regierungsparteien rosa, oliv, schwarz oder gelb sind.

Alle Bereiche, die Lebensinteressen der Bevölkerung betreffen, unterliegen einem Verrottungsprozeß: Für immer mehr Geld liefert der Staat immer schlechtere Qualität. Wird er durch Privatisierung als Leistungserbringer abgelöst, werden die Leistungen noch teurer und noch schlechter. Das gilt für Trinkwasser und Nahverkehr, Post, Bahn, Straßenbau und Gesundheitsversorgung.

In der Bildungspolitik gibt es keinen Bedarf mehr an Chancen für alle. Soweit intellektuelle Spitzenleistungen für die Produktion und die Rüstung nötig sind, hofft man, mit Eliteförderung auszukommen und notfalls Spitzenkräfte aus dem Ausland zuzukaufen. An meiner Schule z. B. sah es so aus: Als ich vor 30 Jahren Lehrer wurde, waren die Unterrichtsgruppen ca. 20 Schüler stark, was etwa der DDR-Situation entsprach. Die Schulgebäude waren überwiegend neu und alle in gutem Zustand. Die Ausstattung mit Büchern war ordentlich und kostenlos, die Lern- und Lehrmittel ebenso. Die Schüler sollten dazu erzogen werden, sich solidarisch zu verhalten und sich gegenseitig zu unterstützen. Für solche mit Lernschwächen und Problemen gab es Fördermaßnahmen und psychologische Betreuung.

Das Kollegium war jung und hochmotiviert. Die jüngeren Kolleginnen und Kollegen hatten fast alle an der 68er Studentenbewegung teilgenommen, die älteren sie mit Interesse verfolgt. Unser Anspruch war, die Schüler in jeder Hinsicht auf das Leben als „Arbeitnehmer“ vorzubereiten, auch politisch. (Unter den 120 Kolleginnen und Kollegen hätte es genug DKP-Mitglieder für eine starke Betriebsgruppe gegeben, dazu ebenso viele Maoisten und doppelt so viele Sozialdemokraten, der gewerkschaftliche Organisationsgrad lag über 60 %, was für studierte Arbeit,„nehmer“ in West-

deutschland eine Ausnahme war.) Unsere reale Unterrichtszeit betrug 18 bis 20 Stunden in der Woche. Wir konnten unseren Unterricht gemeinsam auswerten und planen. Die Ergebnisse ließen sich sehen. Der Anteil von Schülern ohne Abschluß unterschritt 2 %.

Lang, lang ist's her! Heute stehe ich als älter Gewordener vor Klassen mit bis zu 30 Schülern, und zwar 27 Stunden pro Woche. (Und diese Stunden fallen dann auch entsprechend schlechter aus!) Die Schulbücher sind zum Teil älter als die Schüler, und vom nächsten Schuljahr an sollen die Eltern sie bezahlen. Von den Schülern machen bei uns noch knapp 20 % Abitur, und über 10 % bleiben ohne Abschluß. In diesem Schuljahr hat der Hamburger Senat neue Superprüfungen für den Haupt- und den Realschulabschluß eingeführt. Wie sie sich auswirken werden, kann ich nur vermuten. Betreuung für Kinder mit Problemen gibt es auch: Strafgelder für die Eltern von Schulschwänzern und als nächste Stufe vielleicht polizeiliche Vorführung der Schwänzer in der Schule.

Nun sieht es nicht überall im Bildungsbereich so katastrophal aus wie an meiner Schule, aber es geht in ganzen Schulsystem in derselben Richtung, und zwar rasch.

Die besonders miese Situation der Gesamtschulen hängt mit der Haupttendenz des Bildungsabbaus zusammen: Die Hamburger CDU-Regierung beseitigt für ihre Klientel die Reformreste in Bezug auf mehr Chancengleichheit. Hierbei verbindet sie das Angenehme mit dem Nützlichen, die zusätzliche Benachteiligung der Gesamtschulen mit Sparen im Bildungsbereich insgesamt.

So hat Bürgermeister von Beust in seiner ersten Amtszeit unter anderem eine Spar-

runde verordnet, die den Gymnasien 3,6 % der Mittel strich, den Gesamtschulen aber 10,3 %. In der jetzigen Amtszeit wurden bei den Schulschließungen die Stadtteile mit armer Bevölkerung eindeutig benachteiligt. Zusätzliche Schikanen kommen hinzu. In Hessen hat die Landesregierung die Neugründung von Gesamtschulen per Verordnung verboten.

Der zweite Trend ist übergreifend für sämtliche bürgerlichen Parteien: Die Schulen sollen noch nicht privatisiert, aber marktkompatibel gestaltet werden. Das bedeutet: Statt wie bisher mittels Schulaufsicht zu kontrollieren, daß Unterricht den Lehrplänen und politischen Vorgaben gemäß erfolgt, sollen die Schulen dies „in eigener Verantwortung“ leisten. Hierzu sollen sie „Autonomie“ und einen eigenen Etat erhalten, den sie einsetzen können, wie sie wollen. Sie dürfen Lehrer nach Bedarf einstellen und nach „Leistung“ bezahlen und ihren Etat durch Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Sponsoren aufbessern. Anstelle des Erfolgs auf dem Markt, wie bei Privatbetrieben, sollen externe Prüfungen und Tests darüber entscheiden. Ergebnis soll ein „Ranking“ sein, wie es so schön auf Neudeutsch heißt, eine „Leistungs“-Rangfolge der Schulen in einem Schulkreis oder in ganz Hamburg.

Ob das Abschneiden bei den Tests dann direkt im nächsten Etat der Schule berücksichtigt wird oder die als „schlecht“ Getesteten über das Elternwahlrecht verdrängt werden – in jedem Fall bestimmt der Test den Unterricht. Und diesen wiederum bestimmen große Bildungskonzerne wie Bertelsmann. Platz für Inhalte, die Interessen der Bevölkerung betreffen, bleibt da nicht. Auf diese Weise findet Reich zu Reich, während die Armen unter sich bleiben. **Fritz Dittmar, Hamburg**



Übrigens: Die Weltfestspiele fanden in Caracas und nicht in Köln statt

Hoppegarten: „Blütezeit“ und Bankrott

Hoppegarten hat Pleite gemacht. Am 3. August 2005 stellte der Eigner „Union-Klub von 1867“ einen Antrag auf Insolvenz. Seine Hoheit und Vizepräsident des „Klubs“, Karl-Wilhelm Prinz von Preußen, resümiert mit anderen bedauernd im Abgesang: „Seine höchste Blütezeit erlebte Hoppegarten von 1925 bis 1945.“ In dieser Zeit sang das junge Volk noch die strammen Marschlieder: „Nach Osten geht unser Ritt“ oder „Die blauen Dragoner, sie reiten“.

Die Kavallerie gehörte seit etwa dem 7./6. Jahrhundert v. u. Z. zu den Hauptwaffen in kriegerischen Auseinandersetzungen. Nach dem Vorbild von Napoleon I., der 1805 erste Gestüte gründen ließ, folgte der Vorfahre des Vizepräsidenten, Friedrich Wilhelm IV., ebenfalls mit der Anlage staatlicher Gestüte. Die wichtigsten befanden sich in Trakehnen, Graditz und Neustadt an der Dosse. Vollblutzucht war das Ziel, aber eben auch ein „gängiges futterdankbares“ Pferd für das Heer.

Mitte des 19. Jahrhunderts, am 15. Dezember 1867, gründeten Rennsportbegeisterte den „Klub“, erwarben das Gelände in Hoppegarten und genossen die Eröffnung mit dem ersten Rennen am 17. Mai 1868 in Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. und des Reichskanzlers Otto v. Bismarck. Der Kaiser ließ sich nicht lumpen. Für beides, die Vollblutzucht (Flach-, Hindernis- und Galopprennen) und die Zucht eines „gängigen futterdankbaren“ Pferdes stiftete er u. a. einen Ehrenpreis im Distanzreiten. Der Kaiser ging und Hitler kam, mit ihm die „Blütezeit“ des „Klubs“.

Einer der nach dem Ersten Weltkrieg abgemusterten Offiziere begann 1920 seine Karriere im „Union-Klub“: Franz Rudolf Eduard Chales de Beaulieu, Leutnant a. D. aus dem „Ulanen-Regiment Kaiser Alexander III. von Rußland – Westpreußen Nr. 1“. Eine steile Karriere des erkonservativen Deutschnationalen zum Pressereferenten ermöglichten und förderten die Klub-Mitglieder Franz von Papen und General von Schleicher. Chales de Beaulieu überstand Anwürfe von Finanzmanipulationen im „Klub“, pflichtete 1933 einer Huldfigur des Rennsports – Graf R. Sprei – bei, der voraussah: „Wenn der Vierjahresplan des Reichskanzlers Adolf Hitler erfüllt ist, kann auch Deutschlands Vollblutzucht wieder auf der Höhe stehen.“ Das Jahr der „Machtergreifung“ spülte ihn auf die höchste Sprosse des „Klubs“; Franz Chales de Beaulieu wurde Generalsekretär im „Union-Klub von 1867“.

Und wer tummelte sich als Förderer in Hoppegarten? Die Chefs der IG Farben ebenso wie die Mächtigen der Thyssen-Dynastie, der Oetker-Gruppe, des Hochadels, die Reichswehrgeneralität, die hohe Ministerialbürokratie und selbst das Diplomatische Corps.

„Göring“, so schrieb Helmut Lenz in seiner 1967 im „Rennkurier“ veröffentlichten Recherche, „übernimmt 1937 die Schirmherrschaft über das damals bedeutendste internationale Rennen in Deutschland,

den „Großen Preis der Reichshauptstadt“, und Goebbels erklärt dieses Ereignis für „reichswichtig.“

Franz Chales de Beaulieu behielt seine Funktion als Generalsekretär des „Klubs“ 34 Jahre lang – bis 1967. Er etablierte sich nach 1945 westlich der Elbe, hier gaben „die Männer des Union-Klubs im Rennsport und in der Pferdezucht weiter den Ton an“, liest man im Internet-Text angesichts der beantragten Insolvenz. Und wieder gehörten zu den „Förderern“ einstige Nazigrößen wie Walther Bresges-Zoppenbroich, Schwager des Bundestagsabgeordneten Dr. Robert Pferdenges, SS-Gruppenführer Ludwig Grauert und auch Dr. Kaselowski aus dem „Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler“. Annemarie Lange erwähnt in ihrem verdienstvollen Werk „Das Wilhelminische Berlin“, was seinerzeit in der Sowjetischen Besatzungszone in Hoppegarten enteignet worden ist. „Hier entstand die Zentralstelle des gesamten deutschen Rennbetriebes mit eigener Zucht. Um den Rennplatz herum baute man Villen für Trainer und Jockeys – die Gutsbesitzer, Bankiers und Großindustriellen, die sich den Besitz von Gestüten leisteten (es waren außer dem bekannten Kunsthändler Bruno Cassirer nur wenige Berliner), ließen ihre Vollblutpferde von Berufsjockeys reiten, wenn sie sie zur Leistungsprüfung stellten. Für den Pferdesport wurden, vor allem aus militärischen Gründen, Millio-

nen ausgegeben, die für Kinderspielplätze nicht da waren.“

Nach der Vereinnahmung des Territoriums östlich der Elbe (manche nennen es „Wiedervereinigung“) kehrten die „Alteigentümer“ triumphierend nach Hoppegarten zurück. „Jetzt konnte sich der Union-Klub endlich wieder auf seinem einstigen Eigentum bewegen, wenn auch erst sehr spät als Hausherr.“ Man gewann einen Pferdenarren, Herrn Peter Boenisch, zur Mitarbeit, wählte ihn im Oktober 2001 zum Präsidenten. Der Mann hatte genügend „Beziehungen“ zu den „Großen“ und „Reichen“ der alten Bundesrepublik, und man schwärmte: „Seit dessen Wahl zum Präsidenten hat Hoppegarten einen beträchtlichen Aufschwung zu verzeichnen.“ Im Mai 2005 trat er von diesem Posten aus persönlichen Gründen zurück, blieb aber bis zu seinem baldigen Tode ein „Ehrenpräsident“ des feudalen Klubs. Genügte die knapp vier Jahre seines Wirkens, den „Union-Klub von 1867“ in die Insolvenz zu treiben? Man spricht von hohen Abfindungen der Prominenten und drohender Arbeitslosigkeit der Angestellten. Zweifellos – die einstige Kavallerie, der immense Pferdebedarf einer Armee, ist durch die Motorisierung überflüssig geworden. Das gilt für die Bundeswehr ebenso, wie es für die NVA galt. Jedoch gehörte Hoppegarten unter der geschickten Leitung des VEB Vollblutrennbahnen zu den attraktiven und gesunden Unternehmen der DDR.

Hans Horn

Provokatorische Strafanzeige gegen KSM

Wie wir aus Prag erfuhren, haben die tschechischen Senatoren Martin Mejstřík (Weg der Veränderung) und Jaromír Stetina (Partei der Grünen) Strafanzeige gegen den Kommunistischen Jugendverband (KSM) und dessen Zeitschrift „Junge Wahrheit“ erstattet.

Die beiden Parlamentarier behaupten, der KSM und Artikel des Blattes, die vom Marxismus-Leninismus ausgingen, hätten „Klassenhaß geschürt und zum Klassenkampf aufgerufen“. Das sei mit einem Appell zum Sturz des „demokratischen Regimes“ gleichzusetzen.

Der KSM stellt dazu fest, daß ein Konflikt zwischen großen Gruppen der Gesellschaft, die unterschiedliche Beziehungen zu den Produktionsmitteln haben, in der derzeitigen Gesellschaft völlig unabhängig vom Willen der Kommunisten stattfindet. Diese wollten im übrigen gerade den Klassenkampf überwinden, indem sie sich für die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft ohne antagonistische Klassenwidersprüche einsetzten. Der Marxismus-Leninismus sei eine Philosophie,

die einen wichtigen Teil des Welt Denkens darstelle.

Die Provokation der beiden Senatoren wird von der demokratischen Öffentlichkeit der CR als Element der laufenden antikomunistischen Kampagne und als weiterer Versuch gewertet, eine schlechende Faschisierung der tschechischen Gesellschaft und die Kriminalisierung der kommunistischen Bewegung voranzutreiben.

R. F.

Im Beitrag „Auf einem anderen Pferd“ (RF 92, S. 13) befand sich ein bedauerlicher Fehler. Es mußte natürlich lauten: „Hieße das nicht auch, darauf zu verzichten, potentiellen Mitstreitern den Erkenntnisstand anderer zu erschließen?“ (statt verschließen)

Der „RotFuchs“-Förderverein und seine Monatszeitschrift „RotFuchs“ – Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland – haben eine exzellente Entwicklung genommen. Hiervon zeugen 14 000 ständige Leser und über 800 Vereinsmitglieder. Daß dies „Wachstumsprobleme“ hervorbringt, die im sozialistisch-demokratischen Dialog lösbar sind, ist normal und kein Grund zur Beunruhigung. Sie sind hier kein Thema. Arg beunruhigt bin ich allerdings durch das suggestive Anliegen Gerhard Feldbauers, den Verein in absehbarer Zeit in eine marxistische Partei umzuwandeln. Hier stimme ich vorbehaltlos Rolf Berthold und Klaus Steiniger zu, daß ein solcher Kurs letzten Endes die Spaltung des „RotFuchs“ heraufbeschwören würde, also verhängnisvoll und selbstzerstörerisch wäre. Der Ruf nach einer revolutionären massenwirksamen marxistischen Partei ist angesichts der besorgniserregenden Lage auch in der kommunistischen Bewegung Deutschlands verständlich. Die DKP z. B., deren Entwicklung ich einerseits mit Sympathie, andererseits mit Sorge betrachte, ist völlig überaltert und nicht in der Lage, flächendeckend zu arbeiten; sie wird in der Öffentlichkeit nicht wirklich wahrgenommen und ist bündnispolitisch recht isoliert. Sie ringt gegenwärtig um ihre programmatische Positionierung. Man kann hier nur hoffen, daß es ihr unter Vermeidung revisionistischer Abweichungen gelingen möge, sich als zeitgemäße kommunistische Partei zu formieren. Aber dies kann nicht im „Schnellgang“ erfolgen. Und es ist ebenfalls ein Indiz dafür, daß gegenwärtig die Voraussetzungen für die Schaffung einer wirklich modernen marxistischen Partei, die Masseneinfluß ausüben könnte, offensichtlich fehlen. Obwohl die Schaffung einer solchen Partei historisch notwendig ist, kann man sie nicht willkürlich gründen. Sie kann nur in besonderen Klassenkampfsituationen entstehen, wenn breite Schichten dank ihrer Erfahrungen sie wollen. Man darf also die eigenen Wünsche nicht für die objektive Wirklichkeit halten. Lenin hat immer wieder darauf verwiesen, daß der „Marxismus ... auf dem Boden der Tatsachen und nicht der Möglichkeiten“ steht. (Werke, Bd. 35, S. 219) Er betrachtete die Neigung, das eigene Wunschbild für die Wirklichkeit zu halten, so: „Das ist der gefährlichste Fehler, den Revolutionäre machen können.“ (Werke, Bd. 31, S. 43) Aber dies bedeutet natürlich nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Langfristig muß die historisch notwendige Gestaltungsformung einer massenwirksamen marxistischen Partei bereits jetzt ins Visier genommen werden; sie muß ideologisch, politisch-aktiv und theoretisch-programmatisch vorgedacht werden. Denn die Schaffung einer großen revolutionären Partei, die den Monopolen Paroli bieten könnte, ist kein Akt der Spontaneität und kurzer Zeiträume. Spontan wird sich eine solche Partei niemals entwickeln. Ihre Geburt, Entfaltung und Wirksamkeit hängen allerdings ab von

den eigenen politischen Erfahrungen der Massen. Obwohl niemand weiß, wie sich die Rekonstruktion der marxistischen Linken in unserem Lande vollziehen wird, kommt in meinen Augen dem „RotFuchs“ in seiner jetzigen Organisationsform innerhalb der realen Möglichkeiten einer politischen Gegenmacht heute eine wichtige Rolle zu. Gegenmacht in unserer Zeit im Sinne Gramscis – der geistig-kulturellen Hegemonie – ist zu begreifen als der „Aufbau und die Organisation von Widerstand der Arbeiterklasse, der die bürgerliche Macht ernsthaft bedrohen und Alternativen zu ihr bieten kann. ... Heute Gegenmacht zu entwickeln, heißt noch immer, die veränderte Arbeiterklasse als einen wesentlichen Akteur, als Subjekt der Veränderung zu begreifen.“ (Edeltraut Felfe, Marxistisches Forum 48/2004, S. 2). Im Rahmen und auf dem Boden dieser Gegenmacht sehe ich für den „RotFuchs“ als Sammlungsbewegung für Sozialisten und

nistischen Bewegung einzugreifen. Der Programmentwurf der DKP bietet sich hier als ein breites Diskussionsfeld an. Ich halte eine solche Debatte für dringend geboten. Auch wenn diesbezügliche Ergebnisse nicht in dieses Parteiprogramm einfließen sollten – der generelle Erkenntnisgewinn für die kommunistische Bewegung könnte erheblich sein.

Viertens. Der „RotFuchs“ sollte mithelfen, ein System von Übergangsforderungen zur Mobilisierung der Massen zwecks historischer Vorbereitung der Machteroberung zu erarbeiten. Heute erzwingt das weitere Öffnen des Zeitfensters für eine sozialistische Revolution durch die immense Deformation des hierfür erforderlichen subjektiven Faktors eine solche moderne Fassung des Übergangsprogramms, das dieser neuen Lage entspricht. Anknüpfungspunkt hierfür ist das Erfordernis einer radikaldemokratischen Reform im entwickelten Kapitalismus.

Quo vadis „RotFuchs“?

Kommunisten langfristig sechs grundlegende Aufgaben:

Erstens. Der „RotFuchs“ hat die DDR als das gute Deutschland auf seine Fahne geschrieben – nicht weil es ohne Fehl und Tadel gewesen wäre, sondern weil es der Bourgeoisie für 40 Jahre die Macht und das Eigentum entzog und den Frieden in Europa sichern half. Mit der Herausbildung der Linkspartei wird in dieser der kleinbürgerliche Reformismus kulminieren. Damit ist die völlige Aufgabe der wertvollen Erfahrungen und Ergebnisse beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, die historische Legitimation des Weges einer besseren Gesellschaftsordnung nach 1945, vorprogrammiert. Die entschlossene Verteidigung des progressiven Erbes des realen Sozialismus ist somit langfristig erstrangig.

Zweitens. Daß die Pflege des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin ein erstrangiges Anliegen des „RotFuchs“ bleibt, bedarf keiner Begründung. Notwendig erscheint es mir allerdings zu versuchen, diese Pflege mehr im Leninischen Sinne zu gestalten. Für Lenin war der Zusammenhang des Marxismus „mit bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können“ (Werke, Bd. 17, S. 23) das Alpha und Omega der Weiterentwicklung des Marxismus.

Drittens. Der „RotFuchs“ sollte sich auch sachlich und argumentativ bemühen, in die programmatisch-theoretischen Auseinandersetzungen in der kommu-

Fünftens. Der „RotFuchs“ vertritt konsequent die marxistisch-leninistische Grundwahrheit, daß die Voraussetzungen für den Sozialismus die politische Macht der durch das Kapitel Ausgebeuteten und das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln sind. Allerdings wird ein künftiger Sozialismus weder logisch noch historisch die Fortsetzung des gewesenen sein. Wir benötigen eine solche Sozialismuskonzeption, die in der geschichtlichen Dialektik von heute verankert ist und zugleich die Erfahrungen des realen Sozialismus – positive wie negative – berücksichtigt. In dieser Intention sollte im „RotFuchs“ mehr nachgedacht werden. Vieles verbreitet den Hauch von „nostalgischer Melancholie“.

Sechstens. Und schließlich plädiere ich dafür, in dieser Sicht die Aktionseinheit der marxistischen Linken insgesamt, die sich mit Bezug auf Marx, Engels und Lenin zum Antikapitalismus als Möglichkeit und Notwendigkeit des Sozialismus bekennt, und zwar im nationalen und internationalen Rahmen, zu gestalten. Die Klärung von (auch grundlegenden) Differenzen darf hierfür keine Vorbedingung sein, obwohl es uns natürlich um ideologische Klarheit geht.

Abschließend. Die gegenwärtige Organisationsform des „RotFuchs“ bietet alle Möglichkeiten, diese (und andere Anliegen) voranzubringen. Und sie gestattet auch, vielfältige politische Erfordernisse in einer solchen Aktionseinheit in die Tat umzusetzen.

Prof. Dr. Ingo Wagner

Brandenburgs Kommunisten geben ein Beispiel

Schon am 6. Juli ist von den Brandenburger Landesvorständen der DKP und der KPD sowie vom Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Linkspartei) eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet worden, die sich durch Kürze, Prägnanz und Klarheit auszeichnet. Ihr Ziel – die Zusammenführung linker Kräfte – ist auch unser Anliegen. Das von Brigitte Müller, Michael Berres, Konrad Hannemann und Helmut Pannhausen unterzeichnete Dokument hat folgenden Wortlaut:

Wir unterstützen die Wahlinitiative des Linksbündnisses aus PDS und WASG als gegenwärtig einzig reale Möglichkeit, der Herrschaft des Kapitals einen

parlamentarischen Widerstand entgegenzusetzen.

Wir befürworten die Ziele des Linksbündnisses.

Wir unterstützen insbesondere die Notwendigkeit einer konsequenten Friedenspolitik und die Beendigung des Sozialabbaus.

Wir fordern die Einhaltung der demokratischen Grundrechte und wenden uns gegen jede Form von Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit.

Wir erwarten konsequente Maßnahmen zur Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Grundgesetz durch rigorose Umverteilung des nationalen Reichtums von oben nach unten.

Wir vertreten die Auffassung, daß die parlamentarische Linke durch breit angelegte außerparlamentarische Aktionen unterstützt werden muß.

Wir sind in diesem Sinne zur Zusammenarbeit mit allen linken Kräften bereit.

Die Erklärung trifft ins Schwarze. Wesentliches wird gesagt, Sekundäres weggelassen. Während andere am laufenden Band schwergewichtige, hochkarätige und besonders voluminöse Papiere verfassen, kommen die Brandenburger Genossen mit sieben Sätzen aus. Das ist bester politischer Stil – ganz im Sinne Leninscher Agitation. Glückwunsch!

R. F.

Links und gemeinsam

Warte,
bis deine Zeit gekommen ist.
Sei nicht ungeduldig,
wenn du glaubst,
es gehe nicht vorwärts.

Millionen
warten auf ihre Stunde,
untätig nicht,
aber wohl wissend
daß unbedachtes Handeln
nur schadet.

Warte,
bis deine Zeit gekommen ist.
Sei nicht ungeduldig,
wenn du glaubst,
es gehe nicht vorwärts.

Wir sind Millionen,
sie Milliardäre.
Wenn sie uns hassen,
wissen wir,
daß unser Ziel vernünftig ist
und erreichbar.

Wozu noch zögern,
jeder Schritt vorwärts,
wir brauchen alle Kräfte.

Warte nicht,
handle,
unsere Zeit
ist gekommen.

Text und Musik: Kurt Schwaen

FELDFRÜCHTE

Sinnend geh ich durch den Garten,
still gedeiht er hinterm Haus;
Suppenkräuter, hundert Arten,
Bauernblumen, bunter Strauß.
Petersilie und Tomaten,
eine Bohnengalerie,
ganz besonders ist geraten
der beliebte Sellerie.
Ja, und hier –? Ein kleines

Wieschen?

Da wächst in der Erde leis
das bescheidene Radieschen
außen rot und innen weiß.

Sinnend geh ich durch den Garten
unsrer deutschen Politik;
Suppenkohl in allen Arten
im Kompost der Republik.
Bonzen, Brillen, Gehberockte,
Parlamentsroutinendreh ...
Ja, und hier –? Die ganz verbockte
liebe gute SPD.

Hermann Müller, Hilferlieschen
blühen so harmlos, doof und leis
wie bescheidene Radieschen:
außen rot und innen weiß.

Kurt Tucholsky

*Aus: Ein Lesebuch,
Aufbau Verlag, Berlin 1990,
Seite 189*

Villa in Kleinmachnow

Man weiß, das Haus ist da
Doch findet man es nicht
Irgendwann
Taucht es dann doch auf
Ein Umzug wird vollzogen
Ein Spätauszieger!
Oder Spätaussiedler?

Der Kontinent
Kommt nicht zur Ruhe
Dazu noch

Die Demokratie
Ein schrecklicher Störfaktor
Die Möbel sind schon weg
Da sind noch die Teppiche
Buchara, Samarkand, Mossul
Knapp am Sperrmüll vorbei
Der liegt breit auf der Straße
Ein Teil

Kommt zum Trödel nach Schönehausen
Im Papierkorb
Steckt immer noch
Das Hochzeitsbild
Als man die Spüle
Aus der Küche riß
Kam die Agonie
Sterben tut es erst
Unter dem neuen Besitzer
Leergefegt
Vom Sturm aus dem Westen
Ein hohler Zahn
Unter den hohen Kiefern
Hoffentlich
Bleiben sie stehen.

Walter Lauche

Deutschland – ein Super-Standort

Dereinst gefielen sich die Deutschen als Volk der Dichter und Denker. Man war stolz darauf, Landsmann von Schiller, Goethe, Hegel, Kant – um nur einige zu nennen – zu sein. Und dennoch hat es nur weniger Generationen bedurft, den Massen solcherlei Flausen auszutreiben. Heutzutage bescheidet man sich mit BILD und Verblödungsfernsehen. Und gar mancher mißverstehet Erzeugnisse der sogenannten Yellow Press als aktuelle Form des Buches.

Da verwundert es auch nicht, daß unter „freien Wahlen“ das Pendeln zwischen den „Volksparteien“ begriffen wird. Und daß trotzdem nur wenige daran glauben, daß ihre Wahl etwas ändern könne. Und nun die Überraschung: Der angeblich so arg gebeutelte „Standort Deutschland“ ist in Wahrheit topfit. Deutschland, so verkündet im August 2005 das einflußreiche Wirtschaftsmagazin „Economist“, ist super wettbewerbsfähig. Seit Ende der 90er Jahre wären die Lohnstückkosten um 10% gefallen, die Löhne kaum noch gestiegen. Das habe einen der verlockendsten Standorte für ausländische Investoren entstehen lassen. Von der Attraktivität her liege die BRD auf dem fünften Platz in der Welt. Mit anderen Worten: Nur in vier anderen Ländern sind die Ausbeutungsmöglichkeiten noch exzellenter und die soziale Verantwortung des Kapitals noch geringer als in Germany.

Und deshalb müsse der Sozialabbau natürlich weitergehen, sagen Köhler, Schröder und Merkel unisono. Und die Herren Nimmersatt von BDI und DIHK. Denn wir wollen an die Spitze! Bisher hat sich ja kaum jemand gewehrt, viele haben den Gürtel noch enger geschnallt. Und die Unternehmer freuen sich. Ob ALLIANZ, BAYER, EON, DIE BAHN, LUFTHANSA, TELEKOM, SPRINGER, MAN, TUI und wie sie alle klagen – die für das erste Halbjahr 2005 gemeldeten Gewinnexplosionen künden vom gegenwärtigen Sieg des Kapitals über die Arbeit. Und so soll es weitergehen. Ob Merkel oder Schröder, das ist doch nur eine Frage der Form und Intensität. Schon jetzt werden (statistisch gesehen) täglich 1500 versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet. Dafür entstehen die sogenannten Ein-Euro-Jobs und Tochterfirmen im Ausland. Ernstzunehmende Wissenschaftler gehen von weiter steigender Arbeitslosigkeit in der BRD aus. Immer mehr Produktionsprozesse werden automatisiert, die notwendigen Investitionen steuerlich gefördert und mehrfach bezuschußt. So vernichtet man Arbeitsplätze en gros. Die Globalisierung der Finanzströme, der Warenbewegungen und der Produktion ermöglicht den Unternehmen die Entsolidarisierung der Produzenten und das stetige Ausweichen auf den jeweils billigsten Standort. Das diszipliniert jene, die noch einen Job ha-

ben, und gestattet es, Lohn- und Sozialleistungen weiter abzubauen. In der Sprache der Politiker der herrschenden Klasse heißt das „Entkoppelung“ der Lohnnebenkosten von der Arbeit, „Überwindung“ des Modells Bismarck oder auch „Stärkung der Eigenvorsorge der Arbeitnehmer“. Und alles ist so falsch und gelogen wie die Überschrift „Arbeitsmarktreform“ für den Gesamtprozeß.

Im ehemaligen Land der Dichter und Denker scheinen zu viele nicht mehr über den vernebelten Horizont hinauszudenken. Als ob eine Wahl zwischen dem „Engel“ Angela oder dem knallharten Gerhard eine Wahl wäre! Irgendwie erinnert mich die Situation an Buridans Esel, der sich zwischen zwei Heuhaufen nicht entschei-

den konnte und im Angesicht des Futters verhungerte.

Deutschland, diese BRD, hat kein Standortproblem. Was unserem Volk fehlt, ist eine von den Massen erkannte Alternative. Während weltweit von mehr als sechs Milliarden Menschen rund eine Milliarde erwerbslos ist und weitere 530 Millionen trotz Beschäftigung als arm gelten, läßt man sich hierzulande von seichten Tele-Novellen und kitschigen Volksmusikparaden einlullen. SPRINGER vernebelt die Hirne, der Vatikan macht auf Weltjugendbewegung, die „Volksparteien“ überbieten sich in inhaltslosen Phrasen.

Und die Linkspartei? Sie könnte der kleine Anfang zur Verwirklichung kühner Hoffnungen sein, wenn sie willens wäre und viele Menschen aufrütteln könnte. Nach der Verbürgerlichung der Grünen ergibt sich vielleicht eine neue Chance, den Herren des Standorts Deutschland etwas entgegensetzen.

Richard Georg Richter

Ein „Rothaus“ in KarlChemnitz

Mit einem vielfältigen Programm wurde vom 26. bis 28. August in Chemnitz ein „Rothaus“ offiziell eröffnet. Zu finden ist es – wo sonst – gleich hinter dem Chemnitzer Rathaus, am Getreidemarkt in der Lohstraße 2. Es ist ein Haus der politischen und interkulturellen Begegnung, kein Haus der Linkspartei.PDS. Es ist ein Vereinsobjekt, betrieben vom „Rothaus e. V. – Verein zur Förderung politischer Kultur KarlChemnitz“, namentlich also angelehnt an Karl Marx und Karl-Marx-Stadt. Büros von Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Bibliothek, Kleinkunsthöhne, Versammlungsraum, Kino und ein Laden für den linken Lifestyle „k.a.r.l.“ sind unter dem Dach des Rothauses vereint. Also ein generationsübergreifender Treffpunkt, eine „Politschmiede“, ein Kulturhaus im besten Sinne, auch eine Bildungseinrichtung, einfach ein Stück „Zuhause“ für Menschen, deren Lebensweg sich nicht unbedingt im „Mainstream“ versteht, soll das Rothaus werden.

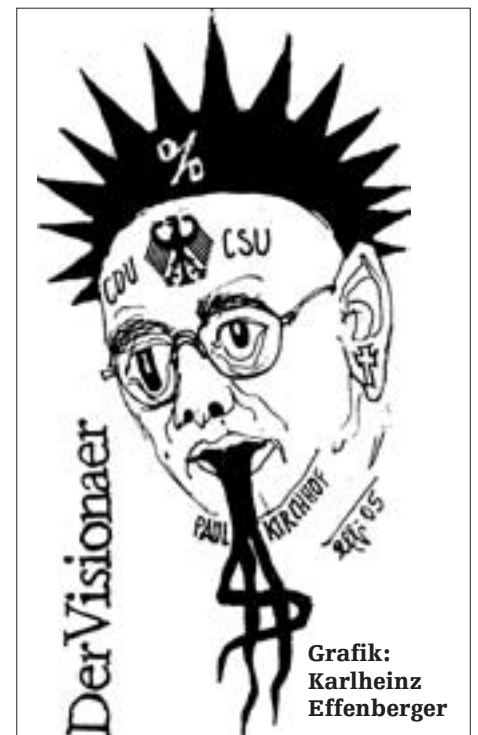
Bereits am 18. Juli wurden der Laden „k.a.r.l.“ und die Bürgerbüros einem interessierten Publikum und der Presse vorgestellt, auch der Chefredakteur des „RotFuchs“ war eingeladen. Für ihn nahmen Wolfgang Naundorf als stellvertretender Leiter und weitere Mitglieder der „RotFuchs“-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen teil.

Freya-Maria Klinger und Klaus Bartl, beide Mitglieder des sächsischen Landtages von der Linkspartei.PDS, stellten das Konzept des Rothaus e. V. vor: Es will Menschen und Ideen aus „KarlChemnitz“ und Umgebung zusammenführen, die Gegenöffentlichkeit, aber auch Solidarität und menschliche Wärme suchen und brauchen, die Kommunikation mit Gleichgesinnten wollen. Das Rothaus ist auf der Suche nach Mitstreitern, die engagiert und beheimatet sind in vielen sozialen

und linken Gruppen. Hier ist am richtigen Platz, wer durch Vernetzung von Arbeit, Gedanken und Lebensformen einer neuen, alternativen Kraft Geltung im öffentlichen und persönlichen Leben verschaffen will. Kurzum, aus dem Chemnitzer Rothaus sollte man klüger herauskommen als aus dem Chemnitzer Rathaus!

Am 27. August, nach unserer jüngsten Bildungsveranstaltung, nahm Prof. Dr. Werner Roß mit der Leitung unserer Regionalgruppe anläßlich der offiziellen Eröffnung die Gelegenheit wahr, das Konzept in seinen Anfängen selbst zu erleben, weitere Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Interessen auszuloten.

Wolfgang Naundorf



Bekenntnisse eines Wirtschaftskillers

John Perkins, 60. Seine großen Zeiten liegen schon lange hinter ihm. „Kommen Sie, kommen Sie“, sagt er und führt hinein in ein Wohnzimmer seines Hauses in Palm Beach (Florida), das kaum etwas verrät über die 15 Jahre, die sein Besitzer zwischen Ecuador und Saudi-Arabien, Panama und Südostasien verbrachte. Nur auf dem Marmorkamin stehen zwei buntbemalte hölzerne Puppen aus Indonesien. „Die stammen noch aus meiner Lehrzeit“, sagt Perkins, „meiner Lehrzeit als Wirtschaftskiller.“

Es ist eine seltsame, eine fast unglaubliche Geschichte, die der schlaksige Mann mit leiser, aber eindringlicher Stimme erzählt. Von 1971 bis 1981 sei er im Auftrag der USA als verdeckter „Economic Hit Man“ unterwegs gewesen. Sein erklärtes Ziel: „Mit viel Geld Regierungen von Dritte-Welt-Ländern in ein Netzwerk aus US-Interessen hineinzuziehen und sie in eine finanzielle Abhängigkeit zu befördern, die sie für die USA wirtschaftlich und politisch steuerbar macht.“ Kurz: Volkswirtschaften zu ruinieren.

Perkins hat über diese Zeit ein Buch geschrieben: „Bekenntnisse eines Economic Hit Man“. Nur wenige Wochen nach Erscheinen im vergangenen November kletterte es bis auf Platz neun der „New York Times“-Bestsellerliste.

Unlängst erschien es auch in Deutschland, Veröffentlichungen in etlichen anderen Ländern, von Japan bis Italien, folgen.

Perkins ist überrascht von seinem Erfolg. Vielleicht liegt es am Titel: „Economic Hit Man“, Wirtschaftskiller, das klingt doch, als hätte es sich der Verlags-PR-Chef mit Schaum vor dem Mund ausgedacht. Nein, nein, wehrt Perkins ab, der Begriff sei tatsächlich real, schon 1951 geprägt, als die CIA einen ihrer Agenten auf den Sturz des iranischen Premiers ansetzte, nachdem der die Ölindustrie verstaatlicht hatte.

Und wie, bitte schön, verübt man einen Anschlag auf eine Volkswirtschaft? „Vor allem mit Großkrediten“, sagt Perkins. Seine Aufgabe sei es gewesen, ausgewählten Ländern völlig überzogene Milliardenkredite für neue Infrastruktur zu vermitteln, die aber finanziell gar nicht zu verkraften waren: „Wasserkraftwerke in Ecuador, Elektrifizierungsprojekte in Indonesien, Flughäfen in Mittelamerika“. Er habe vor allem für die traditionell US-geführte Weltbank und die US-Entwicklungshilfebehörde manipulierte Finanzpläne aufgestellt, um die Kredite zu rechtfertigen: „Es ist gar nicht schwer, einen vermeintlich immensen Anstieg des Bruttosozialprodukts vorzugaukeln, wenn man mit den Daten geschickt trickst.“

Die Milliardenkredite seien dann ausschließlich in Aufträge für US-Großkonzerne wie Bechtel und Halliburton geflossen. Oder an MAIN, eine internationale Consultingfirma, für die Perkins als Chefvolkswirt arbeitete und deren Hauptkunde die Weltbank war.

„Letztlich verläßt das meiste Geld die USA nie“, sagt er. „Es wird bloß von den

Banken in Washington zu den Konzernzentralen in Houston, New York oder San Francisco umgeleitet.“

„Wenn wir unsere Arbeit richtig gemacht hatten, wurde das Empfängerland nach ein paar Jahren von der Schuldenlast erdrückt und mußte die Zahlungen sowohl an die amerikanischen Förderbanken als auch an die US-Konzerne einstellen“, sagt Perkins. Dann seien die eigentlichen Forderungen gekommen; „Kontrolle über UNO-Voten, Installation von Militärbasen, Zugang zu Ressourcen wie Öl oder den Panamakanal.“

Doch was sollte die Motivation der Regierungen von Panama oder Ecuador und all der anderen von Perkins erwähnten Beispiele sein, das eigene Land zu ruinieren? Auch für diese Motivation war Perkins nach eigener Aussage zuständig: „Bestechung, persönliche Bereicherung, Wahlmanipulation“.

Das klingt nach Verschwörungstheorie. Doch dagegen wehrt sich Perkins heftig: „In diesen Topf lasse ich mich nicht werfen.“ Zumal Verschwörungen ja stets den Anstrich des Illegalen hätten. „Aber genau das war doch das Perfide meiner Arbeit: Offiziell war alles höchst legal.“

Deswegen sei er auch „nie offiziell“ US-Agent gewesen, obwohl er 1968 die Aufnahmeprüfung für den amerikanischen Geheimdienst NSA bestanden habe. Für Perkins ist aber klar: „Mir wurde explizit bedeutet, daß ich nur vordergründig als Unternehmensberater, in Wirklichkeit aber als NSA-Instrument arbeiten würde.“ Entsprechend hätten ihn Drohungen und Bestechungen auch bis heute davon abgehalten, ein Enthüllungsbuch zu schreiben, erklärt Perkins die 20jährige Lücke zwischen dem Buch und seinem letzten Einsatz.

Das internationale Medieninteresse an seinen Erzählungen ist jedenfalls gewaltig: Gerade war ein Kamerateam des ORF da, später stehen noch Interviews mit Radiostationen in Brasilien und Malaysia an. Die wichtigen amerikanischen Medien dagegen ignorieren ihn trotz des Ver-

kaufserfolgs. Perkins wirkt keineswegs wie ein durchgeknallter Verschwörungstheoretiker oder linkslastiger Agitator – sondern eher erschreckend harmlos. Und gutsituiert ist er offenbar, dank hochdotierter Beraterjobs bei Energiekonzernen. Im Wohnzimmer stehen cremefarbene Ledersofas auf poliertem Marmorfußboden, der Blick fällt auf den kleinen Pool und die Yachten im Kanal dahinter.

Tatsächlich klingen seine „Bekenntnisse“ über die Verquickungen amerikanischer Politik und Wirtschaft doch nicht so unglaublich, erinnert man sich an manche inzwischen gutdokumentierte Geschichte aus der jüngeren Vergangenheit.

Da ist etwa der höchst bizarre, aber fast vergessene Fall der United Fruit Company, heute bekannt als „Chiquita“. Als 1953 der Präsident von Guatemala einen Teil der riesigen Plantagen des US-Konzerns in dem lateinamerikanischen Land enteignete und an Kleinbauern verteilte, wurde er wenig später mit CIA-Unterstützung aus dem Amt geputscht, und amerikanische Piloten bombardierten die Hauptstadt.

Der damalige CIA-Direktor Allen Dulles und sein Bruder, Außenminister John Foster Dulles, waren die Firmenanwälte; der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Henry Cabot Lodge, war United-Fruit-Großaktionär.

Ähnlich dubios und dokumentiert sind die Verwicklungen der heutigen Bush-Regierung mit der Ölindustrie und dem Großkonzern Halliburton, der eine führende Rolle beim Aufbau des Irak spielt.

Und natürlich kommt Perkins die von US-Präsident George W. Bush bekanntgegebene Nominierung von Paul Wolfowitz als neuem Chef der Weltbank gerade recht: Der stellvertretende Verteidigungsminister gilt als erzkonservativer Falke und Expansionist, seine Ernennung löste vor allem bei Entwicklungshilfeorganisationen heftige Proteste aus.

Dieser Beitrag von Thomas Schulz wurde dem „Spiegel“ 13/2005 gekürzt entnommen.



Hilfe für die dritte Welt

Aus: „People's Weekly World“

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) wurden 1945 als Sonderorganisationen der UNO gegründet. Beide Organisationen gehen auf das Bretton-Woods-Abkommen von 1944 zurück. Während der IWF hauptsächlich auf der „Makroebene“ (Kreditvergabe an Länder) wirkt, konzentriert die Weltbank ihre Aktivitäten vornehmlich auf die „Mikroebene“, z. B. Geldvergabe für konkrete Projekte. Richtigerweise muß man von der Weltbank-Gruppe sprechen, da sie aus fünf Unterorganisationen besteht: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD, Kreditvolumen 394 Mrd. Dollar), Internationale Entwicklungsorganisation (IDA, Kreditvolumen 151 Mrd. Dollar), Internationale Finanz-Corporation (IFC, Kreditvolumen 23,5 Mrd. Dollar), Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (MIGA, Kreditgarantievolumen 13,5 Mrd. Dollar), Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID). Die wichtigsten Anteilseigner in Prozent der Stimmrechte sind die USA (16,41%), Japan (7,87%), Deutschland (4,49%), Großbritannien (4,31%), Frankreich (4,31%). Diese Verteilung spiegelt im wesentlichen die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die USA festgeschriebene Machtverteilung, d.h. deren Hegemonie, wider. Die Weltbank vergab im Jahr 2004 umgerechnet 20 Milliarden Euro für 245 Projekte rund um den Globus. Sie ist mittlerweile zu einer der einflußreichsten Organisationen des internationalen Finanzterrorismus geworden. Mit der Wahl des 61jährigen Paul Wolfowitz zum Oberhaupt dieser Finanzhydra wird sie vollends zum Instrument der USA-Außenpolitik. Damit zeichnen sich folgende Richtungsänderungen in der Weltbank ab:

Erstens geht es um den Ausschluß von aufsteigenden Konkurrenten und „Schwellenländern“ wie Indien, China, Türkei, Thailand und Brasilien von der Kreditvergabe.

Zweitens wird die Durchsetzung einer kapitalistischen Restrukturierungspolitik der Volkswirtschaften der ärmsten Länder der Erde, vor allem in Afrika („Schaffung eines funktionierenden Systems von Eigentumsrechten“, sprich Neokolonialismus und Reprivatisierung verstaatlichter Produktionsmittel) angestrebt.

Drittens steht die Abschaffung des gegenwärtigen Kreditvergabesystems mit Refinanzierung über Zinsen und Tilgung zugunsten der Vergabe von Zuschüssen bei vollständiger Finanzkontrolle der bezuschußten Länder sowie Honorierung von Wohlverhalten durch die Weltbank auf dem Programm.

In Anbetracht des zu erwartenden Verlustes an finanzieller Autonomie befürchten vor allem Deutschland und Frankreich eine faktische Kontrolle der Weltbank durch die US-Administration.

Zum besonderen Augenmerk auf Afrika stellt Barbara Unmüßig, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, fest: „Es ist kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten großes Interesse an den Ölréserven Afrikas haben. Auf diesem Posten

besitzt Wolfowitz einen finanzkräftigen Hebel, um in makro- und mikroökonomische Prozesse der Länder einzugreifen.“ Ergänzend zu dem in RF 92 bereits Gesagten hier einige weitere Details zu Paul Wolfowitz.

Sohn eines polnisch-jüdischen Professors, kam Wolfowitz nach Promotion und Lehre an der Yale-Universität nach Washington, wo er zunächst in der US-Bundesbehörde für Waffenkontrolle und Abrüstung arbeitete. Unter Reagan und Bush sen. machte er im Außenministerium, im Pentagon und im Ausland Karriere. Zwischen 1986 und 1989 war er z. B. US-Botschafter in Indonesien, dem größten islamischen Land der Erde. 2001 rückte Wolfowitz zum Vize von Verteidigungsminister Rumsfeld auf. Zusammen mit Cheney, Rumsfeld und Perle sowie Bushs neuem UN-Beauftragten Bolton ist Wolfowitz Mitglied im Strategie-„Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert“ (PNAC). Diese Einrichtung, die neofaschistischen Denkmustern folgt, plädiert

Sein Credo ist der Pseudogegensatz von „Zivilisation oder Tod“, wobei er den „Zivilisationskrieg“ in die moslemische Welt hineinbringen will. Seine Vorliebe für die Verbreitung der „Demokratie“ fand einen besonderen Ausdruck in seiner Zeit als US-Botschafter in Indonesien. Er kam mit dem US-freundlichen Diktator Suharto blendend zurecht. Folgt man seinen geistigen Schützenhelfern in hiesigen Gazetten, so definiert Wolfowitz „Stärke als Stehvermögen pluralistischer Konzepte gegen tyrannische Ideen“, was er vor allem in „glaubwürdigen Drohheldern“ erkannte („Die Welt“, 18. 3. 2005). Er gehörte 1974 zu einem Team von „Sowjetologen“, das die UdSSR als „Reich des Bösen“ betrachtete. Er lehnte das „Gleichgewicht des Schreckens“ zugunsten einer totalen amerikanischen Überlegenheit ab. Folgerichtig zählte er 1998 zu denen, die ein US-Raketenabwehrsystem und die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrages forderten. Bereits seit Ende 1997 (!!!) propagierte er offen den Sturz Saddams.

Wölfe in der Weltbank

für die Herrschaft der USA im Mittleren Osten mit dem Mittel des Krieges.

Für Wolfowitz hat sein politisches Gefolge eine Vielzahl von Charakterisierungen erfunden. Die einen sprechen verharmlosend von „Falke“ oder wohlwollend von „Vordenker“ der Neokonservativen, wieder andere anerkennend von „Architekt“ oder „Mastermind“ des Irak-Krieges. „Die Welt“ gibt die Vorzüge des heutigen Weltbankpräsidenten folgendermaßen wieder: „Schlau, schnell, an die Gurgel gehend“ und vergleicht ihn mit dem aufrecht jagenden Saurier. Bush nennt seinen pyromanisch veranlagten Frontmann liebevoll „Wolfie“.

Im Pentagon hat sich Wolfowitz nicht durch administratives Geschick hervorgetan. Die Lüge von den irakischen Massenvernichtungswaffen war so durchsichtig, daß sie bereits aufgefliegen war, als die neugeschaffenen geopolitischen Fakten noch gar nicht gesichert waren. Bislang kamen Kriegslügen erst immer Jahre später ans Licht der Weltöffentlichkeit. Die Planung des „Nachkriegsirak“ lag in den Händen von Wolfowitz. Einer seiner engsten irakischen Verbündeten, Achmed Chalabi, entpuppte sich als Gewohnheitslügner und Kleinstadt-Mafioso. Er kolportierte die Mär, US-Truppen würden von den Irakern als Befreier und nicht als Besatzer betrachtet. Wolfowitz unterstützte bereits die Aggression der NATO gegen Serbien.

„Die Welt“, die schon Anfang 2003 vom Triumph der „Wolfowitz-Schule“ sprach, zitiert ihren Protegé mit den Worten: „Der Weg zu einer Friedensregelung im Nahen Osten führt über Bagdad.“ („Die Welt“, 29. 1. 2003)

Wolfowitz ist der geistige Urheber der amerikanischen Präventivkriegsdoktrin (1992, Manifest „Defence Planning Guidance“, siehe FAZ, 10. 4. 2003). Seit Hitlers „Mein Kampf“ ist dieses Dokument in seiner ursprünglichen Form vermutlich der konzentrierteste und kompromißloseste Plan zur Erringung der Weltherrschaft durch einen einzelnen Staat, im vorliegenden Fall die USA. Es handelt sich im Kern um das Szenario eines III. Weltkrieges.

Mit einem Stab von 700 Mitarbeitern hat Wolfowitz schon in der Politischen Abteilung des Pentagons den ersten Irak-Krieg geplant. Von 1989 bis 1993 arbeitete er dem damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney zu. Wolfowitz hatte in den letzten 20 Jahren genug Zeit, die Allianzen und das Machtgefüge in State Department und Pentagon zu erkunden und je nach Interesse auszunutzen. Die „Achse des Bösen“ trägt maßgeblich seine Handschrift. Von Wolfowitz stammt der Satz, Staaten, die Terror unterstützten, seien einfach „zu beenden“. „Die Welt“ prophezeit: „Wolfowitz wird weiter sagen: ‚Ohne Stärke herrscht Friedhofsruhe.‘“ Er ist wie sein Herr Bush von der Wahnvorstellung besessen, daß die Welt allein an Amerikas Wesen genesen könne. **Dr. Erhard Kegel**

In der politischen, theoretischen und programmatischen Debatte über sozialistische gesellschaftliche Verhältnisse gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen. Das ist insofern nicht verwunderlich, als die konterrevolutionäre Zerstörung der sozialistischen Ordnung in der UdSSR und den anderen europäischen sozialistischen Ländern viele Fragen aufgeworfen hat, die bis heute nicht geklärt sind. Klar ist aber vor allem folgendes: Mit den reaktionären gesellschaftlichen Umbrüchen 1989 bis 1991 wurde der Sozialismus in der Welt nicht völlig liquidiert, der wissenschaftliche Sozialismus ist trotz des schweren Rückschlages in der Praxis nach wie vor gültig.

Für eine künftige sozialistische Entwicklung in den Ländern, die die Konterrevolution erleben mußten, und in anderen Teilen der Welt gibt es mehrere

der Partei befindet sich die Gestaltung des Sozialismus in der Anfangsphase. Sie ist auf die Schaffung eines reichen, starken, demokratischen und zivilisierten Landes ausgerichtet. Zu den zentralen Fragestellungen der KP Chinas gehört: „Was ist Sozialismus, wie wird der Sozialismus aufgebaut?“

Die politische Macht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten unter Führung der KP, die Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums und die Leitfunktion des Marxismus-Leninismus sowie seine Anwendung auf die chinesischen Bedingungen sind und bleiben, bei allen Zwischenstufen der Anfangsphase des Sozialismus, die Grundprinzipien der Strategie der KP Chinas.

Der wirtschaftliche Aufbau ist die zentrale Aufgabe der sozialistischen Entwicklung. In den letzten mehr als 25 Jahren

Die geistige Zivilisation beinhaltet die Orientierung auf eine hohe Kultur und Bildung, fortgeschrittene Wissenschaft, die Pflege und Aneignung der besten kulturellen und zivilisatorischen Traditionen des chinesischen Volkes und anderer Völker sowie die Orientierung auf die marxistisch-leninistische Weltanschauung. Die Ablehnung der bürgerlichen Ideologie steht nicht im Widerspruch zu einer breiten und offenen Diskussion und Vielfalt auf geistigem Gebiet.

Die Entwicklung einer harmonischen Gesellschaft des Sozialismus ist eine neue Formulierung in der strategischen Aufgabenstellung der KP Chinas. Aber schon wieder schreiben einige Blätter, dies und jenes der gesellschaftlichen Realität sei keine soziale Harmonie. Marx und Engels haben, so betonen die chinesischen Theoretiker, klargestellt, daß der Kapitalismus keine harmonische Gesellschaft ist, daß diese nur im Wege der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus errichtet werden kann. Nur durch gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel, planmäßige Organisation der Produktion und Erweiterung des geistigen Horizonts der Menschen kann wirkliche Harmonie tatsächlich erreicht werden.

Die KP Chinas betrachtet als wesentliche Elemente der gesellschaftlichen Harmonie Demokratie und Gesetzlichkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Verbundenheit der Menschen, Stabilität und Ordnung, Übereinstimmung zwischen Mensch und Natur, korrekte Lösung von Widersprüchen im Volk und anderen gesellschaftlichen Widersprüchen. Dazu gehört auch eine ressourcenschonende und auf Beschäftigung möglichst aller vorhandenen Arbeitskräfte orientierte wirtschaftliche Entwicklung, die als Industrialisierung neuen Typs bezeichnet wird, wie auch der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die Verbesserung der Verteilungsverhältnisse. Die Politik muß auf die möglichst frühe Lösung von Konflikten und Widersprüchen gerichtet sein.

In der gegenwärtigen Phase der sozialistischen Entwicklung Chinas gibt es auch Privatunternehmer und damit Ausbeutungsverhältnisse. Das ist eine Erscheinung der Anfangsphase des Sozialismus. Die daraus entstehenden Gegensätze müssen richtig bewältigt werden.

Die KP Chinas unternimmt große Anstrengungen, die sozialistische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse Schritt für Schritt voranzubringen. Dabei wird, besonders auch angesichts der negativen Erfahrungen der ehemals sozialistischen Länder, viel Neuland beschritten. Hinzu kommt, daß der Sozialismus in China nicht in einem früher hochentwickelten kapitalistischen Land, wie das die Klassiker vorhersagten und nur so voraussehen konnten, gestaltet wird. Für alle, die auf richtig eine gesellschaftliche Alternative zum entfesselten Kapitalismus erstreben, sollte das vorurteilsfreie Studium der Entwicklung in der VR China hilfreich sein.

Rolf Berthold

Aspekte der Politik der KP Chinas

Anknüpfungspunkte. Sie sollen hier nicht komplett erörtert werden. Zweifellos von Bedeutung sind jedoch die Prozesse in den Ländern, die sich heute auf sozialistischem Weg befinden. Auch wenn die konkreten Bedingungen sehr unterschiedlich sind, wäre es zutiefst unmarxistisch, deren politischen und ökonomischen Kurs zu ignorieren. Oft wird die Frage gestellt, wie die Gestaltung sozialistischer Verhältnisse in der VR China erfolgt und theoretisch formuliert wird. Die allgemeine Presseberichterstattung enthält zwar Informationen über den beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung Chinas, das wachsende internationale Gewicht der Volksrepublik, das sich auch in dem unlängst abgehaltenen gemeinsamen chinesisch-russischen Militärmanöver manifestiert, und über diese oder jene gesellschaftliche Frage. Aber die Grundlinien der Entwicklung werden nicht behandelt.

Die KP Chinas stellt die Probleme der Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer theoretischen und praktischen Arbeit. Dabei werden die Auseinandersetzungen mit der KPdSU in den 50er und 60er Jahren sowie die Konterrevolution in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern sehr gründlich ausgewertet. Die Fixierung auf die eigenen spezifischen Bedingungen ist wichtig für das Fortschreiten der VR China, sie sollte aber nicht den Blick für die Prinzipien der Politik der KP Chinas und deren Erfahrungen verstellen. Nach offizieller Formulierung

haben sich das Land und das Leben der Menschen grundsätzlich zum Positiven verändert. Im Herbst dieses Jahres wird auf einer Tagung des Zentralkomitees der Partei die Grundlinie für den 11. Fünfjahrplan (2006–2010) diskutiert. Er soll auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses Anfang 2006 beschlossen werden. Dieser Fünfjahrplan ist von großer Bedeutung für die Erarbeitung eines bescheidenen Wohlstandes des Volkes. Wichtige Elemente des Planes sind die Festigung der gesamten Wirtschaftsleitung, die stärkere Orientierung auf die Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes, die Sicherung sozialer Stabilität, die richtige Behandlung neu aufgetretener Fragen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Als Grundbestandteil der politischen Struktur des Sozialismus in China wird die organische Einheit der führenden Rolle der Partei, der Herrschaft des Volkes und der Leitung des Staates auf der Grundlage von Gesetzen bezeichnet. Auf dem XVI. Parteitag der KP Chinas 2002 wurde festgelegt, „die sozialistische Demokratie auszubauen, die sozialistische Rechtsordnung zu vervollständigen, einen sozialistischen Rechtsstaat zu schaffen und eine politische Situation zu gestalten, die durch Demokratie, Einheit, Vitalität, Stabilität und Harmonie gekennzeichnet ist“. In allen grundsätzlichen Materialien der Partei wird formuliert, daß das Modell des politischen Systems des Westens auf keinen Fall übernommen werden darf.

Bessere Karten für Kubas Kundschafter



Ein USA-Appellationsgerichtshof in Atlanta (Georgia) hat den Prozeß gegen die fünf in Miami (Florida) 2001 zu hohen Strafen verurteilten kubanischen Kundschafter für null und nichtig erklärt. Sie hatten im Auftrag der Sicherheitsorgane ihres Landes exilkubanische Banden im Südosten der Vereinigten Staaten erfolgreich infiltriert und ausgespäht, um Terrorakten gegen ihre sozialistische Heimat zu verhindern zu können.

Nach mehrjähriger Tätigkeit waren die Aufklärer Havannas 1998 vom FBI in Florida enttarnt und festgenommen worden. 17 Monate lang befanden sie sich in Einzelhaft. Man bezichtigte sie der Spionage, obwohl sie sich keiner gegen die Verei-

nigten Staaten gerichteten Handlungen schuldig gemacht hatten. Der massivste Anklagevorwurf lautete auf beabsichtigten (!) Mord, weil geplante Diversionsflüge des Terrornetzwerks „Brothers to the Rescue“ gegen Kuba dorthin gemeldet worden waren, was den Abschluß eingesetzter Maschinen ermöglichte.

Im Herbst 2000 begann der Prozeß. Er dauerte sieben Monate. Der Mordvorwurf in bezug auf alle Angeklagten außer Gerardo Hernandez, der in die Terrorfliegerstaffel eingedrungen war, wurde vom Staatsanwalt fallengelassen.

Im Juni 2001 sprach eine Geschworenengjury in Miami – der Hochburg der antikubanischen Mafia – die fünf Patrioten

in allen aufrechterhaltenen Punkten der Anklage schuldig. Die Feinde Kubas triumphierten. Vor laufender Kamera fielen sich der örtliche FBI-Chef und Mafia-Boß Basulto in die Arme.

Einige Monate später wurde das Strafmaß verkündet: Es lag zwischen 15 Jahren und zweimal lebenslänglich plus 15 Jahre (für Gerardo Hernandez). Die Miami-Fünf, wie sie in der USA-Presse hießen – in Havanna nennt man sie die fünf kubanischen Helden –, wurden auf Hochsicherheitsgefängnisse im ganzen Land, die Tausende Kilometer auseinander lagen, verteilt.

Die Verteidiger legten Rechtsmittel ein. So ging die Sache an den USA-Appellationsgerichtshof in Atlanta. Erst am 10. März 2004 trat dieser in Aktion. Am 8. August 2005 verkündete er seine Entscheidung: Die drakonischen Strafen aus dem Jahre 2001 wurden annulliert. Man bescheinigte den Verurteilten, daß sie keinen fairen Prozeß gehabt hätten. Der ganze Fall muß neu verhandelt werden. Damit geht der Kampf weiter, zumal das amerikanische Rechtssystem eine fast unendliche Kette von Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten für Anklage und Verteidigung zuläßt. Das Ringen um die endgültige Befreiung der kubanischen Kundschafter hat also erst begonnen. Doch die Karten für die fünf tapferen Männer sind neu gemischt. Und sie sind jetzt besser als zuvor.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Diskussionsangebot zum Griffen-Artikel

Werter Genosse Prof. Leonid Griffen aus Kiew, Ihre im RF Nr. 88 geäußerte Idee, die Theorie der „Zivilisationskreise“ (Aufeinanderfolge führender Weltzivilisationen, ihr Wachsen, ihre Reife und ihr Niedergang) mit der Marxschen Theorie der Gesellschaftsformationen zu verknüpfen, halte ich für sehr anregend und durchdenkenswert. Da wäre sicher noch vieles näher zu erforschen. Ein Gedanke dazu: Eine besondere Rolle als begünstigender Faktor für das Hervorbringen einer neuen Gesellschaftsformation dürfte m.E. beim Aufsteiger auch die spezifische Orientierung seiner „Volksseele“ (Lebensauffassung, Lebens- und Denkweise) spielen, die sich in Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden herausgebildet hat und sich nur allmählich und nur sehr langfristig verändern kann.

Die christlich-protestantische, puritanische Denkweise (Macht euch die Erde untertan ...) begünstigte das Aufkommen des Kapitalismus in England und von dort aus in der Welt. Ihre höchste Ausprägung hat die kapitalistische Denkungsart – ausgeprägtester Individualismus als Grundhaltung des Miteinanderlebens in der Gesellschaft – in den USA erfahren. Sie wird dort letzten Endes jetzt auch von

den unterdrückten und ausgebeuteten Massen mitgetragen.

Klar dürfte sein, daß die USA – gerade wegen der dort vorherrschenden und fest verankerten Ideologie und der ihr entsprechenden Lebensweise (des „American way of life“) – nie an der Spitze des Übergangs der Menschheit zum Sozialismus stehen werden. Und das kapitalistische Westeuropa eifert ihnen nach ...

Die Vermutung von Marx und Engels, daß die kapitalistisch entwickelten Länder zuerst zum Sozialismus kommen würden, wird sich also wahrscheinlich auch später nicht bestätigen. Dafür sind die kapitalistischen Gewohnheiten (auch Denkgewohnheiten) – und Fehlentwicklungen! – dort schon zu festgefressen. Außerdem: Der Kapitalismus breitet sich auf der Erde nach Art eines Flächenbrandes aus. Die Hauptzone der (Mehrwert-)Produktion verschiebt sich künftig immer mehr in die jetzigen Entwicklungsländer. Die bisherigen Spitzenländer werden allmählich ausgebrannt zurückbleiben. Auch die USA!

Eine wesentliche ideologische Scheidelinie in der Welt ist heute die zwischen Kollektivismus und Individualismus. Natürlich gibt es in der Geschichte einen langfristigen Trend, die Selbständigkeit

des einzelnen in der Gesellschaft zu erhöhen – aber als Glied in der Gesellschaft. Die Menschheit (der Mensch) entstand nur in und durch die Gesellschaft und jedes Individuum wird nur als Glied der Menschheit, als Aneigner ihres sozialen Erbes, zum Menschen.

Die USA-Linie aber – die Vereinzelung des Individuums, die Atomisierung der Gesellschaft – könnte zum Untergang der Menschheit beitragen ...

Ich denke auch, daß die russische „Volksseele“ (also: der Nationalcharakter – d. R.) mehr auf Kollektivismus orientiert ist als die in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Und die Chinas? Wenn man in Rechnung stellt, was die Chinesen in letzter Zeit alles irgendwie mitgetragen haben – Revolution, große Sprünge, Kulturrevolution, Geburtenregelung usw. – da könnte man wirklich eine massenhafte Aufgeschlossenheit für kollektivistische Lebensformen vermuten ...

Ich teile voll Ihre Meinung: Alles wird viel komplizierter verlaufen, als wir uns das heute überhaupt vorstellen können. Hoffen wir, daß die Menschheit das überstehen wird ...

Prof. Dr. Heinz Wachowitz

Berichte aus Spanien

Francos Konzentrationslager

Als ich nach einer Sendung im katalanischen Fernsehen über das Frauen-KZ Ravensbrück mit Tario telefonierte, bemerkte er auf meine Frage, ob er die Sendung gesehen habe: „Und von hier bringen sie gar nichts.“ Selbstverständlich hält er jede Berichterstattung über den Nazi-Faschismus für unerlässlich. Aber Tarios Anklage ist allzu berechtigt. Er ist einer der vier noch lebenden von 20 000 Zwangsarbeitern, die 1943 das Franco-Mausoleum „Valle de los Caídos“ (Tal der Gefallenen) errichten mußten. Er wies mich auch auf die Sonntagsbeilage der katalanischen Tageszeitung „el Periódico“ vom selben Tag hin, die einen ausführlichen Bericht mit dem Untertitel: „Die Überlebenden fordern ihre Anerkennung“ darüber brachte. Nach fast 30 Jahren des Schweigens haben nur noch zwei der vier eine klare Erinnerung, um von dem Konzentrationslager berichten zu können. Außer Tario Rubio, der mit 17 Jahren auf Seiten der Republik kämpfte, ist da noch Nicolás Sánchez Albornoz, der 1991 zum Direktor des Cervantes-Instituts berufen wurde. Aber die ganzen Jahre nach Francos Tod blieb das von den „Siegern“ (1939) als Symbol für „nationale Versöhnung“ ausgegebene Monumentalbauwerk zu Ehren des Diktators intakt. Sich mit der Geschichte versöhnen, sich würdig fühlen und sich wiedererkennen, das würden die beiden inzwischen Hochbetagten gerne! Sie sind nicht bereit zu vergessen. Sie begrüßten eine Umwandlung des Schandmals in ein Museum über die Grauen des Franco-Faschismus. Für sie stellt es bis zum Namen „Tal der Gefallenen“ eine Beleidigung dar. Es bleibt das Strafkommando Cuelgamuros, wie das 60 km von Madrid nahe dem Escorial gelegene Anwesen am Fuß der Sierra Guadarrama heißt. Hunderte gefangene Republikaner ließen bei den Bauarbeiten ihr Leben. Hunger, Kälte, Schmerzen und Angst herrschten, und viele der Besiegten starben an Krankheiten oder weil ihnen die Kräfte ausgingen. Die „Roten“ hatten dem Granitfelsen 80000 Kubikmeter abgenötigt, um die Krypta auszuheben; sie bearbeiteten 30000 Quadratmeter Stein, schlugen die 6 km lange Zugangsstraße aus dem felsigen Berg und errichteten das 300 Meter hohe Kreuz, Symbol und Wahrzeichen. Als Blickfang, weit im Umland sichtbar, repräsentiert es die unheilige Allianz zwischen Franco und der katholischen Kirche. Um „das heilige Kreuz des Tals der Gefallenen“, wie das Monument seit seiner Umwandlung in eine Basilika 1953 genannt wurde, zu bauen, mußten drei Gefangenengruppen in mehreren Wellen mit zwischen 500 und 1000 Männern 19 Jahre lang schuften. Das erste Bataillon schuf die Zugangsstraße. Es war das härteste Schicksal. Die

dazu verurteilten Republikaner bewegten Tausende von Tonnen Stein und Fels mit Pickel und Schaufel und pflasterten von Hand die 6 km lange Straße. In diesem Kommando arbeitete Tario.

Das zweite Kommando durchlöchernte den Fels mit Dynamit. In ihm arbeiteten für den Umgang mit Sprengstoffen spezialisierte Gefangene. Sie unterlagen einer detaillierten Prüfung ihrer „Integrität“. Vier oder fünf von ihnen starben täglich. Die dritte Gefangenengruppe baute das Kloster und die heutige Abtei. Der Diktator verkündete seine mit dem Mausoleum verbundenen Absichten in einem Dekret, das 1940 den Bau des Monuments anordnete. Es war das größte der damaligen Zeit in Europa. „Die Dimension unseres Kreuzzuges kann nicht durch einfache Denkmäler verewigt werden. Es ist notwendig, daß die aufgerichteten Steine die Erhabenheit antiker Bauwerke haben.“ Seine Absicht erfüllte sich. Die Erinnerung an ihn ist bis heute offiziell nicht befleckt. Seine Anhänger gedenken jedes Jahr am 20. 11. in diesen Mauern seines Todes.

Die Besiegten gibt es nur als viele Namenlose und Verschüttete unter den Mauern des Zugangstunnels. Die Gebeine von 33 872 im „Kreuzzug für Gott und Spanien“ Gefallenen sind im Tal begraben. Inbegriffen die Francos und des

Falange-Gründers José Antonio Primo de Rivera. Sie haben als einzige Grabsteine erhalten. Fast 15 000 Tote sind nicht identifiziert, woraus sich schließen läßt, daß viele von ihnen Republikaner waren. 1959 erlaubte Franco, die Roten zu bestatten, wenn beglaubigt werden konnte, daß sie Katholiken waren. Über den Charakter dieses Lagers und die „Bauarbeiten“ erfährt der Besucher nichts. Die für 2 Euro erhältliche kommentierte Audio-Führung läßt die Gefangenen unerwähnt. Keine Erinnerungstafel bezieht sich auf sie. Der heutige Abt des Klosters hält es zwar „für kaum durchführbar“, die Nischen zu öffnen, um die Toten zu identifizieren. Aber er bedauert, daß es trotz des „Platzes für weitere 40 000“ heute nur noch selten Begräbnisse gibt, „höchstens von Witwen Gefallener, die neben ihren Verwandten liegen wollen“. „Die Quelle der Erinnerung versiegt. Sehr bald werden Historiker nur mit Dokumenten und nicht mehr mit direkten Zeugnissen der Hauptpersonen rechnen können, um die Geschichte zu erforschen“, warnt Sánchez-Albornoz. Cuelgamuros ist nicht das einzige Konzentrationslager aus der Zeit der Franco-Diktatur, das darauf wartet, in eine würdige Gedenkstätte umgewandelt zu werden.

Isolda Bohler, Valencia

„Corriente Rojo“ aus der PCE ausgetreten

Ende Juni 2005 fand in Madrid der Kongreß der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) statt. Kurz zuvor erklärten 60 Kommunistinnen und Kommunisten ihren Parteiaustritt. Sie waren als „Corriente Rojo“ (Rote Strömung) in der PCE organisiert. Auf einer Pressekonferenz begründete ihre Sprecherin, die Abgeordnete Angeles Maestro, diesen Schritt. Sie bezeichnete ihn als einen „harten und schwierigen Entschluß“. Er sei notwendig, um das Ziel einer „kommunistischen Neugründung außerhalb der Izquierda Unida (Vereinigte Linke – IU) in die Praxis umzusetzen“. Die Corriente Rojo trat bereits 2004 aus der IU aus. Das Vorlegen ihres Textes „Bedingungen für ein kommunistisches Projekt im 21. Jahrhundert“, in dem die „Rote Strömung“ das Ausscheiden aus der diffusen IU als unerlässlich darstellt, wurde auf dem Kongreß nicht zugelassen. Diese Zensur verlange jetzt den Austritt aus der PCE, sagte Angeles Maestro, die seit 1971 der Partei angehört hatte. Es gebe viele Leute in der KP, die sich fragten, ob die Vereinigte Linke mit ihren

weit auseinanderdriftenden Flügeln und ihrem rechten Grundtenor nötig ist, um bei Wahlen 5 % der Stimmen zu bekommen. Die Hälfte der PCE-Mitglieder sei für einen Austritt aus der IU. Diese ziehe in ihrem kontinuierlichen Niedergang die kommunistische Partei mit sich herab. Obwohl die 60 Kommunistinnen und Kommunisten die Partei aus eigenem Antrieb verließen, wurde ihr Ausschuß bereits zuvor von einigen Führungsmitgliedern gefordert. Das eigentlich „Vergehen“ der Corriente Rojo bestand in ihrem Aufruf für die KP des Baskenlandes bei den letzten Regionalwahlen in Euskadi. Diese Partei vertrat das politische Friedensprojekt Batasunas, der baskischen Linken, die immer noch illegalisiert ist, trotz des Madrider Regierungswechsels von der rechtskonservativen PP zur sozialdemokratischen PSOE. Der Wahlauftrag gilt für die systemverbundenen Kräfte verschiedener politischer Couleur als „Unterstützung des ETA-Terrorismus“.

I. B., V.

Portugals starke KP auf sicherem Kurs

Während das Gros der kommunistischen Kräfte des Kontinents noch von der schweren Niederlage der Jahre 1989–1991 gezeichnet ist, gibt es in Europa zwei starke, einflußreiche und politisch-ideologisch zielklare marxistisch-leninistische Parteien, die den standhaft gebliebenen Genossen auch in anderen Ländern Mut und Kraft geben: Griechenlands KKE und Portugals PCP. Diese zählt nach Angaben von ZK-Mitglied Domingos Abrantes gegenwärtig 120000 Mitglieder, verfügt über eine aktive Parlamentsfraktion und stellt trotz gewisser Rückschläge vor vier Jahren noch immer die Munizipalkammer-Präsidenten (Bürgermeister/Landräte) in 30 der 204 administrativen Kreise Festlandportugals. Wir haben die PCP jetzt auf dem 29. Pressefest ihres Zentralorgans „Avante!“ einmal mehr erlebt.

Die Festa fand wie immer auf dem etliche Hektar großen parteieigenen Gelände des Landgutes Atalaia bei Seixal statt und war so gut besucht wie selten zuvor. In Parteikreisen tippte man sogar auf eine Rekordbeteiligung. Während mehrere hunderttausend Menschen an drei Tagen in das weitläufige Tal am Ufer der Tejo-bucht strömten, waren es viele Zehntausende, die an der Abschlußkundgebung – dem politischen Höhepunkt – teilnahmen. Ein Meer von roten Fahnen mit Hammer, Sichel und Stern sowie verschiedenfarbige Banner der Demokratischen Einheitskoalition CDU (nicht mit Merkels schattigem Verein zu verwechseln!), die vor Jahren als Wahlbündnis von PCP, linksstehender Grüner Partei und Unabhängigen gebildet wurde, grüßten die auf der Bühne versammelten Mitglieder des Zentralkomitees um PCP-Generalsekretär Jerónimo de Sousa. Der Metallarbeiter und erfahrene Funktionär der kommunistisch geführten Gewerkschaft CGTP-Intersindical (2 Millionen Mitglieder) war auf dem 17. Parteitag im Januar 2005 als Nachfolger von Carlos Carvalhas an die Spitze der Partei berufen worden. Zuvor hatte es Auseinandersetzungen mit drei nach rechts drängenden, den Marxismus-Leninismus „aus taktischen Gründen“ ablehnenden Mitgliedern der Politischen Kommission gegeben. Sie wurden im vergangenen Jahr von der PCP ausgeschlossen.

Nachdem bereits der 17. Parteitag die Linie des langjährigen und legendären Generalsekretärs Álvaro Cunhal bekräftigt hatte, stand auch die diesjährige Festa – das bei weitem größte Volksfest Portugals – ganz in deren Zeichen. Auf zwei panoramaartigen Schautafeln wurden die sehr unterschiedlichen Lebenswege der beiden herausragenden Männer der portugiesischen Aprilrevolution von 1974/75 und der Arbeiterbewegung des Landes – General Vasco Gonçalves und Álvaro Cunhal – dargestellt.

Es gab eine unendliche Zahl von Ständen, Bühnen und Restaurants aus allen Regionen Portugals. Wie immer drängten sich die Teilnehmer im Internationalen



Minister Álvaro Cunhal, Staatspräsident Francisco da Costa Gomes, Ministerpräsident Vasco Gonçalves (v. l. n. r.)

Bereich, wo etwa 40 Parteien – darunter auch die deutsche Linkspartei – vertreten waren. Nobelpreisträger José Saramago, Mitglied der PCP, signierte (ebenso wie andere bekannte Schriftsteller) seine Bücher; der 90jährige frühere „Avante!“-Direktor António Dias Lourenço – 17 Jahre Gefangener der Faschisten – schrieb vielen Genossen mit halbblinde Augen persönliche Widmungen in den zu Herzen gehenden neuesten Band aus seiner Feder. Er enthält die reich illustrierten Zuchthausbriefe an seinen kleinen Sohn, der während der langen Haftzeit des Vaters an Leukämie gestorben ist. Das Angebot – nicht nur im weitläufigen Literaturzelt – war riesig. Besonders begehrt: die gerade herausgekommene CD zu Leben und Kampf Cunhals.

Voller Spannung wurde die Rede Jerónimo de Sousas auf dem Abschlußmeeting erwartet, handelte es sich doch um den ersten öffentlichen Auftritt des 59jährigen bei einem „Avante!“-Fest. Die Akzente zur Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik der seit einem halben Jahr regierenden Sozialdemokraten (die 1973 unter dem Dach der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründete PS nennt sich offiziell Sozialistische Partei) sowie zum Kurs der PCP und den im Oktober anstehenden Kommunalwahlen wurden präzise gesetzt. Hier gab es kein Schlingern, keine Schaumschlägerei und kein Sichwegducken. Der Generalsekretär, der in der ersten Runde der 2006

folgenden Präsidentschaftswahlen als PCP-Kandidat gegen den rechtskonservativen früheren Ministerpräsidenten Cavaco Silva und Expräsident Mário Soares (PS) – 1974 bis 1976 wichtigster Protagonist der Konterrevolution – antreten wird, unterstrich die Treue seiner Partei zum Marxismus-Leninismus. Die patriotische und internationalistische Haltung der portugiesischen Kommunisten widerspiegelte sich wie immer in den drei Hymnen, die die Kundgebung abschlossen: dem „Avante, Camarada“ der Partei, der Internationale und der Nationalhymne.

Das „Avante!“-Fest brachte den Unmut von Millionen Portugiesen über die negativen Folgen des EU-Beitritts und der Euro-Einführung, die das Leben enorm verteuert haben, zum Ausdruck. In vielen Gesprächen, die wir führten, war von Empörung und Enttäuschung über die Politik Lissabons und Brüssels die Rede.

„Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut“, sagte uns ein älterer brasilianischer Gastarbeiter, der in einem Volksrestaurant zufällig unser Tischnachbar war. Dieses klassische Wort hatten wir aus seinem Mund nicht erwartet. Er meinte damit zwar seinen eigenen Präsidenten Lula, für den er seit 1976 bei Wahlen stets gestimmt habe, was er nicht länger tun werde, zugleich aber auch die portugiesischen Sozialdemokraten der PS unter ihrem Premier José Socrates.

Klaus und Bruni Steiniger

Kommissionen gibt es fast mehr als andere Staatsorgane im heutigen Afghanistan. Sie werden formal vom Präsidenten Abdul Hamid Karsai eingerichtet; über ihre Arbeit und deren Ergebnisse erfährt die Öffentlichkeit kaum etwas. Die „Unabhängige Menschenrechtskommission“ unter der Leitung der ehemaligen Frauenministerin Sima Samar hat als einzige schon im Oktober 2004 einen fünfhundertseitigen Bericht über Menschenrechtsverletzungen für den Zeitraum vom April 1978 bis zum Sturz des Talebanregimes vorgelegt. Diesbezügliche Vorgänge unter der jetzigen Kabuler Administration wurden darin nicht erwähnt. Somit bleiben die derzeitigen Machthaber und ihre Verbündeten verschont. Schon hier zeigt sich, was von der „Unabhängigkeit“ dieser Kommission zu halten ist.

Samars Bericht basiert auf der Befragung von 4151 Personen aus den verschiedenen

Ermordung seines ersten Luftfahrtministers, Dr. Abdul Rahman, und seines ersten Arbeitsministers, Hadji Abdul Qadir, gründlichst aufzuklären. Passiert ist nichts. Nicht mal eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Nach den Präsidentschaftswahlen 2004 hoffte die Bevölkerung, unfähige, korrupte Minister, Abteilungsleiter, Gouverneure, hohe Offiziere, Polizeichefs usw. würden wenigstens ausgewechselt. Diese Erwartung wurde jedoch bitter enttäuscht. Ohne Bakschisch läuft nach wie vor überhaupt nichts. Die Reichen werden immer noch reicher, und die Armen sinken immer weiter ins Elend.

Nach der Veröffentlichung des Berichts über die Menschenrechtsverletzungen und der Reaktion der Öffentlichkeit, die eine Liste der Kriegsverbrecher sehen wollte und nach der Quelle ihres Reichtums fragte, gingen diese sogar in die

man-Distrikts, wo sich kein Mann ohne Vollbart und Turban zeigen kann, wenn er nicht an Ort und Stelle ausgepeitscht werden möchte.

In der Reihe der Kriegsverbrecher stehen auch die Masud-Brüder und andere Kommandanten der islamistischen Partei „Jamate Islami“ des ehemaligen Präsidenten und Ultra-Islamisten Burhanudin Rabani. Zu ihr gehörten der selbsternannte Marschall und Ex-Verteidigungsminister Mohammad Qasim Fahim, der Ex-Innenminister Mohammad Junos Qanuni sowie der jetzige Außenminister Abdullah Abdullah. Die Jamate Islami war maßgeblich an der Zerstörung Kabuls beteiligt, bei der über 50 000 Menschen ums Leben kamen. Einer ihrer wichtigsten Kommandanten war Ahmad Zia Masud, bis Ende 2004 Kabuls Botschafter in Moskau und jüngster Bruder des berühmt-berüchtigten islamistischen Kommandanten der Nordallianz, Ahmad Schah Masud. Er ist Schwiegersohn von Ex-Präsident Rabani und jetziger erster Stellvertreter von Präsident Karsai.

Ein weiterer Kriegsverbrecher ist Abdul Karim Khalili, Kommandant und Führer der schiitischen „Hesbe Wahdat“ und jetziger zweiter Stellvertreter von Karsai. Die Milizen der Hesbe Wahdat haben auf bestialische Art und Weise Gefangene anderer afghanischer Ethnien, besonders Paschtunen, umgebracht. Hesbe Wahdat hatte sich 1995 sogar mit der „Hesbe Islami“, der Islamischen Partei von Gulbudin Hekmatyar, verbündet. Dieser gehört zu den blutigsten unter den Modjahedinführern. Die Ermordung Tausender Zivilisten, Frauenrechtlerinnen, Flüchtlingsaktivisten und Wissenschaftler geht auf das Konto seiner Partei. Hekmatyar, Kommandant und Führer der „Hesbe Islami“, erster Ministerpräsident des Islamischen Staates Afghanistan, ist immer noch auf freiem Fuß und arbeitet mit Taleban und Al Qaeda zusammen. Sein Kommandant und Schwiegersohn Humayun Dscharir war sogar Leiter der Zypern-Gruppe auf der Petersberger UN-Konferenz im November/Dezember 2001.

Die USA haben den Krieg gegen Afghanistan u. a. mit den Verbrechen der Taleban begründet. Jetzt soll Karsai, auf Veranlassung des bisherigen US-Botschafters in Kabul, Zalmay Khalilzad, einige hohe Funktionäre des faschistoiden Talebanregimes begnadigen und in den Kabuler Staatsapparat integrieren. Dazu gehören Abdul Wakil Mutawakal, Chefberater von Talebanführer Mullah Mohammad Omar und damaliger Außenminister, Abdul Hakim Modjahed, Botschafter der Taleban in Islamabad und später in New York, Mullah Mohammad Ghaus Achund, ihr Sprecher für Dari (eine der beiden großen afghanischen Sprachen) und Abdul Rahim Hutak, Mitglied des obersten Rates der Taleban. Wenn zusätzlich zu den jetzt schon in Amt und Würden befindlichen Kriegsverbrechern aller Schattierungen in Kabul auch noch die Taleban hinzu kämen, würde die afghanische Metropole endgültig zum Dorado aller Kriegsverbrecher des Landes.

Dr. Matin Baraki

NATO-Afghanistan: Dorado für Kriegsverbrecher

sten Schichten der Bevölkerung sowie auf den Ergebnissen von Gesprächen mit 3200 Personen, die als „Politberater“ firmieren. Monatelang blieb das Papier, nachdem es Karsai überreicht worden war, in der Schublade. Erst im Februar 2005 legte Karsai dann eine – nicht ohne Grund – präparierte Fassung der Öffentlichkeit vor. Denn aus dem Bericht geht hervor, daß über 90 % der Bevölkerung die Verfolgung der zahllosen Kriegsverbrecher verlangen, die Funktionsträger der Karsai-Administration sind. Jedoch niemand scheint in der Lage zu sein, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Selbst wenn eine Bestrafung beabsichtigt wäre, was unwahrscheinlich ist, so existierte dafür weder eine unabhängige Justiz, noch könnten Zeugen vor den potentiellen Beschuldigten geschützt werden. Die Errichtung eines Strafgerichts, eine Empfehlung der Menschenrechtskommission, soll erst nach sieben Jahren in Frage kommen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob das jemals geschehen wird. Die Menschenrechtskommission schlägt die Entlassung der Kriegsverbrecher aus dem Staatsdienst vor – eine mehr als naive Vorstellung. „Der Bericht ist in keiner Weise gegen die Modjahedin gerichtet“, stellte Sima Samar weiter fest. Gegen wen denn sonst? Wenn diese grundsätzlich verschont bleiben sollen, hätte man sich die ganze Arbeit sparen können. Karsai hat versprochen, den Staatsapparat von Kriegsverbrechern zu säubern. Zugesagt hatte er auch, die

Offensive und beschworen die Destabilisierung des Landes herauf, sollte die Karsai-Administration es wagen, sie zu verfolgen.

Zahlreiche bekannte Warlords, Milizen- und Modjahedinführer und ihre Kommandanten wurden vom „Afghanistan Justice Project“, einem Zusammenschluß afghanischer und internationaler Forscher und Juristen, die seit der Talebanherrschaft diese Fälle dokumentieren, als Kriegsverbrecher eingestuft. Diese hätten „in einer besonders blutigen Phase des afghanischen Bürgerkrieges – im afghanischen Kalenderjahr 1371 (von April 1992 bis März 1993), [...] ganze Teile von Kabul zerstört, Zehntausende Zivilisten getötet oder verwundet und mindestens eine halbe Million Menschen vertrieben“. Trotzdem bekleiden sie höchste Staatsämter im Verteidigungs-, Innen- oder Justizministerium, sie fungieren sogar als persönliche Berater des Präsidenten. Dazu gehört z. B. der Rechtsberater Karsais, einer der Hauptkriegsverbrecher, der Ultra-Islamist Abdul Rasul Sayaf, Führer und Kommandant der Partei „Itehad Islami“. Er unterscheidet sich kaum von den Taleban und gehört auch heute zu den einflußreichsten Islamisten. Sayaf und seine zahlreichen Kommandanten arbeiten in den Kabuler Sicherheitsorganen wie in der Justiz und beeinflussen maßgeblich das afghanische Rechtswesen. Er ist der uneingeschränkte Herrscher des 15 km westlich von Kabul gelegenen Pagh-

Libanons „Zedernrevolution“ – eine USA-Fehlkalkulation

In ihrer nicht zu überbietenden Ignoranz gegenüber Interessen und Empfindungen anderer Nationen lassen sich USA-Präsidenten immer wieder zu Fehlkalkulationen auch und gerade im Nahen und Mittleren Osten verleiten. Das Beispiel Irak bedarf da keines Kommentars. In Libanon verrechnen sich die Vereinigten Staaten, seit sie 1957 die Zustimmung der damaligen Regierung Schamoun zur Eisenhower-Doktrin erzwangen. Der Widerstand dagegen und gegen die dann folgende Aggression des Pentagons führte 1958 zum bewaffneten Volksaufstand. Die USA-Truppen mußten abziehen. Washingtons Versuch, das Land als schwächstes Glied aus der „arabischen Front“ herauszubrechen, scheiterte in der Folge der israelischen Aggression 1982/83 genauso wie bei der Beendigung des Bürgerkrieges, als es den USA und Israel nicht gelang, Syrien aus dem Land zu drängen. Wenn Damaskus 2005 seine massive Präsenz beenden mußte, können die USA dies keineswegs für die ungebremsste Entfaltung ihrer mit der Parole einer „Zedernrevolution“ etikettierten Einmischungspolitik nutzen, um von hier aus gegen den „Schurkenstaat“ Syrien vorzugehen. Jede libanesischen Regierung, wie abhängig sie auch von den USA und vom Westen ist und wie sie diesen auch zugetan sein mag, muß im Interesse der nationalen Existenz Libanons um ein gutes Verhältnis zum großen arabischen Nachbarn Syrien bemüht sein. Das nahmen auch Washingtons Sondergesandte, z.B. beim jüngsten ersten Staatsbesuch des neuen libanesischen Ministerpräsidenten Saniora in Damaskus, zähneknirschend zur Kenntnis. Und selbst Condoleezza Rice blieb erfolglos, als sie Ende Juli während eines Blitzbesuches in Beirut, auch gedrängt von Scharon, intervenierte, um zu verhindern, daß ein Mitglied der schiitischen Amal dem

libanesischen Kabinett angehört. Amal verfügt gemeinsam mit Hisbollah über 35 der 128 Parlamentssitze.

Monate vor den turbulenten Entwicklungen des Frühjahrs und Sommers 2005 in Libanon, im November 2004, stellten Vertreter von 35 kommunistischen Parteien aus 30 Ländern auf einer Konferenz im libanesischen Tripolis fest: „Unter Mißachtung des Völkerrechts haben die USA die Rolle eines internationalen Gendarmen übernommen. Sie setzen in der UNO Resolutionen durch, die die Aktionen der US-Regierung fördern und unterstützen, wie z. B. die Resolution 1559 vom September 2004, die eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libanons und Syriens darstellte.“ (Die von den USA durchgepeitschte Resolution hob das Syrien von der UNO übertragene Mandat für Libanon auf, das für die Beendigung des Bürgerkrieges damals dringend geboten war, und forderte den Abzug der syrischen Truppen und die Entwaffnung von Hisbollah und palästinensischen Organisationen.)

Das Treffen in Tripolis fand aus Anlaß des 80. Jahrestages der Gründung der Libanesischen Kommunistischen Partei statt. In amerikanischen und israelischen Medien wurde die Zusammenkunft als „gefährliche Koalition“ diffamiert. Entsprechend dem Zweck seiner Zusammenkunft widmete sich dieses Forum in erster Linie der Situation in und um Libanon. Besondere Würdigung fand das Wirken der libanesischen Kommunisten. Unterstrichen wurde, daß die Libanesischen KP auch in den Jahrzehnten des Bürgerkrieges und der israelischen Aggression konsequent gegen äußere Einmischung, für nationale Einheit und Versöhnung aller patriotischen Kräfte, ungeachtet ihrer religiösen Zugehörigkeit, sowie für die Solidarität mit dem palästinensischen Volk eingetreten

ist. In einer Abschlusserklärung stellten die Teilnehmer fest, daß es „das Hauptziel der von den USA angeführten Kräfte ist, die gesamte Region und ihre Schätze, insbesondere das Erdöl, unter ihre Kontrolle zu bringen und die geopolitische Karte der Region umzugestalten.“ Die Erklärung verurteilt „den organisierten Staatsterrorismus, wie er von Israel und den USA in Palästina und Irak ausgeübt wird“. Die Delegierten unterstrichen „ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für Selbstbestimmung und die Schaffung eines souveränen und unabhängigen Staates mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem, wie auch das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat“. Zugleich „verurteilten sie die Politik Scharons, die darauf gerichtet ist, die geographische und demographische Lage in den okkupierten Gebieten durch Unterdrückung und Aggression im Interesse der Zionisten zu verändern“. Sie befürworteten „gemeinsames Vorgehen gegen den Trennungswall“ und „forderten die Realisierung der Resolutionen der UNO zur Palästina-Problematik, insbesondere der des Sicherheitsrates zur Überwindung der Folgen der israelischen Aggression von 1967 und des Krieges von 1973“. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, den Nahen und Mittleren Osten, wo allein Israel über nukleare Waffen verfügt, in eine sichere Zone ohne Massenvernichtungswaffen zu verwandeln. Die Konferenz verurteilte „die Massaker der US-Okkupanten am irakischen Volk“ und forderte, die Aggression gegen Irak zu beenden.

Die Konferenzteilnehmer erklärten sich solidarisch mit dem libanesischen Volk und dessen Kampf um den Aufbau und die Souveränität des wiedervereinigten Landes. Sie „forderten den völligen Rückzug der israelischen Truppen von libanesischem Gebiet“.

Was für einen schwierigen Weg die demokratischen und patriotischen Kräfte Libanons noch vor sich haben, zeigen die Entwicklungen des Jahres 2005: Die USA, unterstützt von weiteren NATO-Staaten, von Israel und den mit ihnen verbundenen Kräften im Land und in den Nachbarländern, lassen nichts unversucht, Libanon in ihr Konzept der Unterwerfung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens einzuschnüren. Die Parlamentswahlen und die folgende Regierungsbildung waren von massivster amerikanischer Einmischung und politischen Morden wie den Attentaten auf den früheren Ministerpräsidenten Hariri und den ehemaligen Generalsekretär der Libanesischen KP Hawi sowie von antisyrischer Hysterie geprägt. Nicht zuletzt soll damit auch der Druck auf Damaskus erhöht und Militäraktionen gegen Syrien näher gekommen werden.



Grafik: Mohammed az-Zawawi at-Tarhuni

Der Prozeß aller Prozesse

Als der ehemalige Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien Slobodan Milosevic am 28. Juni 2001 in einer Nacht- und Nebelaktion, durchgeführt im engen Zusammenwirken zwischen der Belgrader Regierung unter Zoran Djindjic, der NATO und ihren Geheimdiensten, unter Bruch der jugoslawischen Verfassung nach Den Haag entführt wurde, atmte die Chefanklägerin des sogenannten Jugoslawien-tribunals, Carla del Ponte, erleichtert auf: „Das war sehr gut organisiert, das ist sehr richtig gelaufen.“ Ein namentlich nicht genannter Gerichtssprecher erklärte: „Dies wird der Prozeß aller Prozesse.“

Das Verfahren begann siebeneinhalb Monate später am 12. Februar 2002, in dem in grelles Licht getauchten, mit hochmoderner Computertechnik ausgestatteten Gerichtssaal des Tribunals am Churchillplatz Nr. 1. Von seiner ersten Minute an erwies es sich als ein Gerichtsspektakel, wie es grotesker nicht sein konnte.

Das „Internationale Tribunal zur Verfolgung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien“ basiert im Unterschied zu dem jetzt gegründeten, von den USA boykottierten Internationalen Strafgerichtshof (ICC) auf keiner zwischenstaatlichen Konvention, sondern lediglich auf einem unter Druck Washingtons und Berlins herbeigeführten Beschluß des UN-Sicherheitsrates. Kein Staat der Erde hat jedoch per se oder per UN-Charta einem internationalen Gremium eigene Strafhoheit übertragen. Das Haager Tribunal wurde völkerrechtswidrig gegründet, seine Gründung erfolgte unter Bruch der UN-Charta, es ist illegitim.

Die wichtigsten Akteure bei der Gründung des Tribunals waren jene Staaten, die mit ihrer Einmischungspolitik die größte Verantwortung für die Zerschlagung Jugoslawiens und die Auslösung der grausamen Bürgerkriege tragen. Die Ex-Außenminister der USA und der BRD Albright und Kinkel konkurrieren um das Urheberrecht am Tribunal. Der unvergessene NATO-Sprecher Jamie Shea erklärte 1999: „Die NATO-Länder haben die Mittel bereitgestellt, um das Tribunal einzurichten ... Wenn (die damalige Chefanklägerin) Frau Arbour Ermittlungen führt, dann macht sie das, weil wir es ihr erlauben.“

Das Tribunal nennt sich international, in Wahrheit ist es ein Gericht der NATO; nicht nur aufgrund der Initiative zu seiner Gründung, seiner Zielsetzung, seiner Hauptfinanziers, sondern auch angesichts seiner personellen Zusammensetzung. Präsident ist der US-Bürger Theodore Meron, Vorsitzender Richter im Prozeß gegen Milosevic war bis zu seinem Tode der Brite Richard

May, jetzt ist es der Jamaikaner Patrick Robinson; diensthabender Ankläger, der Carla del Ponte ständig im Prozeß vertritt, ist der Brite Geoffrey Nice.

Milosevic wird der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kosovo beschuldigt. Später wurde die Anklage auf Kroatien und Bosnien, hier sogar wegen Völkermordes, erweitert. Erhoben wurde sie am 27. Mai 1999, während der Aggression gegen Jugoslawien, wenige Tage nach der NATO-Raketenattacke auf das Dragisa-Misovic-Krankenhaus in Belgrad und drei Tage vor dem Terrorangriff auf die Morava-Brücke in Varvarin. Verantwortliche für diese Kriegsverbrechen, so der damalige NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Wesley Clark, und der seinerzeitige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Klaus Naumann, traten vor dem Tribunal als Hauptzeugen der Anklage auf.

Das Haager Tribunal wird häufig mit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen verglichen. Dabei gibt es viele Unterschiede. Der Hauptunterschied besteht darin, daß in Nürnberg die Sieger der Antihitlerkoalition über die Aggressoren zu Gericht saßen. In Den Haag ist es umgekehrt: Hier richten die Aggressoren, die Jugoslawien überfallen haben und in 78 Tagen Luftbombardements mehr Sprengstoff abwarfen als während des ganzen Zweiten Weltkriegs im damals wesentlich größeren Jugoslawien gezündet wurde, über den Präsidenten des angegriffenen Staates. Das hielt Carla del Ponte nicht davon ab, zum Prozeßauftakt zu erklä-

ren: „Dieses Tribunal und dieser Prozeß demonstrieren machtvoll, daß niemand über den Gesetzen steht und niemand der internationalen Justiz entkommt.“

Mißachtet wird das selbst im Statut des Tribunals enthaltene fundamentale Rechtsprinzip der „Waffengleichheit“ zwischen Anklage und Verteidigung. Der eingekerkerte Milosevic hat Zugang zu Telefon, Fax und einem PC. Ihm zur Seite stehen zwei juristische Berater, die sich monatlich ablösen, ein serbisches und ein internationales Solidaritätskomitee, beide finanzschwach. Der Angeklagte selbst verfügt über keinerlei finanzielle Fonds. Der Zugang zu den Staatsarchiven seines Landes ist ihm im Unterschied zur Anklage verwehrt. Ihm gegenüber stehen das gesamte Gericht mit seinen 1248 Beschäftigten und seinen unerschöpflichen finanziellen Mitteln – bereits nach drei Jahren hatte der Prozeß über 500 Millionen Dollar verschlungen – sowie die Regierungen der NATO-Staaten mit ihren öffentlichen und geheimen Diensten. Gemeinsam mit den jetzt in Belgrad Herrschenden üben sie auf den schwer herzkranken NATO-Gefangenen durch eine Hexenjagd auf seine nächsten Angehörigen, die ihn nicht besuchen dürfen, zusätzlichen psychischen Druck aus. Während die Anklage den Prozeß jahrelang vorbereitete, wurden Milosevic nur wenige Monate zur Vorbereitung seiner Verteidigung eingeräumt, in der er u. a. eine Million DIN-A4-Seiten „Beweismaterialien“ der Frau del Ponte durchsehen soll. So sieht er aus, der „faire Prozeß ... nach den höchsten Standards“, wie der Tribunalvorsitzende das Verfahren anzukündigen beliebte.

Zum Prozeßauftakt waren 1200 Medienvertreter aus aller Welt angereist, nur wenige Auserwählte konnten im Gerichtssaal Platz nehmen, die übrigen verfolgten das Geschehen in Nebenräumen. Als die Anklage verlesen wurde, bestimmte das Verfahren gegen den „Schlächter des Balkans“, den „Belgrader Unhold“ die Schlagzeilen. Inzwischen wird der „Prozeß der Prozesse“, mit Ausnahme einiger linker Blätter, nahezu totgeschwiegen. Aus dem beabsichtigten Schau-prozeß ist ein Geheimprozeß geworden.

Die merkwürdige Stille um das Verfahren hat ihre Ursachen. Schon nach der Eingangserklärung Milosevics war die Anklage de facto zusammengebrochen. Auch keiner der 300 Zeugen, die die Chefanklägerin an mehr als 250 Verhandlungstagen aufmarschieren ließ, konnte sie stützen. In den vom Ex-Präsidenten, der sich selbst verteidigt, geführten Kreuzverhören brachen ihre Anschuldigungen trotz fortwährender Hilfestellung der Richter zusammen.

Ralph Hartmann

(Aus „Akzente“, Nr. 98)



Belgiens PTB praktiziert unentgeltliche Medizin für das Volk

Der Arzt und Kommunist Kris Merckx (Foto) ist der Gründer und Motor der seit fast 35 Jahren bestehenden belgischen Gesundheitsfürsorge-Bewegung „Medizin für das Volk“. Sie wurde am 3. Januar 1971 mit dem ersten zu diesem Netzwerk gehörenden Ärztehaus ins Leben gerufen. Heute bestehen elf solche Einrichtungen, in denen kommunistische Ärzte ihre Patienten unentgeltlich behandeln. Die Sätze für Diagnose und Therapie, die auf hohem Niveau erfolgen, werden den beteiligten Häusern mehrheitlich nach den Tarifen der Krankenkasse erstattet. „Médecine pour le Peuple“ kämpft nicht nur gegen die Symptome einzelner Krankheiten, sondern zugleich auch gegen deren soziale Ursachen: schlechte Arbeitsbedin-

gungen, mangelnden Gesundheitsschutz, Luftverschmutzung und das Elend, das der Kapitalismus hervorbringt.

Nach jahrelangen Bemühungen konnten inzwischen acht der elf linken Ärztehäuser Verträge mit der Krankenkasse abschließen. Sie stellen sicher, daß ihre Patienten keinen Euro zuzahlen müssen. Andererseits aber ist die Behandlung in Hospitälern und bei Spezialisten in Belgien sehr teuer. 1977 sahen 8 % der Landesbürger aus finanziellen Gründen von Arztbesuchen ab, 2004 waren es nach einer Studie der Brüsseler Universität bereits 20 %.

In dem Königreich gibt es heute 90 000 Patienten, die durch das System der Pauschalversorgung erfaßt werden. Neben



Interesse für RF-Artikel in Tschechien und Griechenland

Die von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) herausgegebene Wochenzeitung „nase Pravda“ veröffentlichte unlängst, wie uns deren Leser Dr. Hans Lindemann aus Erkner mitteilte, zwei Materialien aus dem „RotFuchs“: den Artikel von Dr. Bernhard Majorow „Scheitern oder Niederlage?“ und einen Beitrag von Bernd Fischer über Bushs Politik gegen Iran. Die „RotFuchs“-Übersetzungen erschienen zusammen mit Nachdrucken aus „People's Weekly World“ (USA) und der „Zeitung vom Letzeburger Vollek“ (Luxemburg) auf einer Seite unter der Überschrift „Mit dem linken Auge auf die Welt“. Der RF wurde den Lesern als „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ vorgestellt.

Am 28. August druckte „Rizospastis“ – das Zentralorgan der KP Griechenlands (KKE) – den „RotFuchs“-Artikel Klaus Steinigers zum Tode des KKE-Ehrenvorsitzenden Harilaos Florakis. In der Vergangenheit hatten wiederholt RF-Beiträge das Interesse dieser Zeitung hervorgerufen.

R. F.



Der „RotFuchs“ gratuliert seinen treuen Mitgliedern herzlich zu ihren runden Jubiläen

Dr. Dorothea Dietrich aus Berlin wird am **11. Oktober 85 Jahre**.

Wir ehren die **75er**

Dr. Hans-Joachim Küstner (**21. Oktober**) und

Kurt Bredl (**27. Oktober**), beide aus Magdeburg.

Seinen **70. Geburtstag** begeht Hans Werner Maczkiewitz (**5. Oktober**) aus Würselen.

In die Reihe der **65er** rücken auf:

Dr. Ute Kaden (**18. Oktober**) aus Magdeburg und

Friedrich Seibert (**29. Oktober**) aus Rostock.

Alle Vereinsveteranen grüßen wir in Verbundenheit.

den kommunistischen Ärztehäusern, die etwa 20000 Menschen betreuen, bestehen 40 weitere Einrichtungen kostenloser Versorgung und Behandlung.

Wie hoch das Ansehen des Netzwerks „Medizin für das Volk“ inzwischen ist, veranschaulicht die Tatsache, daß sich z. B. die Mitglieder der Vereinigung der Hausärzte von Hoboken regelmäßig zu ihren Beratungen im „roten“ medizinischen Zentrum der Stadt treffen, nachdem sie selbst oder ihre Vorgänger diese Einrichtung zunächst entschieden abgelehnt hatten.

Kris Merckx berichtete in einem Interview mit der Wochenzeitung „Solidaire“, der Erfolg der Bewegung sei dem Umstand geschuldet, daß sich die alternative Konzeption der Partei der Arbeit Belgiens (PTB), die jede Profitmacherei bekämpfe, prägnant in ihrer Gesundheitspolitik niederschläge.

Dieser Bericht soll nicht den Eindruck erwecken, als ob sich in einem von Rechten regierten Mitgliedsstaat der EU die Dinge zum Positiven veränderten. Das ganze Gegenteil ist der Fall. Nach wie vor schreitet auch in Belgien der Prozeß der Privatisierung des Gesundheitswesens rasch voran. Allein in Antwerpen wurden 2004 acht städtische Krankenhäuser in Privateigentum umgewandelt.

Auf die Frage, ob die medizinische Betreuung ohne Kosten für die Patienten unter diesen Umständen nicht weltfremd und unrealistisch sei, antwortete Merckx, er habe nichts von jenem Idealismus verloren, der ihn und seine Genossen vor mehr als 30 Jahren beseelt habe. Jetzt gehe es um die Ausweitung der Pauschalbetreuung auf die Krankenhäuser und darum, auch die Fachärzte in das System der unentgeltlichen Versorgung einzubeziehen, die durch die Kasse abgedeckt werden müsse.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Konrad Wolf im Visier

Am 20. Oktober würde Konrad Wolf seinen 80. Geburtstag begehen. Der Regisseur und Präsident der Akademie der Künste der DDR starb hochgeehrt im Alter von nur 56 Jahren an Krebs.

Unterstützt von der DEFA-Stiftung, dem Filmmuseum Berlin, dem Progress-Filmverleih und 3sat erschien Anfang des Jahres im Aufbau-Verlag eine umfangreiche Biographie („Der Sonnensucher Konrad Wolf“). Die Autoren sind die beiden Mitarbeiter des Filmmuseums Berlin am Potsdamer Platz Wolfgang Jacobsen und Rolf Aurich. Am 22. März wurde das Buch vom Verlag und den Autoren im Filmhaus im Sony-Center vorgestellt. Zahlreiche Freunde und Filmschaffende waren erschienen.

Das erste Erstaunen setzte ein, als die Autoren bekannten, daß sie sich für die Filme der DEFA und auch die von Konrad Wolf vor der „Wende“ eigentlich nicht interessiert haben. Warum nun gerade diese beiden Autoren den Auftrag vom Aufbau-Verlag erhielten und kein Kenner der Filme und des Menschen Konrad Wolf, bleibt unklar. Wenn man das Buch zum ersten Mal in die Hand nimmt, setzt sehr bald Ernüchterung ein. Es hat 590 Seiten. Über Wolfs Arbeit für den Film – beginnend mit seiner Zeit am WGIK in Moskau – wird erst ab Seite 239 berichtet. Es bleiben noch 230 Seiten für sein künstlerisches Lebenswerk, dann folgen 120 Seiten Anhang. Um die von den Autoren vorgenommene Gewichtung zu erkennen, braucht man sich nur den Bildteil anzusehen: Das Buch hat gerade mal 26 Fotos, davon sind vier Fotos aus drei Filmen.

Kommen wir zum Kern. Der Filmregisseur Konrad Wolf bleibt den Autoren bis zum Ende des Buches fremd. Sie entwickeln keinerlei Anerkennung oder gar Sympathie für ihn. Es ist meiner Meinung nach einmalig in der Filmliteratur, daß einem Regisseur seine Befähigung als Regisseur abgesprochen wird. Die Autoren unterstellen Konrad Wolf, daß er immer nur Filme im Dienste der Partei gedreht hat, also reiner Agitator war. So bleiben im gesamten Buch nur ca. 80 Seiten, die sich mit den Filmen von Konrad Wolf

beschäftigen, der Rest besteht aus Erklärungen zur politischen Situation in der DDR. Jacobsen und Aurich übernehmen kritiklos die Aussagen und Wertungen von BRD-Politikern und -Publizisten über die DDR aus der schlimmsten Zeit des Kalten Krieges. Institutionen der DDR wird das Wort „sogenannt“ vorangestellt, und der Name „Wismut“ sogar als „Tarnname“ bezeichnet. Es ist klar, daß sie den meisten Filmen nicht mehr als zwei Seiten widmen: eine Seite Inhalt – der Rest die politische Bedeutung. Die künstlerische Umsetzung wird nicht gewürdigt.

Über die besondere Wichtigkeit eines Filmes wie „Lissy“ für die neue Sicht im antifaschistischen DEFA-Film – kein Wort. In den Filmen „Sterne“ und „Professor Mamlock“ scheint es keine Schauspieler zu geben, es wird jedenfalls niemand erwähnt. Gerade die Verfilmung des Theaterstücks seines Vaters Friedrich Wolf war eine Herzensangelegenheit für Konrad Wolf. Die besten Schauspieler des Deutschen Theaters, mit Wolfgang Heinz an der Spitze, standen für den „Mamlock“ zur Verfügung. Auch die grandiosen Bildfindungen werden ignoriert. Bei fast allen Filmen kommen nur westdeutsche Kritiker zu Wort, die meist eine grundlegende Distanz zu DEFA-Filmen hatten.

Den absoluten Tiefpunkt des Buches bildet das Kapitel über den Film „Ich war 19“, den wohl persönlichsten Film Konrad Wolfs. Es endet mit dem Zitat „Ein lähmender Film, der den Zuschauern nichts läßt, was sie selbst noch denken können: eine Schule der Lethargie. Man spürt das Kollektiv der Zensoren. Der Film ist wie für sie gemacht, für sie muß er geradezu erhebend sein.“ (S. 333) ...

Heinrich Gebauer

Berliner Luft durchweht seine Werke Zum Tode E. R. Greulichs

Der Schriftsteller Emil Rudolf Greulich – vielen unter dem Kürzel ERGE in Erinnerung – verstarb am 31. August 2005, wenige Wochen vor seinem 96. Geburtstag, in Berlin-Bohnsdorf. Sein Lebenswerk, das er in weit über 50 Jahren vorlegte, ist breit gefächert und reicht von der Glosse, Reportage, Anekdote, Erzählung, dem Kabaretttext, Gedicht, Abenteuerroman bis zum Roman. Greulich scheute sich nie, für den Tag zu schreiben, so daß er auch in vielen Zeitungen als Publizist etwas zu sagen hatte, wie in „Wochenpost“, „Sonntag“ und „Berliner Zeitung“.

Nachdem er 1942 die Strafdi- vision 999 in Tunis überstan- den hatte, aus ihr geflohen war, und in mehreren Gefangen- enlagern der USA gelebt hatte, wirkte er von 1946 bis 1949 als Lektor im Dietz-Verlag. Greulich leitete 1948/49 das Kabarett „Frischer Wind“ im „Haus Vaterland“ und später im „Haus am Kastanienwäldchen“, für das er teilweise Sketche und Texte selbst schrieb. Er zählte neben Walther Victor und Rudi Wetzel zu den Grün- dern der „Wochenpost“, für die er Reportagen verfaßte. Der Autor setzte sich in der Reihe „Das neue Abenteuer“ für eine humanistische Abenteuerlite- ratur ein, für die er etliche authentische Berlin-Geschich- ten schrieb. Unzimperlich und satirisch näherte er sich Unzulänglichkeiten im Lande in seinen Texten für die DEFA- Reihe „Das Stacheltier“ wie „Das Gold in der Ackerstraße“. Seine Erfahrungen als gestan- dener Schriftsteller vermittelte er als Leiter eines Zirkels schreibender Lehrer.

Sein Pseudonym ERGE wur- de zum Inbegriff für heitere Kurzgeschichten, Glossen und

Grotesken. Er schrieb Kurz- prosa in seiner bestechenden und unverwechselbaren Art. Greulich zählt neben Franz Carl Weiskopf und Georg W. Pi- jet zu den Wiederbelebern der Anekdote, wovon seine sechs Anekdotenbände zeugen, wie „Amor im Glashaus“ und „Hin- ter vorgehaltener Hand“. Der Autor erwies sich auf Grund seiner satirisch-humorigen Ader, seiner lebenswahren Erzählkunst und Geschichtser- fahrung als exzellenter Anek- dotenvermittler. Verwiesen werden muß auf seine drei biographischen Romane über Karl Liebknecht („Der an- onyme Brief“), Artur Becker („...und nicht auf den Knien“) und Anton Saefkow („Keiner wird als Held geboren“). In seinem autobiographischen Roman „Des Kaisers Waisen- knabe“ gelang es Greulich, in originellen Lebensbildern und aus seinen individuellen Erfahrungen im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts Zeitty- pisches speziell aus Berlin vorzustellen, wie Details aus dem Alltag, technische Neue- rungen, Kinderspiele, zeitge- nössische Wendungen und anderes. Später folgte erfreu- licherweise noch der zweite Band „Sturm und Drang des Waisenknaben“ (2002) in 24 oft anekdotisch zugespitzten Kapiteln. In ihnen erzählte er seine Lebensgeschichte von ungefähr 1920 bis 1933 vor dem Hintergrund des dama- ligen Berliner Kulturlebens. Farbig und plastisch schil- derte er jene bewegte Zeit und den Alltag in der Arbeiterwoh- nungsbaugenossenschaft „Pa- radies“ sowie seine Lehrjahre als Schriftsetzer.

Vor längerem arbeitete Greu- lich am dritten Band, in dem er seine Erlebnisse im Wider- stand gegen Hitler, im Gefängnis, im Strafbataillon 999, in amerikanischer Gefangenschaft und 1946 im zerbombten Berlin erzählen wollte. E. R. Greulich galt zu Recht als Zeuge des bewegten 20. Jahrhunderts, zumal er seit dem Kaiserreich beide Weltkriege und alle deutschen Gesellschaftsformationen durchlebte. Sein Lebenswerk durchweht auf anrührende Weise immer wieder Berliner Luft.

Dieter Fechner

Abschied von EOS

Am 31. August ist der langjährige Chefredakteur der beliebten DDR-Wochenzeitung Horizont,

Genosse Ernst-Otto Schwabe, verstorben.

Wir trauern um einen treuen Kommunisten und guten Freund des RF, der uns mit solidarischer Kritik und ständiger Ermutigung begleitet hat.

Leserbriefe an RotFuchs



Griechenland wird in diesem Jahr von mächtigen Klassenschlachten erschüttert. Mehrere Generalstreiks zeigten die Kraft der Kommunistischen Partei, der revolutionären Arbeiterzentrale P.A.M.E. und der anderen Gewerkschaften. Die diesjährigen Kampfkaktionen richteten sich besonders gegen die neue Arbeitszeitregelung. Bis jetzt galt generell der Achstundentag. Nach dem neuen Gesetz kann ein Unternehmer, wenn der Betrieb viel zu tun hat, seine Mitarbeiter bis zu 12 Stunden beschäftigen, ohne daß Überstunden bezahlt werden müssen. Wenn wenig zu tun ist, kann er seine Leute nur 4 bis 6 Stunden dabeihalten. Das nennt man Flexibilität. Überstunden werden mit 70 bis 100 % vergütet, während bisher 120 bis 250 % gezahlt wurden. Der zweite Grund des letzten Generalstreiks war der Sozialversicherungsvertrag. Bislang galt folgendes: Nach 35 Arbeitsjahren konnte man im staatlichen Sektor, unabhängig vom Lebensalter, in Rente gehen, im Privatbereich nach Vollendung des 65. Lebensjahres (Frauen mit 60). In gesundheitsschädigenden und schweren Berufen war die Grenze 58 bzw. 55 Jahre. Von nun an gilt für Männer und Frauen gleichermaßen 65. Während des Sommers hat die Regierung eine Flut von antidemokratischen und antisozialen Gesetzen verabschiedet. Mit dem Generalstreik, der ein voller Erfolg war, wurde ihr vor Augen geführt, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten kampfbereit ist.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Nachdem wir im vergangenen Jahr in Distomo als erste deutsche Künstler an den Feierlichkeiten zum Gedenken an die vielen durch Nazi-Soldaten ermordeten Einwohner teilgenommen hatten, wurden wir – die Gruppe Quijote – auch in diesem Jahr wieder nach Griechenland eingeladen, um zwei Konzerte zu geben. 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gaben uns diese Auftritte mit deutschsprachigen Interpretationen von Liedern des Komponisten Mikis Theodorakis (der vor wenigen Wochen 80 wurde) in Griechenland das Gefühl, Brücken zu schlagen: die Lieder des großen Griechen in deutschen Übertragungen, an Orten des Grauens – verursacht durch Deutsche –, bejubelt von einem griechischen Publikum.

Sabine Kühnrich und Ludwig Streng, Chemnitz

Daß die ehemalige PDS auf „Sozialismus“ verzichtet, scheint ihrem nichtehemaligen, europäisierten Chefideologen André Brie nicht zu genügen. Er war ja schon immer dem „Zeitgeist“ voraus. Deshalb verlangt er auch nicht, den „Neoliberalismus“ mit sozialistischen, sondern mit „modernen realistischen Alternativen“ herauszufordern (nicht etwa zu bekämpfen!). Das ist der „jungen Welt“ vom 20./21. August zu entnehmen. Brie wirft ausgerechnet der PDS und der WASG irgendeine „parteikommunistische Orthodoxie“ vor, mit der „heute kein Blumentopf mehr zu gewinnen“ sei. Er verlangt andererseits, endlich auch die „Macht- und Eigentumsfragen“ (von denen die PDS ja wirklich genauso weit entfernt ist wie die SPD) wieder offensiv zu stellen. Daß die Kommunisten als erste und am konsequentesten die Macht- und Eigentumsfrage nicht nur stellten, sondern sogar schon lösten, hat er offensichtlich vergessen.

Gerhard Naumann, Berlin

Manfred Sohn (RF 92) hat recht: Es ist unsere große geschichtliche Aufgabe, eine Partei zu bilden entlang der Hauptlinien des Kommunistischen Manifestes. Hat er auch recht, wenn er sagt, daß Leninisten an die Linkspartei tunlichst nicht die Meßlatte anlegen sollen, ob sie die

Eigentumsfrage in den Mittelpunkt stellt? Ich glaube, hier irrt Manfred Sohn. Die Leninisten, die ja Marxisten sind, müssen schon sagen, daß die Linkspartei die Eigentumsfrage nicht ins Zentrum rückt. Daß dies der Grund ist, weshalb die Partei bei aller Absicht die Grausamkeiten des Kapitalismus nicht bekämpfen kann, selbst wenn sie es wollte. So vorzugehen bedeutet nicht, sich von der Linkspartei einfach zu distanzieren; es bedeutet nur, daß man weitergehen muß, daß man keine politischen Illusionen nährt. In einer Zeit, in der von offizieller Seite alles getan wird, damit die Millionen den Unterschied zwischen Marxismus und Reformismus, d. h. einer Politik, die nach Auswegen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sucht, aus den Augen verlieren sollte – wie es das Kommunistische Manifest fordert – die Eigentumsfrage unbedingt in den Mittelpunkt gestellt werden. Denn darum dreht sich nun einmal der Klassenkampf von oben wie von unten.

Herbert Münchow, Leipzig

Parteimitglieder der WASG haben am 18. September auf den offenen Listen der Linkspartei.PDS kandidiert. Ich möchte vor allem Oskar Lafontaine und Ulrich Maurer nennen. Soweit personell, doch wohin wandelt sich die Linkspartei programmatisch? In ihrem jetzigen Programmentwurf kommt das Wort Sozialismus nicht einmal vor! Wird sie also eine sozialistische Partei im deutschen Partienspektrum oder eine Art „linkssozialdemokratische Partei“, wie es die Absicht von Gysi und Brie ist, die sie bereits seit 1990 verfolgen?

Ähnliche Vorstellungen hat wohl auch Lafontaine, wenn man dem Magazin „Panorama“ (Sendung vom 4. 8. 2005, ARD) Glauben schenken darf. Dort wurde sogar der Verdacht geäußert, er wolle sich an die Spitze der Linkspartei setzen, um diese mit der SPD zu vereinigen; natürlich dann insgesamt unter seiner Führung. Die Eigentumsfrage wird offensichtlich nicht mehr gestellt. Die Linkspartei hat scheinbar ihren Frieden mit dem System geschlossen wie die Aussage von Petra Pau belegt, die sagte, in Berlin habe die Partei bewiesen, daß sie den Kapitalismus besser verwalten könne als andere. Da ist die PDS wohl im Windschatten der SPD etwas nach rechts gerückt.

Ich selbst bin seit August 1992 in der PDS aktiv und kann aus eigenen Erfahrungen schöpfen. An meinem neuen Wirkungsort Bochum – 2001 hatte ich in Hannover kandidiert – gibt es offensichtlich kein großes Interesse an einer Zusammenarbeit linker Parteien. Bei den NRW-Kommunalwahlen wollte die PDS hier eigenständig antreten. Die DKP brachte sich in eine „Soziale Liste Bochum“ ein. Diese errang immerhin 5 Stadtrats- und Bezirksvertretungsmandate. Sie wurde von 4500 Wählerinnen und Wählern als Alternative wahrgenommen und unterstützt. Wenn man bedenkt, daß das Bündnis nur acht Monate vor der Wahl gegründet worden war, ist das ein beachtlicher Erfolg!

Die politische Landschaft in Deutschland wird sich auf jeden Fall durch eine neue Linkspartei verändern. Spannend bleibt aber, wie sich diese selbst entwickelt. Entspricht sie die KPF oder bindet sie weitere fortschrittliche linke Kräfte ein? Letzteres ist zu hoffen, aber leider nicht wahrscheinlich.

Elmar Kiefert, Bochum

Nach der Lektüre der August-Ausgabe des RF frage ich mich, ob es prinzipiell und gerade in dieser Zeit zweckmäßig und taktisch klug ist, das neue Linksbündnis, namentlich die PDS, ausgerechnet von dieser Tribüne aus so frontal anzugreifen. Meiner Meinung nach ist das ein grober Fehler. Der Autor Dr. Ernst Heinz metaphorisiert über ein zu erwartendes Versagen der Linksfrente in einem Bundesparlament und bemüht Engels, um das Zerschellen einer möglichen Linksoption zu prophezeien. (...) Auch Inhalte anderer Beiträge der August-Ausgabe rufen bei mir Bedenken hervor. Ist es nicht untaktisch, immer wieder und substantiell von der „Diktatur des Proletariats“ und der Überwin-

dung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu sprechen?

Wolfgang Willms, Weida

Den „RotFuchs betrachte ich als meine politische Heimat – auch der Verfassungsschutz möge das ruhig zur Kenntnis nehmen. Mich beeindruckten besonders die Tiefgründigkeit und wissenschaftliche Exaktheit der meisten Beiträge, wobei auch die Lektüre der reichhaltigen Leserpost interessant ist. Für mich gibt es Anstoß zum historischen Vergleich mit der „Iskra“ und die Bestätigung der selbstgestellten Aufgabe, für Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch Inspirator zu sein. Aktuell bewegen mich natürlich die Ergebnisse der Bundestagswahl. Uns blieb keine andere Möglichkeit, als die Linkspartei.PDS zu wählen. Diese halblinkle Partei ist leider die einzige, die auf einige notwendige Veränderungen bei uns hinwies und gleichzeitig Chancen auf den Einzug in den Bundestag hatte.

Helge Tietze, Bautzen

Wenn man Gysi und Lafontaine reden hört, könnte man meinen, daß die künftige vereinigte Linkspartei in Deutschland SPD heißen soll. Das könnte jedoch nur auf der Basis des im Jahre 1891 beschlossenen Programms der SPD und im Geiste von Wilhelm Liebknecht und August Bebel geschehen, auf keinen Fall aber mit Führungskräften der SPD von heute.

Manfred Wolff, Potsdam

Man darf die Politik nicht den Politikern überlassen, sagte einmal ein kluger Kopf. Seine Warnung läßt sich allgemein auf jene Parteien erweitern, die im Prinzip eine Art politischer Standesorganisation, um nicht zu sagen Mafia, bilden. Diese Makler der politischen Macht verhandeln mit den Lobbyisten aus Wirtschaft und Oligarchie, deren Herrschaft von keinem zeitlich befristeten Mandat abhängt. Letztere sind die tatsächlich und dauerhaft Mächtigen, die von Politikern umgarnt werden. Der Wähler gilt nur in der Masse etwas – als Quantität. Deshalb ist der politische Erfolgstyp ein Populist, was etwas über seine Egostärke und schauspielerische Verstellungskunst aussagt. Immerhin hat sich herumgesprochen: Ein guter Politiker muß ein geschickter Lügner sein. Wer das nicht kann und nicht gerade ein Gandhi oder Nelson Mandela ist, hat in den oberen Etagen des Politmetiers nichts zu suchen.

Frank-Reginald Evertz, Sibiu (Rumänien)

Wer von den Rufern nach freien Wahlen im Herbst 89 hat wohl auch nur annähernd eine Vorstellung davon besessen, was sich ihm heute als Freiheit und Demokratie bürgerlicher Prägung darstellt? Was für viele einst der Schritt zu wirklicher Freiheit und Demokratie sein sollte, erweist sich als ein Fall in den tiefsten Sumpf verlogenen, scheinheiligen Demokratiegehabes. Damit nicht genug. Auf das übelste beschimpft und verleumdet wurden all jene, die nichts anderes taten, als aus ihren Erfahrungen und Lebensbedingungen heraus ein Wahlverhalten zu signalisieren, das den Erwartungen des Kapitals und seiner demoskopischen Befragungen nicht so entsprach.

Als große Teile der DDR-Bevölkerung ihrem Unmut freien Lauf ließen und die dortigen Lebensverhältnisse lautstark beklagten, da wurde dies wohlwollend honoriert und kräftig befördert. Die gruseligsten und schwärzesten Schilderungen zum Dasein in der DDR erfuhren höchste Anerkennung. Ein gerüttelt Maß des Drecks und Schlamms, mit dem nicht wenige um sich geworfen haben, fällt nun auf sie selbst zurück.

Roland Winkler, Remseck

Der 18. September war zwar spannend, aber die Machtverhältnisse wurden dadurch nicht angetastet, wodurch die Erwartungen vieler Menschen zerschellten. Ich habe keine Illusionen. Meine ursprünglichen Hoffnungen, daß sich die PDS zu einer revolutionären Kampfpartei entwickeln könnte, waren in den letzten drei Jahren nicht mehr vorhanden. (...)

Ich finde, daß Manfreds Sohns Artikel „Marxismus und Linkspartei“ sehr real das Kräfteverhältnis umreißt. Er verdeutlicht, daß die ehrlichen Genossen 1989/90 eine schwere Niederlage hinnehmen mußten. Ich meine dabei vor allem Kommunisten mit und ohne Parteibuch.

Ich begrüße die Grundsatzdiskussion zum Standpunkt Gerhard Feldbauers und schließe mich der Meinung Bertholds und Steinigers an. Die Zeit ist einfach nicht reif, und es ist keine revolutionäre Situation vorhanden, so kurz nach unserer Niederlage und bei geringem Masseneinfluß eine revolutionäre Partei von benötigter Dimension zu bilden.

Hans-Joachim Hartlieb, Lotte, NRW

Derzeit ist es geboten, der Zersplitterung der Linkskräfte entgegenzuwirken. Viele sind von den bestehenden linken Parteien, einzelnen ihrer örtlichen Gliederungen oder Personen enttäuscht. Der „RotFuchs“ und der Förderverein befinden sich auf dem richtigen Weg, indem sie als Sammlungsbewegung wirken. Es muß die schwierige Aufgabe bewältigt werden, die Balance zu finden, um einerseits nicht in die Sozialdemokratie und andererseits nicht ins Linkssektierertum abzudriften. Daher ist derzeit die Idee, eine weitere kommunistische Partei gründen zu wollen, absurd.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Mich enttäuscht die Feststellung des Vorstandes, daß jemand, der in Sorge um das Fehlen bzw. die Schaffung von Voraussetzungen für eine marxistisch-leninistische Partei in der BRD seine eigenen Gedanken interpretiert, die sich im Gegensatz zu denen des Vorstandes befinden, deshalb auf einem „anderen Pferd“ sitzen soll. Schließlich ist die Zeit überreif, daß man darüber diskutiert, ohne diesen Prozeß schon mit Tempo voranzutreiben. Man muß seine Gedanken in diesem Verein äußern dürfen, z. B. zum Thema nichtrevolutionäre oder revolutionäre Situation bzw. Herbeiführen einer solchen.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Zur Debatte Feldbauer-Berthold/Steiniger gleich vornweg: Es ist bedauerlich, daß in einer so wichtigen Frage nicht alle an einem Strang ziehen. Ich schätze die Aufsätze von Dr. Feldbauer. Sein Standpunkt wird von mir respektiert, obwohl ich in der Sache selbst völlig anderer Meinung bin. In seinen Ausführungen steckt mir zu viel Wunschenken. Irgendwie erinnert mich sein Standpunkt an das Auftreten der MLPD, die sich als Partei der „reinen Lehre“ darstellt. Bei einer Diskussion auf dem Berliner Hermannplatz hatten wir mit Mitgliedern der MLPD einen Disput. Wir warfen ihnen vor, völlig abgehoben und realitätsfern zu sein. Ironisch meinte ich, bei ihnen habe man immer den Eindruck, als könnten sie Tag und Stunde nennen, wann der Sozialismus vor der Tür steht. Ein Genosse warf der MLPD vor, sie sei sektiererisch und spalte die Einheitsfront mit ihren eigenständigen Montagsdemos und der Ablehnung einer Stimmabgabe für die Linkspartei.

Dieter Bartsch, Berlin

Knapp gesagt: Gerhard sitzt – so mein Eindruck – nicht „auf einem anderen Pferd“, sondern er möchte, daß schneller geritten wird. Und geschichtliche Prozesse können durchaus – anders als von Rolf und Klaus beschrieben – angetrieben oder auch angehalten werden. Wenn nun Strategie und Taktik der Vorstandsmehrheit nicht mehr vom Vorsitzenden vertreten werden können, so ist es nachvollziehbar, daß er zurücktritt. Und es ist durchaus nicht ehrenrührig. Das hat zwar auch niemand behauptet, ich erwähne es nur vorsorglich.

Trotz Verständnis und großem Respekt vor dem Politiker, dem Menschen und dem Fachmann Gerhard Feldbauer kann ich jedoch seinen Standpunkt nicht teilen. Die linken Kräfte machen ein Tauziehen mit dem Klassegegner. Der zieht mit großer Kraft und sehr konzentriert an seinem Ende und schleift uns nur so über den Boden. In dieser Situation darüber zu disku-

tieren, wie schnell wir an unserem Ende zerren sollten, ist eher schwarzer Humor. Statt unser Ende des Taus aufzudröseln, damit jeder ein Fädchen in eine andere Richtung zieht, sollten wir gemeinsam anfassen, mehr Mitstreiter gewinnen und das Tau erst einmal zum Stillstand bringen. Wenn es sich dann in unsere Richtung bewegt, können wir wieder über Schnelligkeit streiten. Doch heute nicht. Noch nicht.

Hans Dölzer, Großsachsen

Zum Meinungsstreit zwischen Gerhard Feldbauer und dem Vorstand möchte ich die Position der Genossen Berthold und Steiniger unterstützen. (...) Jetzt eine unzeitgemäße Debatte darüber führen zu wollen, wie die Gründung oder Gestaltung einer künftigen landeseinheitlichen kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus auszusehen hat, würde unnötigerweise den Prozeß der Zusammenführung erschweren und wäre daher auch m. E. schädlich.

Ghassem Niknafs, Hamburg

Großzügig wird von den USA übersehen, daß Israel schon lange über Atombomben verfügt und Herr Sharon wirklich kein Friedensfürst ist. Keine Sorge bereitet Bush offenbar, daß Pakistan als tief muslimischer Staat über die „Bombe“ verfügt. Man ist wohl nur deshalb sorgenfrei, weil der momentan herrschende Diktator im „Krieg gegen den Terror“ ein Verbündeter der USA ist. Erzähle mir niemand, die USA hätten von dem Bau der „Bombe“ in Indien und Pakistan nichts geahnt – ein Aufschrei wie jetzt beim Iran, der gar keine „Bombe“ hat, blieb jedenfalls aus. Das Gezeter Washingtons erinnert schon fatal an die von den USA vor dem Krieg aufgebaute verlogene Drohkulisse. Und während die USA z. Z. am Bau von Mini-Atombomben für den Einsatz in konventionellen Kriegen basteln, herrscht Hysterie über das Atomprogramm Teherans. Heuchelei ist da noch ein mildes Wort. Warum eigentlich wollen die Vereinigten Staaten die von der EU Iran offerierten Sicherheitsgarantien nicht mittragen? Stehen Syrien und Iran nach dem Irakdesaster als nächstes auf der Agenda des missionarischen George W. Bush?

Gunther Lenner, Oettingen

Der Medienrummel um den Hurrikan im Süden der USA ist abgeebbt. 55 Staaten, so las man, boten materielle und praktische Hilfe an, auch die BRD. Und nicht zuletzt Kuba.

Als Kuba-Touristin weiß ich um die massiven Schäden, die ein Hurrikan mit sich bringt. Ein- bis zweimal jährlich fegt er über die Insel hinweg. Ich weiß auch, daß auf Kuba kaum Menschenleben zu beklagen sind, da das sozialistische Land zuerst die Bewohner und dann das Vieh rechtzeitig evakuiert. Fidel Castro ist trotz seines Alters immer bei den Betroffenen, um ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Er bot den USA 1100 einsatzbereite kubanische Ärzte und 36 Tonnen Hilfsgüter für die Katastrophengebiete an. Die rote Hilfe wurde jedoch verschmäht, zumal es vor allem um Arme und Schwarze geht. Übrigens wartete man in Havanna nach dem Wirbelsturm Dennis (9. Juli 2005), der massive Schäden anrichtete, vergeblich auf Hilfsangebote der Mehrheit jener Länder, die den USA sofort ihre Unterstützung offerierten.

Monika Kauf, Berlin

Mit der Definition der Ereignisse 1989/90 in der DDR als Konterrevolution habe ich keine Probleme – es war eine. Aber mich bewegt eine andere Frage, die im RF vielleicht noch nicht ausreichend diskutiert wurde. (Ich beziehe die Zeitschrift seit etwa einem Jahr.) Sie lautet: Gab es denn nach dem zweiten Weltkrieg bei uns in Ostdeutschland eine Revolution?

Als 1942 geborener und gelernter DDR-Bürger sage ich nein. Sicher gab es tiefgreifende revolutionäre Umwälzungen (Bodenreform, Schulreform, Justizreform, Verwaltungsreform, Enteignung von Großbetrieben und Unternehmen der Kriegsverbrecher – eine Eigentumsreform

u. a.). Aber wo war die Revolution? Es gab sie nicht, denn wir brauchten sie nicht. Das hatte die Rote Armee gleich mitbesorgt – oder? Nun habe ich mir selbst widersprochen. Denn wenn es keine Revolution gab, wie konnte es nach über 40 Jahren zu einer Konterrevolution kommen? Während des Studiums (Ingenieurökonomie/Energiewirtschaft) lernte ich, daß der Marxismus den Export der Revolution ablehnt. Aber der Export hat wohl doch etwas stattgefunden? (...)

Zurück zur fehlenden Revolution nach dem Zweiten Weltkrieg in den Ländern Osteuropas (Ausnahme vielleicht Tschechoslowakei und Jugoslawien): Trug das vielleicht mit dazu bei, daß sie alle der Konterrevolution kampfflos unterlagen?

Klaus-Dieter Betzien, Lubmin

Obwohl Deutschland nun 15 Jahre „vereint“ ist, was man am 3. 10. auch in Potsdam „gebührend würdigen“ wird, ist nicht darüber hinwegzusehen, daß die Aversion gegen die DDR tief in den Köpfen von Politikern und Funktionsträgern sitzt. Das offenbart ein Denken, welches die Menschen der DDR und ihre Lebensleistungen herabsetzt. Schönbohm erklärte nach seinen ungeheuerlichen Unterstellungen zu den schrecklichen Kindebstötungen in Brieskow-Finkenherd in einem Interview: „Werte, wie beispielsweise die Bereitschaft zur Verantwortung, werden von vielen Menschen vermißt. Sie sind unter der SED teilweise verlorengegangen.“ Ich habe festgestellt, daß erst mit der „Wende“ die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, zurückgegangen ist. Die Ursachen sind allein in den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Werner Jahr, Potsdam

Es ist immer ein Höhepunkt des Monats, wenn der Briefkasten mit der „RotFuchs“-Ankunft ausgefüllte Lesestunden ankündigt. Vieles trifft meine uneingeschränkte Zustimmung, einiges ist diskussionswürdig – also eine Zeitung, die zum Mitdenken und Mitreden auffordert. Neben der „jungen Welt“ seid Ihr unverzichtbar, wenn es darum geht, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und zu durchschauen. Noch vor ein paar Jahren hätte ich nicht gedacht, daß die DDR mit ihren Erfahrungen ein solcher Wegweiser für unser politisches Ziel sein könnte. Heute stimme ich Euch zu: Die DDR war und ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse.

Matthias Bublitz, Berlin

Ich stelle mir vor, daß sich Schröder um eine erneute Kanzlerschaft u. a. mit folgendem Argument „beworben“ hat: Bevölkerungspolitisch setzt ein Umdenken ein. Deutsche gehen verantwortungsbewußter mit dem Kinderwunsch um, damit ihre soziale Zukunft nicht durch zusätzliche Belastungen gefährdet wird. So gesehen wird es in den nächsten Jahrzehnten eine, und da borge ich mir ein schönes Wort von links, dialektische Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik geben. Der derzeit notwendige Verzicht auf Gerechtigkeit und Humanismus ist dabei nur ein scheinbarer Verlust an Demokratie, denn wo es keine Demokratie mehr gibt, kann man sie selbstverständlich auch nicht abschaffen.

Jochen Singer, Leipzig

Am 2./3. Juni fand im Berliner Martin-Gropius-Bau eine Veranstaltung der EADS statt. Auf der Rednerliste stand SPD-Verteidigungsminister Peter Struck. Umrahmt wurde die Zusammenkunft von der Kunst Günther Ueckers im Lichthof des MGB und der Ausstellung „Die Neuen Hebräer – 100 Jahre Kunst in Israel“, im 1. Obergeschoß. Von einer Zustimmung der Künstler, daß ihre Werke als indirekte Kulisse dienen, ist mir nichts bekannt. EADS, die Europäische Gesellschaft für Luftfahrt, Verteidigung und Raumfahrt, ist der zweitgrößte Rüstungskonzern der Welt und die Nr. 1 in Europa. Die Company entstand aus einer Fusion von DaimlerChrysler Aerospace (DASA), BRD, und Aerospatiale Matra, Frankreich. Auf den möglichen Gegensatz zwischen dem Friedensanliegen der Künstler und den Interessen der EADS angesprochen,

erklärten die Organisatoren, es handle sich um eine „rein private Veranstaltung“.
P. S. Nach einem Leserbrief an die UZ erhielt ich, bisher technischer Mitarbeiter am MGB, folgendes Schreiben: „Wir müssen Ihnen leider mitteilen, daß wir wegen fehlender Geldmittel ihren Arbeitsvertrag nicht verlängern können, so daß Ihr Arbeitsverhältnis am 31. 12. 2005 endet. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, daß Sie sich zum 1. 10. 2005 bei der Arbeitsagentur melden müssen, wenn Sie ab 1. 1. 2006 von dort Leistungen in Anspruch nehmen wollen.“
Reinhold Schramm, Berlin

Ein Glanzstück der Menschenverachtung dieses Staates fand ich gestern in der hiesigen „Freien Presse“: In einer Verlautbarung wird von der Regierung festgestellt, daß die Menschenverluste der Armee bei künftigen Einsätzen in fernen Ländern größer werden. Deshalb habe man für eventuell zusätzlich anfallende Überführungs- und Bestattungskosten eine Million Euro Mehrausgaben eingeplant.
Wie lange lassen sich die Bürger solche Botenchaften noch gefallen?

Manfred Wulf, Glauchau

Es ist immer ein gutes Gefühl, wenn man seine eigenen Auffassungen von den Dingen bei anderen bestätigt findet, noch dazu so exzellent formuliert wie in vielen RF-Beiträgen, die ich gelesen habe. Es ist nur bedauerlich, daß es infolge der Übermacht des bürgerlichen Medienapparates und der Verdummungsindustrie dieser Gesellschaft außerordentlich schwer ist, gegen Lüge und Verleumdung anzukämpfen. In meinem Alter (82) kann ich nur im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten durch gelegentliche Spenden den Kampf der Jüngeren unterstützen.
Reinhard Wecker, Falkensee

In Heft 91 hebt Prof. Werner Roß („Demokratie im Sozialismus“) die große Bedeutung des demokratischen Zentralismus bei der Ausgestaltung einer sozialistischen Gesellschaft hervor. Ich möchte diese Auffassung des Autors unterstreichen. Eine künftige sozialistische Gesellschaft kann ohne dieses Prinzip nicht dauerhaft existieren. Das ist aber „das Einfache, das schwer zu machen ist“, wie unsere Niederlage lehrt. (...) Falsch ist, daß Zentralismus und Demokratie einen unüberbrückbaren Gegensatz darstellen, wie manche behaupten. Zweifellos gibt es einen Widerspruch zwischen „oben“ und „unten“. Das ist im Sozialismus jedoch kein Antagonismus, sondern eine Triebkraft.

Ich frage mich oft nach den Ursachen unserer Niederlage. Ich glaube, daß ein entscheidender Fehler der politischen Führung unseres Landes in der mangelhaften Beherrschung dieser Dialektik bestand. Führung und Demokratie mußten unter den schwierigsten inneren und äußeren Bedingungen von Menschen gehandhabt werden, die das selbst erst zu lernen hatten. Das gelang zeitweise gut, zeitweise sehr schlecht, aber immer unter dem politischen Druck der Systemauseinandersetzung insgesamt nicht ausreichend. Die Folge war eine Erstarrung der zentralen staatlichen Planung und Leitung bei gleichzeitiger Einschränkung der Demokratie. Das war um so verhängnisvoller, als es bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Systems ja nicht um Demokratie schlechthin, sondern um einen völlig neuen Typ der Demokratie ging. Dazu gab es eigentlich recht gute Ansätze, die aber durch den zunehmenden Dirigismus von „oben“ („bürokratischer Zentralismus“) mehr und mehr zur plakativen Routine („Vollzugsdemokratie“) erstarrten.

Georg Dorn, Berlin

In seinem Leserbrief (RF 90) hat sich Eberhard Müller, Dresden, zum angeblichen Tabu-Thema Vergewaltigungen 1945 geäußert. Ich möchte fragen: Wem nützen eigentlich solche widersprüchlichen Behauptungen? Für uns in der DDR waren Vergewaltigungen durchaus kein Tabu-Thema. Wir haben offen darüber gesprochen, hatten jedoch keine Veranlassung, Übertrei-

bungen, Pauschalisierungen und Unwahrheiten Vorschub zu leisten.
Warum nimmt sich Eberhard Müller ausgerechnet Pawel Kortschagin zum Kronzeugen? Er kann Ostrowskis „Wie der Stahl gehärtet wurde“ gar nicht richtig gelesen haben, sonst wäre ihm eine Falschinterpretation nicht unterlaufen. Im Roman wurde nämlich die Feststellung, kein Schandfleck dürfe auf das rote Banner fallen, überhaupt nicht im Zusammenhang mit Vergewaltigungen getroffen, sondern im Kontext der humanen Behandlung und Freilassung polnischer Kriegsgefangener, die vorher für die Weißen und Petljura-Leute unter der russischen Bevölkerung gehängt, gemordet und gewütet hatten.
Rosi Nicolas, Brandshagen

Eine Bemerkung zum Beitrag von Prof. Ingo Wagner „Ein Epochenwechsel hat nicht stattgefunden“: Die generalisierende Feststellung, daß sich der Kapitalismus in seiner Übergangsperiode zum Sozialismus befindet, ist aus der Sicht der materialistischen Geschichtsauffassung richtig. Problematischer aber wird es, die reale Rückläufigkeit der Geschichte an dieser Begrifflichkeit festzumachen. Osteuropa und insbesondere die Länder der früheren Sowjetunion befinden sich in einer ganz außergewöhnlich reaktionären Transformation. Diese Realität mag zwar in der Theorie dem Charakter der Epoche nicht widersprechen, stellt jedoch für die Begriffssystematik der politischen Wissenschaften eine Menge Fragen, die noch zu beantworten sind.
Horst Joachim, Berlin

Zwei Bemerkungen zum RF 91. Dem Kaukasus-Artikel von Hans Horn stimme ich prinzipiell zu. Ich möchte ergänzend aber darauf hinweisen, daß bei allen vier großen Geiselnahmen nur sehr wenige Opfer auf das Konto der „tschetschenischen Terroristen“ kamen. Die meisten wurden von den Sicherheitskräften erschossen. Das war so in Budjonowsk und auch in Beslan. Bei einer Pauschalurteilung nur der Geiselnahmer sollte man vorsichtig sein.
Ich möchte meine Meinung auch über die Beiträge des Genossen Majorow zur Konterrevolution in Ungarn sagen, wo ich in zwei Etappen zwischen 1960 und 1985 insgesamt sechs Jahre gearbeitet habe und viele kommunistische Freunde besitze. Es ist mir ein Anliegen, ausdrücklich festzustellen, daß die genannten Artikel völlig den Tatsachen entsprechen.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Der Artikel Günter Freyers (Juli-Ausgabe) ist eine würdige Ehrung von Herbert Tschäpe, doch leider enthält er zwei Fehler, die sich durch alle bisherigen Veröffentlichungen zu ihm ziehen.
1. Im Artikel wird behauptet, daß Herbert Tschäpe in Spanien den Dienstgrad Hauptmann gehabt habe. Das entspricht nicht der Wahrheit. Herbert Tschäpe war nie Offizier. Als Delegado in einem MG-Zug und dann auch als Politikommissar in der MG-Kompanie trug er (so wie auch in der Roten Armee) keinen Dienstgrad. Vorher war er Gefreiter gewesen. Nach seiner Flucht aus dem KZ sollte er an den Gesprächen mit den Leuten um Stauffenberg teilnehmen und da wurde wohl der Hauptmann erfunden, um einen „ebenbürtigen“ Gesprächspartner aus dem Hut zu zaubern.
2. Im Artikel Günter Freyers heißt es, daß Herbert Tschäpe 1941 von der Petain-Regierung an Deutschland ausgeliefert wurde. Auch das stimmt nicht. Anfang 1941 erschienen in den Lagern Gurs und Vernet Abgesandte der Nazis und forderten die deutschen Spanienkämpfer auf, freiwillig nach Deutschland zurückzukehren. Ihnen wurde versprochen, daß es keine Gerichtsverhandlungen gegen sie geben werde. Zur gleichen Zeit wurden viele der Internierten von der französischen Regierung zum Eisenbahnbau nach Nordafrika verfrachtet und strengere Bewachungen angeordnet, da sich die Fluchten aus den Lagern häuften. Bei beiden Aktionen (Afrikaeinsatz und Flucht) kamen Freunde Herberts ums Leben. Den Inhaftierten wurde zugleich mitgeteilt, daß man beabsich-

tige, sie an Deutschland auszuliefern. In dieser Situation beschloß die illegale Partelleitung, daß alle nicht unmittelbar Gefährdeten freiwillig nach Deutschland gehen sollten. Kurz nach der Ankunft Herbert Tschäpes in Deutschland erfolgte der Überfall auf die UdSSR. Das änderte die Lage fundamental.

Dr. Dieter Kürschner, Leipzig

Eine Anmerkung zum Leitartikel „Am Sozialismus festhalten!“: Ja, der Sozialismus muß unser Ziel bleiben. Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, geplante Wirtschaftsabläufe. Die parasitäre Schicht (Heuschrecken!), deren Gier nach Profit schier unersättlich ist, muß man davonjagen. Enteignen, vergesellschaften. Aber welche Kraft kann das vollbringen? Und wer wird dann dieses Eigentum verwalten? Und vor allem wie? Die Arbeiterklasse etwa? Was man in ihr sah, entsprach doch schon in der DDR nicht mehr den Realitäten. (...) Was tun? Warten auf die „Formierung eines geschichtsmächtigen Subjekts“, wie Ingo Wagner in seinem Beitrag „Ein Epochenwechsel ...“ schreibt? So kann man seine eigene Ohnmacht gegenüber der „Heuschreckenplage“ auch ausdrücken.
Joachim Ortmann, Berlin

Zur Frage Helmuth Hellges: Als sich im Oktober 1931 die NSDAP mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und dem Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten zur Harzburger Front vereinigte, sollte eine Gegenkraft geschaffen werden. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, auf Initiative der SPD gemeinsam mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei gegründet, vereinigte sich mit den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Freien Gewerkschaften und der SPD zur Eisernen Front, einer schließlich mitgliederstarken Organisation. Diese wählte die drei Pfeile, die sogenannten Freiheitspfeile, als ihr Emblem. Geschaffen wurde es von dem Exilrussen Sergej Tschachotin (1883–1973). Symbolisieren sollten die Pfeile die Hauptfeinde der Eisernen Front: die „Adelskamarilla“, die Nazis und die Kommunisten. Die nach unten gerichteten silberfarbenen Pfeile wurden als Abzeichen, aber auch auf roten Armbinden getragen. Auf Publikationen der Eisernen Front sowie auf Plakaten fand sich das Emblem. Eine feste Organisationsform zu entwickeln, gelang der Eisernen Front jedoch nicht. Ihr Ziel, die Verteidigung der Weimarer Republik, ließ sich nicht realisieren. Nach der Machtübergabe an die Nazis und dem Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Gewerkschaften wurden auch Angehörige der Eisernen Front verfolgt.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt/Oder

Ein weiterer informativer Brief zum gleichen Thema ging der Redaktion von Rolf Richter, Leipzig, zu. Er wird dem Fragesteller übermittelt.

Ich bin Jahrgang 1940 und befasse mich seit 1990 als früherer DDR-Bürger mit der philatelistischen Erforschung der bewaffneten Organe der DDR. In Zusammenarbeit mit einem guten Kenner der NVA-Philatelie ist unser erster Katalog erschienen. Er wurde gut aufgenommen und ist schon vergriffen. So haben wir uns entschlossen, einen neuen Katalog (Nationale Volksarmee, Wachregiment „Felix Dzierżyński“, Deutsche Volkspolizei) zu erarbeiten. Ich bitte interessierte „RotFuchs“-Leser um Hilfe und authentisches Material (Ganzsachen von 1945 bis 1990 mit Aufdrucken wie GKS, VVS, ZKD usw.). Auch die zweistelligen PSF-Nummern des Wachregiments wären wichtig. Leider besitze ich hiervon nur wenig Material. Ich suche auch Flugblätter u. ä. zu diesen Themen.
Meine Anschrift: Guntram König, Am Mühlfeld 2, 01744 Paulsdorf, Tel. 0 35 04-61 63 93
Guntram König, Paulsdorf



Die Stimme, die sie fürchten!

Grafik: Klaus Parche

Am **7. Oktober** um **15.00 Uhr**
spricht Genosse

Armeegeneral a. D. Heinz Keßler

im Familienzentrum Lütten-Klein
(„Charisma“ e. V., großer Saal),
Rostock, St. Petersburger Straße 188
(Cine-Center).

Die Regionalgruppe Rostock lädt
Mitglieder, Leser, Freunde
und Sympathisanten herzlich ein.

Die Harzer „RotFüchse“

laden Mitglieder, Leser und Freunde
aus dem gesamten Harz-Gebiet
und der Umgebung zu einem Treffen
am **22. Oktober** um **10.00 Uhr**
in die Gaststätte der Harzlandhalle
in Ilsenburg, Harzburger Straße 24 a,
herzlich ein.

Thema:

Analyse der Wahlen. Wie weiter ?

Die **Regionalgruppe Berlin** hat
am **25. Oktober** um **16.30 Uhr**
in der Begegnungsstätte der
Volkssolidarität, Torstraße 203–205,
den Schriftsteller
Günter Görlich zu Gast.

Er liest aus seinen Erinnerungen:

Keine Anzeige in der Zeitung

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“
ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik
und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Ralph Dobrawa
Dr. Rudolf Drux
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.